oktober

konkret

Monatszeitschrift für Politik und Kultur, Hamburg 26. 9. 74 / Nr. 1

3,00 DM

Jens
Degenhardt
Abendroth
Steffen
Hansen
Blüm
Waechter
Wesel
Buchholz
v. Hoffmann
Guggomos
Gremliza
Peggy Parnass

Österreich S 25.- Schweiz sfr 3.80
Luxemburg lfr 51.- Holland hfl 3.80

Alle im neuen konkret

in konkret Oktober 1974

Rechts, wo der Blinddarm ist von Alexander von Hoffmann

konkret intern von Hermann L. Gremliza

Höflich sein um Henker
Dank an den Parteiarbeiter Karl Wienand oder: Über die notwendige Korruption

Putsch-Puzzle
Wer weiß es nicht- ob in Vietnam, in Santo Domingo, in Zypern, wo immer auf der Welt Faschisten putschen: Die US-amerikanische Regierung putscht mit. Man findet überall Anhaltspunkte, der Verdacht verdichtet sich, der Glaube wird fast zur Gewißheit. Aber eben nur fast. KONKRET kann dokumentieren, wie so ein US-Putsch wirklich abläuft - am Beispiel Chile:

Lieber in der Front des Volkes, als im Hintern der Reaktion von Walter Jens
Ein später Geburtstagsartikel zum 25jährigen Grundgesetz von Professor Walter Jens

Das größte Projekt seit Christi Geburt von Karl-Heinz Hansen
Ein Starfighter kostet 8 Millionen. Sein Nachfolger, das MRCA, wird pro Stück 82 Millionen kosten. Warum das eine unsinnige Ausgabe wäre, beschreibt das SPD-Mitglied des Verteidigungsausschusses, Karl-Heinz Hansen

Preß-Freiheit
Die Bonner Regierung hat den Entwurf eines Presserechts-Rahmengesetzes vorgelegt. Daß Rudolf Augstein auf drei »Spiegel«-Seiten und Enno von Loewenstern in vier »Welt«-Folgen dagegen polemisieren, spricht für das Gesetz. Daß die gewerkschaftlich organisierten Journalisten das Gesetz bekämpfen, schon weniger. Bei ihrer Argumentation leiden diese freilich unter einem Handikap: Sie können kaum einmal dokumentarisch nachweisen, wie Manipulation journalistischer Meinung in der Praxis betrieben wird. KONKRET kann ein solches Beispiel vorlegen, das beweist, daß der vorliegende Gesetzesentwurf für die Produktion einer Zeitschrift nur Hemmnisse und für die Meinungsfreiheit des Journalisten überhaupt nichts bringt:

Berlin kaputt von Martin Buchholz
»Herrrrrrreinspaziert, Damen und Herren, immer herrrein in unsere Super-Grusel- und Monster-Schau. Wir zeigen Ihnen die absonderlichsten Persönlichkeiten und Begebenheiten unserer Zeit. Monströsitäten, die Sie nur bei uns besichtigen können: die schändlichste aller Schandmauern, Lummerheinrich, der kleinste CDU-Abgeordnete der Welt, die Riesendame vom Steglitzer Kreisel samt Unterleib, die legalsten Gangster der westlichen Hemisphäre, den Wunderdoktor Dr. Jovy, eine brave Puffmutter, einen verhinderten deutschen Kaiser, einen größenwahnsinnigen Bürgermeister, beschubste Schieber, betrogene Betrüger, den größten Umweltverschmutzer mit dazu passenden Umweltschützern, Selbstmörder en masse, abgetakelte Playboys, flüchtende Caesaren, arme und reiche Schweine. Sie werden aus dem Staunen nicht herauskommen. Bitte, treten Sie näher, Herrschaften. Immer herrrrein!!!«

»Hat er sich noch gerührt?« von Peggy Parnass
Peggy Parnaß erlebte, wie einer Kindesmörderin der Prozeß gemacht wurde

«Die Sauerei von Brandt...« von Wolfgang Abendroth
konkret fragte Prof. Wolfgang Abendroth nach Apo, Jusos, Streiks und Faschisten

konkret ex-press von Hermann L. Gremliza

Ja, dieses Deutschland meine ich von Franz Josef Degenhardt

Ja, welches Deutschland... von Jochen Steffen, Franz Josef Degenhardt
konkret-Streitgespräch

Das Kranzgeld von Uwe Wesel
oder: Bei Nichtgefallen 1500 Mark

I like Frankieboy von Liza Merque
Ein Sinatra-Fan entschuldigt sich

Die Bremer Stadtmusikanten von Iring Fetscher
oder Die erste gelungene Hausbesetzung durch ein Rentnerkollektiv

. . . wenn der Senator erzählt von Manfred Schachtschneider
Im Stadtstaat Hamburg haben CDU, Springerpresse und SPD gemeinsam ein Lehrstück geliefert, wie der Rechtsstaat straflos unterlaufen werden kann.

Die Papierkrise von Henryk M. Broder, Frank Grützbach
Gab es bisher im Kulturbetrieb nur die Krise des Romans oder das Ende der Lyrik oder den Tod des Feuilletons, so werden sich einige auserwählte Kulturkritiker jawohl, Herr Raddatz und Herr Reich-Ranicki, auch Sie! - nach diesen Kulturkrisen zurücksehnen. Denn jetzt kommen auch sie in die Krise. In die Rohstoffkrise.

Vermißten Anzeige von Norbert Blüm

Relative Freiheit von Carl L. Guggomos

Drückt den Janus platt von Günther Nenning

Radikalauer von Toms Mots

Konkret 10/74, S. 2

Alexander von Hoffmann

Rechts, wo der Blinddarm ist

Viel scheint dafür zu sprechen, daß sich vielen hat die Aufklärungsarbeit der die Bürger der Bundesrepublik in den Linken sicher die Hoffnung geschärft, zwei Jahren seit dem Votum für Willy umgekehrt fühlen sich andere sicher von Brandt politisch neu orientiert haben, und der Linken abgestoßen und wählten so werden wir immer öfter aufgefordert, trotzdem den Reformkanzler Brandt. das Neue ins Auge zu fassen.

Zwei Stimmen für viele: Professor Hermann Lübbe spricht in der »Welt« von einer »Rehabilitierung konservativen Denkens in unserer Zeit«; Professor Bazon Brock diagnostiziert im »Spiegel« ein »Anwachsen des Konservativismus«, beide zustimmend. Folgt man ihnen, so war das Wahlergebnis 1972 eine Entscheidung für die Linke, ist folglich das geänderte politische Verhalten eine Entscheidung gegen die Linke.

Laut Brock hat die politische Bewegung zum Konservativismus »bei den bundesdeutschen Bürgern« ihren Anfang genommen, »als jedermann zum Bewußtsein kam, was es heißt, daß die chinesischen Sozialisten die sowjetischen Sozialisten des ‚Imperialismus, Faschismus, reaktionären Zarismus, staatsmonopolistischen Bürokratismus` bezichtigten. Sie wurde in Deutschland selbst genährt, als die Jungsozialisten den Altsozialisten der SPD die Hundemarke ‚Bourgeois und Büttel der Reaktion` umhängten«.

Parallel zu Brock erläutert Lübbe, die »Rand-Linken« hätten den Fehler begangen, »selbst parteieigene Repräsentanten der linken Mitte als Konservative anzugreifen. Wenn das so ist, so mußte nunmehr die Reaktion der zuschauenden und zuhörenden Öffentlichkeit sein, gibt es . . . keine Chancen mehr, dem Vorwurf, ein Konservativer zu sein, zu entgehen . . . Es schwand nunmehr die Angst, ein Konservativer zu heißen«.

Es hätten sich also »die Bürger – Brock meint das durchaus als Citoyen, nicht als Bourgeois -, »die Öffentlichkeit«, »Jedermann« von den Linken ab- und dem Konservativismus zugewandt? Das muß wohl präzisiert werden. Es kommen schon einmal nicht jene knapp 17 Millionen Bürger in Frage, die auch 1972 die CDU/CSU gewählt haben, und kaum alle die drei Millionen, die damals FDP wählten. Die Umkehrer müßten also im wesentlichen unter den etwas mehr als 17 Millionen SPD-Wählern sein.

Die Masse der SPD-Wähler von 1972 bestand - und die Mehrheit der Nicht – mehr-SPD-Wähler von 1974 besteht aus Arbeitnehmern und Rentnern mit geringen Einkommen. Wenn die These der Professoren Brock und Lübbe auf sie zutreffen soll, müßten sie 1972 sehr bewußt links gewesen, 1974 aber sehr bewußt konservativ sein.

In Wahrheit verstanden gerade diese Bürger auch schon vor zwei Jahren sehr gut, besser jedenfalls als manche Professoren oder Aktivisten der SPD-Wählerinitiative, daß die Sozialdemokratie Willy Brandts eben keine linke Partei war, wenn links im herkömmlichen Wortsinn systemverändernd, sozialistisch, marxistisch bedeuten soll. Sie haben 1972 mehrheitlich nicht die Jusos, die »Rand-Linken« gewählt, sie haben - leider -nicht einmal sozialistisch gewählt.

Sie wählten vielmehr SPD in der Erwartung oder auch nur in der Hoffnung, daß diese Partei ihre Interessen, ihre entscheidenden sozialen Bedürfnisse besser wahrnehmen würde als die CDU. Bei vielen hat die Aufklärungsarbeit der Linken sicher die Hoffnung geschärft, umgekehrt fühlen sich andere sicher von der Linken abgestoßen und wählten trotzdem den Reformkanzler Brandt.

Natürlich richteten sich Hoffnung und Erwartung auf die versprochenen Reformen zur Verbesserung der Lebensqualität - beispielsweise auf gutes Wohnen zu erschwinglichem Preis, mehr Chancen für die Kinder, Abbau der Zwänge und Unsicherheiten am Arbeitsplatz, ein finanziell und gesundheitlich besser gesichertes Alter. Aber das waren ja, von diesen Wählern her gesehen, keine revolutionären Ziele, auch wenn sie in dieser Gesellschaft objektiv offenbar nur durch quasi-revolutionäre Systemänderungen zu erreichen sind.

Wenn Überdruß an den Linken die Arbeitnehmer zum Konservativismus bekehrt haben soll, dann müßten sich die Linken schon etwas handfester bemerkbar gemacht haben. Wo immer aber in diesem Lande praktische Politik gemacht wird, die Arbeitnehmer-Interessen berührt (in Bundestag und Bundeskabinett, in Landesparlamenten und -regierungen, in

Kommunalparlamenten und -verwaltungen), sitzen so gut wie keine Linken und schon gar keine Rand-Linken.

Die praktische SPD-Politik seit 1972, von der die Arbeitnehmer direkt betroffen wurden, war keine linke, sondern durchaus konservative Politik, gemacht von durchaus konservativen Politikern. Finanzminister Schmidt, Verkehrsminister Lauritzen, Arbeitsminister Arendt, Städtebauminister Vogel und so weiter nichtgerade Linke oder Rand-Linke, vor denen sich die Arbeitnehmer in den Konservativismus flüchten.

Aber nun haben Arbeitnehmer ja nicht nur die SPD sitzenlassen, sie haben obendrein wieder CDU gewählt. Und selbst die SPD scheint ihnen, laut Demoskopie, wieder akzeptabler, seit der betont konservative Helmut Schmidt die Richtlinien bestimmt. Also doch: »Anwachsen des Konservativismus«?

Doch nicht. Der Hoffnung vom November 1972, daß sich ihre Situation in der Gesellschaft entscheidend verbessern lasse, haben die Arbeitnehmer nicht aus neu entdecktem Konservaitivismus abgeschworen, sondern aus Resignation. Sie haben begriffen, daß da ein Irrtum vorlag, daß auch die SPD nicht zu neuen Ufern vorstoßen will. Inzwischen aber geht es den Arbeitnehmern statt um eine bessere Zukunft längst darum, daß das Geld reicht, daß es weiter Arbeit gibt, kurz darum, daß es wenigstens so bleibt wie es ist. Das mag, wer will, Konservativismus nennen. In Wahrheit ist es Existenzangst, die nach einer Alternative suchen läßt nicht nach einer Alternative zur Linken, sondern zur Krise.

Die Analytiker des neuen Konservativismus sind auf die Linke als Objekt der Aggression fixiert, deshalb kann sich ihnen das politische Verhalten der Westdeutschen nur als die erhoffte Abkehr von der Linken darstellen. Was vor Augen liegt, kommt bei ihnen überhaupt nicht vor, nämlich dies: Seit zwei Jahren erlebt die Bundesrepublik die höchsten Preissteigerungen ihrer Geschichte, seit dem Herbst letzten Jahres die höchsten Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen. Wer nicht arbeitslos ist oder kurzarbeitet, macht jedenfalls keine Überstunden mehr, keine Nacht- und Feiertagsschichten, keine Schwarzarbeit.

Unsicherheit der Arbeitsplätze, sinkende Einkommen bei steil steigenden Preisen - niemand muß nach Chinesen und Rand-Linken fahnden, um die Gründe für das politische Verhalten von Jedermann im Jahr 1974 zu finden.

Daß die Krise von Linken gemacht sei, werden selbst deren ärgste Feinde nicht behaupten wollen. Die Ursachen liegen für jeden erkennbar in jenem Wirtschaftssystem, das Professor Lübbe sicher zu dem Bestand an »Unersetzlichem« und»Unentbehrlichem« zählt, auf dessen Erhaltung sich konservatives Handeln richte.

Daß trotzdem bei vielen westdeutschen Arbeitnehmern die erklärtermaßen konservative Partei und erklärtermaßen konservative Politiker an Sympathie gewinnen, daraus läßt sich beim besten Willen keine Renaissance konservativen Denkens folgern. Es ist das alte Verzweiflungsmotiv: Durch ein Auswechseln der Macher die Dinge vielleicht zum besseren wenden zu können.

Auch manche Analytiker des vermeintlichen konservativen Aufschwungs haben bemerkt, daß die Realität ihre Analyse nicht ganz deckt. Ihnen ist zum Beispiel bekannt, daß in vergleichbaren westeuropäischen Ländern mit vergleichbarer Entwicklung - Frankreich, Großbritannien - gerade umgekehrt eine Abwanderung von den konservativen zu den eher linken Parteien eingesetzt hat. Wenn diese Reaktion den gleichen Nenner haben soll wie die westdeutsche, so kann das jedenfalls nicht ein» Anwachsen des Konservativismus« sein. Aber Professor Brock äußert dennoch die pauschale »Vermutung«, daß es sich eben darum handle - »und zwar gleich, ob linke, liberale oder rechte Parteien regieren, ob in sozialistischen oder kapitalistischen Ländern«.

Um so argumentieren zu können, muß eine sehr eigenwillige Definition davon gegeben werden, was eigentlich konservativ ist. Das gemeinhin in der Politik darunter Verstandene kann es nicht sein, wenn etwa die Absage an den Gaullismus, der eindrucksvolle Wahlerfolg der französischen Volksfront als Zeichen für wachsenden Konservativismus gelten sollen. Mit Definitionen sind die Neokonservativen denn auch bei der Hand, und alle laufen darauf hinaus, daß Konservativismus nichts mit der politischen Rechten zu tun habe (laut Strauß ist ja auch die CSU eine Partei der Mitte).

Zunächst Professor Lübbe: »Konservativ ist die Kultur der Trauer über die Verluste an unwiederbringlich Gutem, die der Fortschritt kostet . . . Konservativ ist die Praxis der Bewahrung des Unverzichtbaren gegen seine gegenwärtigen oder

vorhersehbar zukünftigen Gefährdungen . . .«

Professor Brock nennt das politische Credo der DDR eine Auffassung, die man »getrost als konservativ bezeichnen« könne, und er traut sich zu, »denen zu zeigen, daß die Theorie von der sozialistischen/kommunistischen Gesellschaftsformation den eigentlich zeitgemäßen Kern des Konservativismus verkörpert«.

Manchmal scheint es, als seien hier denn doch Linke am Werk, ganz abgefeimte sogar, die den Nonnen von Cloppenburg den Sozialismus als »zeitgemäßen Kern des Konservativismus« andrehen wollen. Aber niemand, auch der schlaueste Analytiker nicht, sollte sich und anderen etwas vormachen: Politischer Konservativismus (über den in Liebesdingen, den Brock auch bemüht, oder in der Denkmalspflege, den Lübbe heranzieht, wird man sich einigen können) - politischer Konservativismus also ist und bleibt rechts, auch der à la Lübbe und Brock.

Am deutlichsten rechts ist die Weigerung, zur Sache zu kommen. Was dieser neue, nicht rechte, jedenfalls fortschrittliche, am Ende gar revolutionäre Konservativismus konkret tun oder lassen will, damit die Mehrheit »auch in der Zukunft, die längst begonnen hat, menschenwürdig leben« kann (Lübbe), wird nirgends gesagt. Denn da wären die Fragen nach dem Privateigentum an Produktionsmitteln, nach demokratischer Kontrolle privater Macht, nach dem Abbau von Minderheits-Privilegien, nach gesellschaftlicher Planung zu beantworten.

Das sind natürlich die entscheidenden Fragen, wenn es um die Definition von politischem Konservativismus 1974 geht, und nicht, ob der Konservativismus »eine Erklärung für den Zusammenhang von Vergangenheit und Zukunft als Geschichte« bietet (Brock).

Natürlich sind die Verfechter des neuen Konservativismus - da hat Brock recht - keineswegs alle Faschisten. Viele von ihnen, möglicherweise die meisten, sind einfach Bürgerliche mit einem Schuß Liberalismus von der freisinnigen Sorte. Sie kehren derzeit, wie zu erwarten stand, von ihrem Apo-Trip dorthin zurück, wo sie traditionell hingehören - mit jenem leisen Schauder über das Abgründige in sich selbst, wie er Pfarrer nach dem Besuch eines Bordells überfallen mag.

Nur: Die schweigen meist über ihre Abirrung.

Konkret 10/74, S. 3

Hermann L. Gremliza

konkret intern

Liebe KONKRET-Leser, wir wollen das neue Heft nicht beginnen, ohne zu sagen, wo's und wie's hier längs gehen soll. Zunächst, KONKRET wird von denen gemacht, von denen es gemacht wird: Die Hintermänner stehen ganz vorn, jeweils vor den einzelnen Beiträgen im Blatt. Klar, daß alle möglichen Leute aus der Zeitungsbranche, die sich oder ihr Produkt ganz oder teilweise von Henkel oder BMW oder Omo oder Eckes aushalten lassen, schon seit Wochen laut darüber nachgrübeln, wo wohl das Geld für so einen Start herkommt. Richtig an den verbreiteten Gerüchten ist, daß der neue KONKRET-Herausgeber versucht hat, verschiedene Gewerkschaften und die Bonner SPD anzumorsen. Leider ohne Erfolg, und einer der Gründe dafür mag gewesen sein, daß die Gesprächspartner nie im Zweifel darüber gelassen wurden, daß sie sich keine Meinung kaufen könnten. Schließlich gelang es auch so, das Startkapital unter Freunden und Verwandten aufzutreiben. Umso besser: Das ändert zwar nichts an der Politik des Blatts, aber doch an der Optik. Hauptgrund für den neuen Start von KONKRET ist das komplette Vakuum auf dem linken Zeitungsmarkt. Gleichzeitig haben sich die früher linksliberalen Blätter seit der 72er Wahl rapide nach rechts entwickelt, der Progreß-Kurs war ihnen zu teuer geworden (Sie wissen schon, die Sache mit den Anzeigen).

Also linke Politik: KONKRET geht, wie es in einem Rundschreiben an die Mitarbeiter hieß, nicht davon aus, daß die Linken einen Paukboden brauchen, auf dem sie sich gegenseitig die Köpfe einschlagen können. KONKRET geht auch nicht davon aus, daß der Sieg des Sozialismus in diesem Land näher liegt als die Zerstörung einmal erreichter Rechte und Freiheiten durch einen wohlorganisierten Vormarsch der Rechten. Dort steht der Feind, und gegen ihn braucht die demokratische Linke jeden Mann. Viele sind in diesem Heft schon dabei, weitere haben ihre Mitarbeit zugesagt - wie etwa auch der Gewerkschafter Hans Matthöfer, seit Frühjahr Bundesminister für Forschung und Technologie. Schon dabei ist der KONKRET-Kolumnist Norbert Blüm. Die Schwaben (ich bin einer) sagen: 's gibt Botte an Botte solche und solche. Sotte an Botte gab es z. B. 1933 im Reichstag, als über das Ermächtigungsgesetz für Hitler abgestimmt wurde. Wer zu denen gehört, die in einer solchen Situation Nein gesagt haben oder sagen würden, für den muß in KONKRET Platz sein. Ich kenne das (leider, leider!) CDU-Mitglied Norbert Blüm gut genug, um zu wissen, daß er zu «de Sottene« gehört.

Konkret 10/74, S. 4

Höflich sein um Henker

Dank an den Parteiarbeiter Karl Wienand oder: Über die notwendige Korruption

Am billigsten ist das Ende des Karl Wienernd mit dem 37. Psalm aus Kapitel 14 des Markus-Evangeliums zu erklären: »Der Geist ist willig; aber das Fleisch ist schwach.« Im Kurz-Psychogramm: Armes Schwein wird eins, weil er keins gehabt hat.

Natürlich nicht einfach so, sondern auf den unentbehrlichen Umwegen, die einen Romanstoff machen. Der kommunistische Vater stirbt nach faschistischer Folter, der 18jährige Sohn wird von Rotarmisten an der Neiße so zusammengeschossen, daß die eine letzte Kugel für Verschwendung halten. Doch der zähe Karl kommt auf das eine verbliebene Bein, flüchtet aus der Gefangenschaft und kriecht nach Hause, wie der »Stern« schrieb: »Wienernd war nicht von Smolensk nach Flensburg gehinkt, um Kranführer zu werden.«

Er wurde der jüngste SPD-Kreisvorsitzende mit 24, der jüngste Bürgermeister der Republik mit 25, der jüngste Bundestagsabgeordnete mit 26. Und bei soviel körperlicher Versehrtheit ist es kein Wunder, wenn die moralische Unversehrtheit irgendwann den Reibach runtergeht. Denn der Mann hat Familie, er weiß nicht, wie lange er es macht, er muß schnell sein Haus bestellen. Ein Haus zu bauen kostet Geld, ein Haus am Gardasee dazu noch mehr, es nicht zu haben kostet Zinsen - in dem Fall vom politischen Kapital.

Pechvogel, der Wienand ist, begibt er sich in ein Beraterverhältnis, aber nicht wie Rainer Barzel bei einer Firma, die am Boden bleibt, sondern bei der Fluggesellschaft »Paninternational«, der am 6. September 1971 bei Hamburg ein Jet vom Himmel fällt. 22 Menschen sterben. Da kommt Wienand nicht mehr heraus, auch nicht mit dem Argument: Was ist das gegen die täglichen Folgen der CDU-Auto-Lobbyisten und ihrer Losung: »Freie Fahrt für freie Bürger«. Es war schon immer das Pech der Fahrlässigen, daß der direkte Vorsatz so schwer nachzuweisen ist.

Da kommt Wienand nicht mehr heraus, auch wenn er vor Gericht nachweisen kann, er habe formal keinen Beratervertrag mit Paninter gehabt und daher auch vor dem Bonner Untersuchungsausschuß keine falsche Aussage gemacht.

Soweit das Roman-Kapitel »Schuldhafte Verstrickung«. In das nächste Kapitel wird Wienand zwangsläufig verstrickt - denn: Wer sich kaufen läßt, dem ist auch der Kauf von Abgeordneten des Bundestages zuzutrauen, wie zum Beispiel Julius Steiner. Das haben die christlichen Demokraten von der Union schon ganz richtig gesehen.

Wir unterstellen jetzt einmal, Wienand war der Mann mit dem Geldkoffer, der den Gewissenswurm Steiner gekauft hat. Wir unterstellen das einmal, um die Fähigkeit der SPD abzuklopfen, wenigstens die parlamentarische Macht im Land zu sichern. Das muß jetzt mal sein, weil die Fähigkeit, auch mal mit korrupten Mitteln zu kämpfen, nicht das Monopol der Monopole sein, die Unfähigkeit zur Unmoral auch tödlich sein kann.

Wir blenden zurück. Die Sozialliberalen kommen 1969 an die Regierung. Die Mehrheit ist dünn. Sie machen sich ans Reformwerk, für die euphorische außerparlamentarische Linke ist das überwiegend reformistische Scheiße. Für den Gegner offenbar nicht, denn er weiß, daß aus Reformismus auch Reformation werden kann. Und er tritt dagegen an, mit allem was er hat.

Der nachrichtendienstlich-publizistische Komplex um Springer, »Quick« und Löwenthal produziert Kampagnen am laufenden Band, er ist der außerparlamentarische Teil der Zange. Im parlamentarischen Raum läuft alles nach den Spielregeln, die stets dem Erfinder nützen. Das Gewissen, die unbekannte Krankheit, wütet, die Opposition kassiert einen Abgeordneten der Koalition nach dem anderen. Der Count-down, frei mit Abzahl-Vers zu übersetzen, treibt unaufhaltsam auf das Mißtrauensvotum im Frühjahr 1972 zu.

Nun mal fiktiv weiter: Führenden SPD-Genossen kommt der Verdacht, da sei so etwas wie ein eiskalter Staatsstreich im Gange. Sie sitzen zusammen und reden und reden, und sind sich einig: Da muß man doch etwas dagegen tun. Zunächst tun sie es mit guten Worten, die helfen aber nichts. Und dann kommt einer, sagen wir Wienand, auf die Idee: Heureka, Geld

könnte die Epidemie der Gewissen stoppen!

Dagegen kommt sofort das Schönste aller sozialdemokratischen Argumente: Das geht nicht. Wenn wir das tun, sind wir so wie die anderen. Also immer schön höflich sein zum Henker. (Es kann nur einer dabei gewesen sein, der das nicht einmal dachte: Herbert Wehner).

Es ist zum irre werden. Die Sozialdemokraten haben die Moral aus ihrer Geschichte noch immer nicht gelernt, nämlich: Daß sie sich von den Pächtern der absoluten Unmoral immer wieder eine Moral aufzwingen lassen, die nur den anderen nützt.

Anständig ist, wer sich zuwenig Lohn für seine Arbeit zahlen läßt und zu hohe Preise für Waren bezahlt, die morgen kaputt sind. Unanständig ist, wer das, und damit unsere staatliche Ordnung, in Frage stellt.

Unanständig sind zum Beispiel Leute wie Wienand. Schon weil sie Häuser haben, die zwar bei Herrn Horten nur als gehobene Hundezwinger zählen würden, aber dem moralischen SPD-Genossen an der Basis schon als Verrat an der Sache erscheinen müssen. Sie können den kleinkarierten Luxus des Genossen Wienand gerade noch begreifen, das Prassen der Großbourgeoisie nicht mehr. Wer in seinem fünfzigjährigen Arbeitsleben nur eine Million Mark brutto verdient, dessen Verstand ist außerstande zu begreifen, wenn ein Unternehmer in der Pause einer Opernaufführung seiner Frau ein Schmuckstück für eine halbe Million umhängt.

Heinrich Böll, der Gutwillige, faßt das richtig zusammen, wenn er - auch in einem fiktiven Brief - Anfang September an Herbert Wehner schreibt: »Und wissen Sie immer noch nicht, daß ein Begriff wie Moral immer nur gegen Ihre Partei, nie gegen *die* verwendet werden darf?«

So hätten sie's gern: Die Linken gehen zu Fuß, weil ein Auto Konsumscheiße ist, sie essen makrobiotisch, weil das keine Kraft in den Teller bringt, sie züchten Brieftauben, weil eine Funkverbindung zwischen deutschen und italienischen Metallern die Streikmobilität erhöhen könnte. Ja, mir san mit'm Radl da!

Das alles spielt also eine Rolle, nachts droben auf Willys Schloß, wo gegen *die* beraten wird. Man geht auseinander, ohne Ja, aber auch ohne klares Nein. Genug Handlungsspielraum also für Entschlossene, nur: wie fingert man sowas. Etwa mit Arbeitergroschen. Unmöglich. Und wie soll man sowas verbuchen? Beträge, die Konzerne für ihre politischen Atten-Täter aus der Portokasse nehmen oder als Kassenschwund abbuchen, weil sie es mit der Steuer können.

Weiter im fiktiven Text: Geld muß also her. Die Freunde geben kein Geld, also muß man es von den Feinden holen. Das kann im kaufmännischen Sprachgebrauch unter »Provisionen« laufen. Dafür, daß man vielleicht den einen oder anderen Konzern von der angenehmen Kehrseite der ostpolitischen Medaille profitieren läßt - also den Handel nach der Annäherung fördert. Dabei kann erfahrungsgemäß schon einiges an Barem zusammenkommen.

Sollte das so gewesen sein, wäre das eine Erklärung für die unerklärliche halbe Million Bareinzahlungen auf dem Konto des abgelösten Fraktionsgeschäftsführers Karl Wienand. Und sollten davon 50 000 Mark an diesen Volksvertreter Julius Steiner gegangen sein, den seine Partei bei der nächsten Bundestagswahl von den Diäten absetzen wollte, dann ginge das in Ordnung.

Nicht wegen der Schadenfreude über den betrogenen Betrüger, nicht wegen des herrlichen Gags, daß die Gauner vom großen Geld mit ihrem eigenen Geld ausgetrickst wurden, sondern weil der verhinderte Sturz des Nobelkanzlers Brandt schon aus heutiger Sicht historische Dimension annimmt.

Es ist eine alte Erfahrung, daß die Reaktion immer dann zuschlägt, wenn -auch nur gemäßigt - fortschrittliche Kräfte auf parlamentarischem Weg Mehrheiten erreichen oder knapp davor stehen: So war es 1922 in Italien, 1933 in Deutschland, 1936 in Spanien, 1950 in Guatemala, 1965 in Indonesien, 1967 in Griechenland, 1973 in Chile.

Das sogenannte Kapital wirft die parlamentarischen Spielregeln blitzschnell und blutig über Bord, wenn seine Interessen tatsächlich angetastet werden. In der Bundesrepublik gab es genug Konzernherren, Großgrundbesitzer, Bankiers und

Kirchenmänner, bei denen ein Putsch seit eh und je im Kleingedruckten ihrer Geschäftsprinzipien steht. Nur die spezifischen deutschen Bedingungen der faschistischen Vergangenheit von Flick & Finck & Fircks, die Randlage zum mächtigen sozialistischen Block und der ungebrochene Glaube an die ewige Effizienz des Geldes ließen diesen Demokraten die Kaufmanns-Tour ratsamer erscheinen. Im Wahlkampf 1972 fielen sie damit erstmals gründlich auf die Nase. Alleine schon diesen Irrtum ermöglicht zu haben, wäre ein historisches Verdienst Karl Wienands.

Der schmutzigste aller bundesdeutschen Wahlkämpfe schärfte das politisch Halbbewußte in breiten Kreisen der Bevölkerung; schuf einen Ansatz von Klassenahnung; schuf die parlamentarische Galgenfrist für eine Politk der kleinen Fortschritte.

Horst Ehmke, der verbalradikale Exminister im Kanzleramt, redete nach dem Machtwechsel von 1969 vom großen »Ra-ta-ta-ta« gegen die Reaktion. Karl Wienand hätte, unserer Version zufolge, Ra-ta-ta-ta gemacht und den Machtwechsel prolongiert. Wenn das so war, dann war der Parteiarbeiter Wienand wunderbar.

Es wäre überheblich, dem geplagten, vom politischen Durchblick gejagten Um-die-Uhr-Arbeiter Wienand nun auch noch vorzuwerfen, er hätte sich erwischen lassen. Dann kann man nur aus den Fehlern des Falles lernen. Dann wäre festzustellen, daß Wienand theoretisch goldrichtig lag, in der Praxis aber schluderte.

Und zwar: Es ist schon eine problematische Sache, als Einzelkämpfer vom Klassenfeind Geld zu nehmen, sich aber nicht wie der zu organisieren. Also beispielsweise Provisionen auf ein persönliches Konto und nicht auf eine Firma in Vaduz, die einer Holding in Panama gehört, einzahlen zu lassen. Es ist noch problematischer, zu übersehen, daß die Steuerfahndung für die andern fahndet.

Kollektives Geld kollektiv eingesetzt, ist das einzige, was wirklich nicht stinkt.

Und es ist noch problematischer, höre ich die lieben Linken im Land schon sagen: Wenn das wirklich so war, dann darf man mit keinem Wort darüber reden. Man muß aber endlich mal . . .

Denn wenn es wirklich so war - der Parteiarbeiter Wienand wird nie darüber reden. Disziplin hatte er schon immer, er wird sie wahren, auch wenn ihn die Partei zum Raffke diffamieren lassen wird. Aber Schweigen kann nur der, der schon gelernt hat. Und: Die sauberste Weste haben natürlich die Leute, denen die Waschmittel-Fabriken gehören. Wer das nicht sehen will, wird immer wieder auf die Seife steigen.

-

Konkret 10/74, S. 6

Putsch-Puzzle

Wer weiß es nicht- ob in Vietnam, in Santo Domingo, in Zypern, wo immer auf der Welt Faschisten putschen: Die US-amerikanische Regierung putscht mit. Man findet überall Anhaltspunkte, der Verdacht verdichtet sich, der Glaube wird fast zur Gewißheit. Aber eben nur fast. KONKRET kann dokumentieren, wie so ein US-Putsch wirklich abläuft - am Beispiel Chile:

Die Vorbereitung auf den Putsch begann lange, bevor Salvador Allendes Volksfront an die Macht kam. Und sie begann so, wie sie in allen nichtkommunistischen Staaten dieser Erde betrieben wird. Beteiligt daran sind - und waren in Chile - vor allem vier US-Gruppen: Das State Department (Außenministerium), das Pentagon (Verteidigungsministerium), die CIA und amerikanische Multi-Konzerne.

Vom 5. Stockwerk des Gebäudes der US-Botschaft in der Calle Augustinas 1343 in Santiago organisierte die Zweigstelle der United States Information Agency (USIA) unter direkter Leitung von James J. Halsema, 1. Botschaftssekretär und Direktor für Kultur und Presse, einen gezielten ideologischen Kampf. Zu diesem Zweck unterhielten die USIA-Mitarbeiter engen Kontakt zu chilenischen Rundfunk- und Pressejournalisten, mit denen sie bereits unter der Frei-Regierung zusammengearbeitet hatten. Solche Personen wurden bevorzugt zu Kursen und Informationsreisen in die USA eingeladen.

Bei der Vorbereitung des Umsturzes gingen die CIA und das State Department mit wissenschaftlicher Gründlichkeit zu Werke. Weitgehend stützten sie sich auf soziologische Studien (lies Spionageergebnisse), die in Chile wie in anderen lateinamerikanischen Ländern im Auftrage des Pentagon vom »Special Operations Research Office« (SORO) der Universität Washington durchgeführt wurden.

Die Umstürzler waren gut vorbereitet. Bereits Anfang 1966 hatte der Amerikaner Ray Allen Hansen mit Unterstützung der Ford-Stiftung Studien über die Situation in der Chilenischen Armee erstellt und herausgefunden, daß die chilenischen Streitkräfte »eine Organisation in Dekadenz seien, was ihre Befehlsstäbe in einen Konflikt (mit den innerpolitischen Entwicklungen) führen, und sie veranlassen wird, sich politisch zu engagieren«.

Hansen ermittelte eine ganze Reihe von Dingen, die für die Aktionen der CIA von großer Bedeutung waren, so z. B. über die Frage, ob das Militär für das Land als Hüter der Verfassung auch notwendig sei, wenn kein Kriegszustand herrsche. Von einer repräsentativen Anzahl chilenischer Offiziere bejahten 86 % die Frage.

55 % des höheren Offizierskorps der chilenischen Streitkräfte erhielt eine Ausbildung in den USA. 13 % hatten eine Rangerausbildung in der amerikanischen Panamakanalzone erhalten. Seit 1968 mußten alle Absolventen der chilenischen Militärakademie Bernardo O-Higgins einen zweimonatigen Lehrgang bei den »Boinas Verdes« (Green Baretts) besuchen.

Für diese Ausbildung gab die US-Regierung allein über eine Million Dollar aus. Nicht eingerechnet sind dabei die Kosten, die dem Pentagon durch Entsendung einer großen Anzahl von Offizieren und Spezialisten der einzelnen Waffengattungen nach Chile entstanden. Die Emmissäre wurden in Abteilungen der US-Botschaft eingegliedert: Ins Defence Attaches Office, die United States Military Group, die Army Section, die Navy Section und die Air Section.

Schon Hansen hatte ermittelt, daß vor allem die Kriegsmarine das traditionelle Zentrum der reaktionären Strömungen und Tendenzen innerhalb der chilenischen Militärkaste war.

Und so war es auch kein Zufall, daß auf jeder schwimmenden Einheit der chilenischen Marine, die »zufällig« am Tage des Putsches kombinierte Flottenmanöver mit Einheiten der US-Navy vor der chilenischen Küste durchführte, CIA-Offiziere waren.

Aus den verschiedenen CIA-»Studien« ergab sich, daß es notwendig war, den rechten Kräften in der chilenischen Armee Vorwände zum militärischen Eingreifen als »Hüter der Verfassung« zu liefern, um vorhandene Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Streitkräfte zu überwinden und bei dem geplanten Putsch ein einigermaßen einheitliches Vorgehen zu

sichern.

Zu den Vorbereitungen für den Sturz Präsident Allendes äußerte sich später in Santiago der Chef der Junta, General Pinochet, in einem Interview für die Zeitschrift »Ercilla«: Der Generalstab der Armee habe schon im April 1972 die »Materialisierung des unüberwindlichen Konflikts zwischen der exekutiven und legislativen Gewalt als nichtverfassungsmäßige Lösung« bezeichnet und am 28. Mai 1973 eine defensiv-offensive Planung beschlossen. Dazu gehörte der sogenannte Plan Albora und der die Nachrichtenverbindungen betreffende Plan Silencio.

An der Ausarbeitung des Plans Silencio beteiligten sich in besonderem Maße Pinochet selbst sowie der Operationschef des Heeres und Konteradmiral Patricio Carvajal, der heutige Außenminister. Dazu reisten der ehemalige Direktor der Militärakademie Bernardo O'Higgins, Oberst Alberto Labbé und der General Alfredo Canales (ehemaliger Direktor der Militärinstitute des Heeres mit Flugzeugen der brasilianischen Luftwaffe) nach Brasilien. Beide Offiziere waren wegen aufrührerischer Aktivitäten und ihrer Verbindung zur CIA von Präsident Allende in den Ruhestand versetzt worden.

Für direkte Verbindungen mit US-amerikanischen Institutionen (vor allem der CIA und dem State Department) sorgten in dieser Phase die Führer der Unternehmerverbände, wie Jorge Fontaine (Präsident der Confederaciön de La Producción y el Commercio- Verband für Produktion und Handel), der bereits erwähnte Orlando Sáenz, Benjamin Matte (Präsident der Sociedad Nacional de Agricultura - Großgrundbesitzervereinigung), Pablo Rodriguez (Generalsekretär der »Patria y Libertad«), Sergio Onofre Jarpa (ehemaliger Senator der PN - Nationalpartei) und vor allem Eduardo Frei (ehemaliger Senator und Präsident der Republik, PDC).

In diesen Personen erschöpften sich die Verbindungen zur CIA jedoch nicht. Der gegenwärtige Consejero de Difusión (Propagandarat, Pressechef) der Militärjunta, Alvaro Puga, war bis zum Tage des Staatsstreiches Direktor von Radio Sociedad Nacional de Agricultura und Leitartikler der Zeitung »La Segunda« von der Publikationskette »El Mercurio«. Der Edwards-Clan dieses acht Zeitungen umfassenden Zeitungsmonopols unterhielt und unterhält enge Verbindungen zu einflußreichen amerikanischen wirtschaftlichen und politischen Kreisen.

Andere in die Pläne einbezogene Personen hielten ständigen Kontakt mit den Genannten, vor allem aus Kreisen der PDC über den Mittelsmann Claudio Orrega, Abgeordneter und ehemaliger Propagandarat der Regierung Frei (PDC). Orrega war Verbindungsmann zwischen Frei und den chilenischen Mitarbeitern der USA-Botschaft. Später fanden die Zusammenkünfte im »Club de la Union«, dem gesellschaftlichen Zentrum der Industriellen und Großgrundbesitzer statt. In diesem Klub versammelten sich jeweils an einem Freitag die Führer der Putschisten (»Club de los Viernes«) zur Koordinierung der politisch-militärischen Aktion. Dabei waren auch der Botschaftsrat der US-Botschaft Harry W. Shlauderman, der US-Generalkonsul und CIA-Agent Frederick D. Purdy oder Franklin Tonini, der vom Kulturatteché zum Presseattaché avancierte. Gelegentlich erschien auch der USA-Botschafter, Nathaniel Davis, selbst.

Die Journalisten Mario Carneyro und Rafael Otero nahmen aktiv am Putsch teil. Beide hatten direkten Kontakt zu Claude Villareal, ein USA-»Diplomat«, der zuvor gleichartige Funktionen in Tunis (1970) und Brasilien (1962 bis 1967) ausübte, wo er aktiv am Sturz des Präsidenten Goular beteiligt war. Sie hielten auch Verbindung zu Franklin Tonini, einem »Sowjetologen« des State Department. Zusammen mit dem heutigen Pressesekretär der Junta und Beauftragten für ausländische Korrespondenten, Frederico Willoughby-MacDonald, installierte Rafael Otero mit nordamerikanischer Beratung die Abhörapparaturen im Präsidentenpalais und in den Privatwohnungen von Funktionären der UP-Regierung.

Willoughby-MacDonald hatte sich seine Qualifikation als ehemaliger Geschäftsführer der Abteilung Public Relations der Ford Motor Company in Chile, als Redakteur der Zeitschrift »Diario Ilustrado« und Presseberater Alessandris bei dessen Präsidentschaftskandidatur erworben. Während der Vorbereitung des Putsches unterhielt er ebenfalls enge Kontakte zur USA-Botschaft. Er gehörte dem Geheimkommando der »Patria y Libertad« an.

Am 11. Oktober 1973 bestätigte CIA-Direktor William E. Colby vor dem Unterausschuß für interamerikanische Fragen, daß während der Zeit der Vorbereitung und Durchführung des Putsches CIA-Agenten in Chile tätig waren.

Lehrreich, nicht?

Konkret 10/74, S. 7

Walter Jens

Lieber in der Front des Volkes, als im Hintern der Reaktion

Ein später Geburtstagsartikel zum 25jährigen Grundgesetz von Professor Walter Jens

Fünfundzwanzig Jahre Grundgesetz:

Das sind fünfundzwanzig Jahre, in denen die Erkenntnis der ersten Stunde nach der Befreiung vom Nationalsozialismus nicht realisiert worden ist. Eine Erkenntnis, die da lautete: Erst dann ist der Faschismus endgültig überwunden, wenn die kapitalistische Gesellschaftsordnung, auf deren Fundament er sich entfaltete, überwunden worden ist.

Fünfundzwanzig Jahre Grundgesetz:

Das sind, auf Seiten der anno 47 und anno 74 die These Rosa Luxemburgs (Keine Demokratie ohne Sozialismus! Kein Sozialismus ohne Demokratie!) vertretenden Intellektuellen, fünfundzwanzig Jahre, in denen die in tausend Jahren versäumten Lektionen mühsam nachgeholt werden mußten: Wären wir erfahrener auf dem Feld der Politökonomie gewesen, wir alle, dann hätten wir den Charakter der Restauration hierzulande leichter durchschaut, wären nicht so lange einer Ideologie aufgesessen, die das Wesen der Klassengesellschaft hinter dem Schein einer nivellierten Mittelstandsgesellschaft (später: Leistungsgesellschaft) versteckt, hätten nicht das Gemeinwohl mit dem Wachstum des Sozialprodukts auf der Basis privatkapitalistischer Gewinnanhäufung identifiziert, hätten mehr politisch, mehr in der Nachfolge Büchners und Heines, und weniger moralisch, wie Marquis Posa, argumentiert: Hätten zum Beispiel, als Konrad Adenauer um der Eingliederung der Bundesrepublik ins westliche Bündnissystem willen Landeskinder als Soldaten anbot, nicht nur wie jener Kammerdiener aus »Kabale und Liebe« gesprochen, der seiner Lady Milford das Elendslos verkaufter Untertanen ausmalt. (Das cui *bono* der Transaktion durchschauten wir nicht; ihr Geschäfts-Charakter blieb uns verborgen.)

Fünfundzwanzig Jahre Bundesrepublik: Das sind fünfundzwanzig Jahre, in denen nicht wir Radikaldemokraten weiter nach links, sondern Gewerkschaften und Parteien immer weiter nach rechts gegangen sind - so weit, daß einem ehrlichen Ahlener Christdemokraten heute die Sozialdemokratische Partei wie eine Palastwache des Großkapitals erscheinen maß. Denn Grundgesetz und Ahlener Programm haben das eine gemeinsam: Daß die behutsame Formulierung von damals heute den Charakter einer radikalen Pointe gewonnen hat. Einst Ausdruck eines Klassen-Kompromisses, heute auf Systemveränderung abzielende Papiere! Die These der Ahlener, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung den Interessen unseres Volkes nicht gerecht geworden sei und daß kapitalistisches Macht- und Gewinn-Streben nietet Ziel und Inhalt der staatlichen Neuordnung in Deutschland sein können: Welcher Jungsozialist kann dergleichen im Jahr 1974 noch sagen, ohne von seinen Partei-Oberen als »Spinner«, »Heilsteterer« und »Linksradikaler« an den Pranger gestellt zu werden?

Und dann erst das Grundgesetz! Mit seinem Verzicht auf eine Identifikation von freiheitlicher und privatkapitalistischer Ordnung, mit seinen Sozial-Geboten, seiner Neutralität in Wirtschaftsfragen, die es gestattet, dem Sozialismus mit einer bescheidenen Bundestags-Mehrheit Türen und Tore zu öffnen! Das Grundgesetz mit seiner Betonung jenes Parteienprivilegs, das die wahren Verfassungsfeinde, im Kampf mit den vermeintlich »Radikalen«, heute einer imaginären Treuepflicht von Beamten, Richtern und Soldaten unterordnen wollen!

Wie sollte es uns nicht dazu verleiten, dieses Gesetz, dem, an den Manifestationen von Filbinger, Strauß und Dregger gemessen, der Charakter einer bürgerlich-radikalen Erklärung zukommt . . . wie sollte es uns nicht dazu verleiten, immer von neuem jene Alternative zur bestehenden Ordnung zu formulieren, die der große Staatsrechtlehrer der Weimarer Republik, Hermann Heller, zu der Formel zugespitzt hat: ‚.Entweder wird der liberale Rechtsstaat in einen sozialen verwandelt oder man verzichtet eines Tages um der Erhaltung wirtschaftlich privilegierter Gruppen willen auf Rechtsstaat und Demokratie?«

Fünfundzwanzig Jahre Grundgesetz:

Das sind fünfundzwanzig Jahre, in denen die Kluft zwischen der Verfassungsnorm und der Verfassungswirklichkeit immer größer wurde. Wer gesehen hat, wie reibungslos das Zusammenspiel zwischen der Autoindustrie und ihren christlichdemokratischen Agenten funktionierte; wer miterleben mußte, mit welcher Unbekümmertheit Sozialliberale in einem Augenblick von »sozialer Marktwirtschaft« sprachen, wo die multinationalen Konzerne auch dem letzten Erhard-Jünger vor Augen führten, wie der Spätkapitalismus *in praxi zu* arbeiten pflegt: durch ein Diktat von Mächtigen, durch ein

Zusammenspiel von Monopaten, die Markt und Konkurrenzprinzip längst außer Kraft gesetzt haben; wer die Verneigung führender Sozialdemokraten vor den großen Wirtschaftsbossen mit den Tritten gegen jene Jungsozialisten vergleicht, die heute die CDU-Thesen von 1947 hinter vorgehaltener Handflüstern müssen - der wird nicht länger um die Feststellung herumkommen können, daß jetzt der Augenblick gekommen ist, wo die mangelnde Wirtschaftsdemokratie auch zu einer akuten Bedrohung der politischen Ordnung geführt hat. Schon sprechen die Vertreter des Obrigkeitsstaates -vor einigen Jahren war's noch undenkbar - in aller Offenheit davon, daß es Grenzen der Demokratisierung gäbe, ja, daß die Demokratie unter Umständen suspendiert werden müsse, wenn eine Gruppe es wagen sollte, wirtschaftliche Privilegien von Minoritäten in Frage zu stellen:

Darum das Preislied auf die chilenische Junta, darum, mit dem Blick auf das KZ von Santiago, die Warnung an die Sozialisten in diesem Lande, darum das Pochen aufs politische Hausrecht der Wirtschaftsmagnaten. (Hände weg von der Mitbestimmung. Unternehmernacht bedeutet: Freiheit für alle. Gewerkschaftsmacht bedeutet: Unfreiheit. Wer nach ihr ruft, könnte die Garanten der Freiheit zwingen, sich zur Wiederherstellung der »verfassungsmäßigen Wirtschaftsordnung«, wenn's denn anders nicht geht, eines Joannides' oder Pinochets zu bedienen.) Die Reaktion hat das Debakel von 72 längst überwunden. Die Zeit, da die Mächtigen den Bogen überspannten und Sozialismus, im Zeichen des Klassenkampfes von oben, plötzlich kein Schimpfwort mehr war, ist längst vorbei. (Für ein paar Wochen lang waren die Bosse ganz klein; da kamen die Sozialliberalen und halfen ihnen- und den Funktionären der Amtskirche dazu - wieder auf ihre Beine.)

Fünfundzwanzig Jahre Grundgesetz:

Das sind fünfundzwanzig Jahre Restauration. Kann man es also überhaupt noch realisieren, dieses Gesetz? Gesellschaftliche Reformen durchführen? *Behutsame* Reformen, wohlgemerkt: Reformen zum Beispiel, wie sie 1949 in den Wirtschaftspolitischen Grundsätzen des Deutschen Gewerkschaftsbundes formuliert wurden? Reformen, die anno 47 systemfördernd waren und anno 74 systemüberwindend sein müssen - Reformen, die das Grundgesetz verlangt?

Um diese Reformen und dieses Gesetz zu verwirklichen, bedürfte es einer CDU. die zumindest nicht hinter den päpstlichen Sozialenzykliken zurückbleibt. Es bedürfte einer SPD, die in französischer Weise zu argumentieren wagt: in der Art jener bürgerlichen Demokraten, denen das Wort »Volksfront« deshalb nicht als suspekt erscheint, weil es ihr ehrenhafter dünkt, an der Front des Volkes als im Hintern der Reaktion zu operieren. Es bedürfte einer DKP, die den italienischen oder französischen Weg zum Sozialismus akzeptiert und, was die DDR und die Sowjetunion angeht, den Aspekt »Kritik« nicht geringer bewertet als den Aspekt »Solidarität«. Einer DKP, die auch - und gerade'. - an den Grenzpunkten (Frage der Partei: Diktatur des Proletariats oder Diktatur über das Proletariat? Fraße der ‚.bürgerlichen« Rechte. Frage der CSSR) eher marxistisch-wissenschaftlich als theologisch-idealistisch argumentiert. Einer DKP vom Schlage jener KPI, in deren Reihen man vor Monaten - das ist mehr als ein Bonmot! - Solschenizyns politische Torheiten mit dem Satz kommentierte: »Materialistisch gesprochen: Jedes Land hat die Opposition, die es verdient.«

Um das Grundgesetz zu verwirklichen, in unserem Land, bedürfte es der deutschen Konstellation von 1947 oder der französischen und italienischen Gruppierung von 1974. Im Augenblick also eine Utopie, wie es scheint. Ihrer eigenen besseren Vergangenheit untreu, vereinsamt unter liberaleren Bundesgenossen im westlichen Lager treibt die Bundesrepublik mehr und mehr in die politische Isolation.

Fünfundzwanzig Jahre Grundgesetz:

Das sind fünfundzwanzig Jahre, an deren Ende die kalten Krieger - hinter die Position von 1848 zurückgehend - zu einer Totalrevision des Grundgesetzes aufrufen. Wenn die Moderatoren des ZDF-Magazins, die Ideologen der unheiligen Allianz von Großindustrie, politischer Reaktion und einer »Kirche á la Metternich « unsere freiheitlich-rechtsstaatliche Ordnung beschwören, dann klingt das, als ob Cesare Borgia über die Bergpredigt spräche.

Fünfundzwanzig Jahre Grundgesetz:

Für Demokraten eine triste Bilanz.

Aber auch ein Appell.

Konkret 10/74, S. 9

Karl-Heinz Hansen

Das größte Projekt seit Christi Geburt

Ein Starfighter kostet 8 Millionen. Sein Nachfolger, das MRCA, wird pro Stück 82 Millionen kosten. Warum das eine unsinnige Ausgabe wäre, beschreibt das SPD-Mitglied des Verteidigungsausschusses, Karl-Heinz Hansen

Am 14. August ging auf dem bayrischen Flughafen Manching ein Milliardending in die Luft: Für dreißig Minuten hob der Prototyp Nr. 0 1 des neuen Nato-Mehrzweckflugzeuges Panavia 200 vom Boden ab. Zwei weitere Prototypen werden in diesen Wochen auf dem Werksflugplatz der British Aircraft Corporation in Warton zu Probeflügen starten. Der neue Supervogel soll Anfang der 80er Jahre den Starfighter - bisher 170 Abstürze- ablösen. Höchste Zeit, Alarm zu schlagen.

Worum geht es? Zuerst wurde ein senkrechtstartender Starfighter-Ersatz mit viel Geld zum Museumsstück entwickelt, dann einigten sich die Bundesrepublik, Italien, Belgien, Kanada und die Niederlande auf einen Schwenkflügler. Großbritannien kam später hinzu. Kaum hatten sich die beteiligten Staaten im Jahre 1968 auf die gemeinsame Entwicklung eines MRCA (multi-role combat aircraft = Vielzweckflugzeug) geeinigt, da schieden Kanada, Belgien und die Niederlande aus dem Waffen-Ringverein wieder aus. Einer aus Rolls Royce, der MTU und FIAT zusammengesetzten TURBO UNION Ltd. wurde die Entwicklung des Düsentriebwerks RB 199 übertragen. Diese Firmengruppe ist neben PANAVIA (= British Aircraft Corporation - 42,5 %, Messerschmitt-Bölkow-Blohm - 42,5 % und Aeritalia - 15 %) und IWKA MAUSER Hauptauftraggeber der NAMMA (Nato MRCA Development and produktion Management Agency), eines von den beteiligten Regierungen für dieses Projekt gebildeten NATO-Gesamtunternehmers.

Die Militärs stellten gewaltige Forderungen an das geplante Flugzeug: Es sollte gleichzeitig fähig sein zur Luftnahunterstützung der Bodentruppen, zur Erkämpfung der Luftüberlegenheit, zur Abriegelung in der Tiefe, zum Einsatz als Fernbomber, zur taktischen Luftaufklärung sowie für die Schulung von Flugzeugführern. Eine Aufgabenpalette, die dem Supervogel schon im Planungsstadium den Namen »eierlegende Wollmilchsau« eingetragen hat.

Für die meisten dieser MRCA zugedachten Rollen sind im »lufttaktischen Konzept« der bundesrepublikanischen Luftwaffe inzwischen andere Flugzeugmuster vorgesehen: die Phantom F 4 F und der Alpha-Jet (noch in der Erprobung). Für MRCA bleibt im wesentlichen nur die Gefechtsfeldabriegelung und die Fernaufklärung übrig. Dennoch wurde an der ursprünglichen aufwendigen Auslegung festgehalten, nicht zuletzt auch weil die englische und italienische Luftwaffe andere Verwendungsarten vorsehen: Mit großem Aufwand an Elektronik und Technik (Schwenkflügel für Langsam- und Schnellflug) soll MRCA bei jedem Wetter mehr als doppelt überschallschnell und dicht über dem Boden fliegen und gleichzeitig auf ganz kurzen Pisten landen können.

Damit ist man beim ersten der technisch-militärischen Gründe, die für die Einstellung des Projekts sprechen: da das Kampfflugzeug nicht nur Ergebnis der unterschiedlichen Forderungen von drei NATO-Ländern ist, sondern auch in Marine und Luftwaffe der Bundeswehr verschiedene Aufgaben erfüllen soll, ist es wegen seiner Kompliziertheit sehr verwundbar. Beispielsweise muß die Verträglichkeit der geforderten Bewaffnungskombinationen mit den Aufhängestationen am Flugzeug durch ein dreinationales Erprobungsprogramm erst noch erwiesen werden. Weitere Abstriche von der »Papierform« sind im Laufe der weiteren praktischen Erprobung zu erwarten.

Gemessen an den für MRCA verbliebenen Rollen im Rahmen der Gesamtluftverteidigung der Bundesrepublik und an den Einsatz- und Überlebenschancen im Ernstfall auf dem geographisch schmalen Handtuch zwischen Rhein und Elbe, stellt MRCA einen über jedes denkbare Maß hinausgehenden Luxus dar, der nur mit der einmaligen Verwendung eines hochgezüchteten Rennwagens im Nahverkehr einer Großstadt verglichen werden kann.

Weiterhin würde der Zulauf des MRCA in die Verbände der Luftwaffe erst zu einem Zeitpunkt erfolgen, in dem seine heute moderne Technologie bereits veraltet sein wird, weil dann billigere und treffsichere unbemannte Flugkörper und Raketen zur Verfügung stehen. In den USA errechnete man für einen unbemannten Flugkörper (RPV = remotely piloted vehicle) einen Stückpreis von 10 000 Dollar, also etwa 25.000 Mark. Folgerichtig arbeiten deshalb nicht nur Dornier und VFW-Fokker an gleichen Projekten, sondern gerade die am MRCA beteiligte Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (mit Anteilen des Landes Bayern) bereitet die Zusammenarbeit mit amerikanischen Firmen auf dem Gebiet der unbemannten Kampfflugzeuge vor. Es ist vorauszusehen, daß Messerschmitt am Tage des endgültigen Beschaffungsbeschlusses für

MRCA dieses System für veraltet erklären und Propaganda für die neuen Superwaffen machen wird.

Die Anschaffung von MRCA durch nur zwei oder drei NATO-Länder würde auch ein weiterer Beitrag zur Vervollständigung des »Armeemuseums« (General Steinhoff) an Waffen innerhalb der NATO sein, also das Gegenteil der ständig lauthals erhobenen Forderung nach Standardisierung von Waffen und Geräten zur Senkung der Kosten für Beschaffung und Erhaltung. Frankreich als geschäftiger Waffenhändler ist bereits im Gespräch mit den Niederlanden, Belgien, Dänemark und Norwegen, um denen die Mirage II zu verkaufen.

Nimmt man schließlich die Tatsache hinzu, daß ursprünglich zur Erfüllung der MRCA in der bundesrepublikanischen Luftwaffe zugedachten Aufgaben 800 Stück für unerläßlich galten und inzwischen nur noch 322 für völlig ausreichend gehalten werden, so drängt sich der Schluß auf, das »lufttaktische Konzept« der Bundeswehr sei weniger rationalen Folgerungen aus gesicherten Erkenntnissen über ein denkbares Kriegsbild entsprungen, als den Forderungen der interessierten Industrie. Das in langen Jahren gewachsene Zuhälter-Erpresser-Verhältnis zwischen Armeen und Rüstungsindustrien wird stets alles tun, um mit erfundenen Sachzwängen vom Eigentlichen, nämlich von Politik als demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung, abzulenken und sich stattdessen auf die Komplizenschaft der Lobbyisten mit willfährigen Politikern zu stützen.

In Bezug auf den technisch-militärischen Aspekt darf man - ohne sich eine solche Betrachtungsweise zu eigen zu machen - jedenfalls feststellen:

· Wenn es eine Lücke in der Starfighter-Nachfolge gegeben hat, so ist sie durch bereits angekaufte oder in der Entwicklung befindliche Flugzeuge (Phantom, Alpha-Jet) weitgehend ausgefüllt.

· Was auszufüllen bliebe, rechtfertigt auf keinen Fall den luxuriösen technischen Aufwand von MRCA.

· In seiner historischen Entwicklung bestätigt MRCA, daß Rüstungsbeschaffungen eher das Ergebnis des vom industriellen Kapazitätsangebot ausgehenden Drucks ist, als eine Funktion durchdachter Militärstrategie.

Mit dem letzten Hinweis auf den »militärisch-industriellen« Komplex sind wir bei der **wirtschaftlichen** Betrachtung des MRCA-Abenteuers angelangt.

Die fünfjährige Entwicklungsphase hat bisher schon etwa 3,5 Milliarden Mark gekostet und wird mindestens weitere 3 Milliarden kosten. Auf die Bundesrepublik werden davon etwa insgesamt 3 Milliarden entfallen. Bei einer Gesamtstückzahl von etwa 800 Flugzeugen (Bundesrepublik 322, Großbritannien rund 380, Italien 100) wird dann jeder einzelne Luxusbomber einschließlich Entwicklungs- und Ausbildungskosten für Piloten und Wartungspersonal den Steuerzahlern ungefähr 61 Millionen Mark kosten. Rechnet man eine realistische Preissteigerungsrate bis zum Liefertermin 1980 hinzu, steigt der Preis pro Maschine auf 82 Millionen (Starfighter etwa 8 Millionen).

Wahrscheinlich wird dem Steuerzahler der Supervogel aber noch viel teurer zu stehen kommen: Denn die Kalkulation der Flugzeugbauer geht davon aus, daß etwa 1600 Flugzeuge verkauft werden. Das ist aber sehr fraglich: Weder steht die endgültige Bedarfsstückzahl für die Bundeswehr fest, noch zeigt Großbritannien Neigung, die geplante Stückzahl abzunehmen; das vor dem wirtschaftlichen Ruin stehende Italien kann die ihm zugedachten 100 Stück wahrscheinlich gar nicht bezahlen. Bei einer so drastischen Reduzierung der Gesamtproduktion würden die Einzelpreise für den Rest raketenartig steigen.

Mit einer Gesamtsumme von wenigstens 26 Milliarden Mark, die dem Bundeshaushalt für die Finanzierung dringender Gemeinschaftsaufgaben verloren gingen, hat das MRCA-Projekt folglich jedes volkswirtschaftlich verkraftbare Maß endgültig überschritten.

Bleibt die Frage, ob eine Stornierung des Projekts Arbeitsplätze in der Luftfahrt- und der Zulieferindustrie gefährden würde. Richtig ist, daß es in Europa eine große Überkapazität in der Luftfahrt- und Raumfahrtindustrie gibt, an der Großbritannien besonderen Anteil hat. In der Bundesrepublik hat der in Geschäften allgegenwärtige Franz Strauß das seine zur Erzeugung solcher überflüssigen Kapazitäten getan, als er beispielsweise gegen allen fachlichen Rat den Auftrag zum Bau von total veralteten Flugzeugen (Do 27 und Do 28) verordnete.

Wenn wir unsere eigene Friedenspolitik ernst nehmen (und das wollen wir doch - oder?) sind Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie die gefährdetsten.

Die rechtzeitige Einstellung des MRCA-Projekts würde jedoch auf keinen Fall Abschaffung der wenigen bis heute an das Projekt gebundenen Arbeitsplätze bedeuten. Im Gegensatz zum Verteidigungsministerium (»MRCA spielt für unsere Luft- und Raumfahrtindustrie eine ganz wesentliche Rolle, da in Zukunft andere Großprojekte nicht in Sicht sind und somit das MRCA zwangsläufig eine Schlüsselrolle einnimmt«) ist auch der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses, der SPD-Abgeordnete Schmitt, dieser Meinung: »In Zeiten der Voll- und sogar Überbeschäftigung würde selbst ein totaler Stopp aller Rüstungsaufträge, etwa im Rahmen einer totalen Abrüstung, nicht zu einem wesentlichen Einbruch in der Industrie führen. Die 200 000 kochqualifizierten Fachleute würde der Arbeitsmarkt aufnehmen und den zweiprozentigen Umsatzausfall könnte die Industrie wahrscheinlich binnen kurzem auf dem zivilen technologischen Gebiet wettmachen«.

Da Politiker nicht dazu sein sollten, Flächenbelastungen und Kurzrollstrecken bei Flugzeugen nachzurechnen, wohl aber über die Kosteneffektivität bei notwendigen Ausgaben aus Steuermitteln zu wachen, muß die letzte Entscheidung über MRCA eine **politische** sein.

Wenn wir davon ausgehen, daß Sicherheit leider noch immer mit militärischen Mitteln aufrecht erhalten werden muß - wobei über das wirklich unerläßliche Maß gestritten wird -, so sprechen auch sicherheitspolitische Gründe gegen den Bau und die Anschaffung von MRCA. Es würde ein Riesenblock aller verfügbaren Investitionsmittel im Verteidigungshaushalt auf ein Jahrzehnt im voraus festgelegt; damit bliebe kaum noch Spielraum für möglicherweise außen- und sicherheitspolitisch notwendige Strukturveränderungen innerhalb oder zwischen den Teilstreitkräften der Bundeswehr.

Da für das gemeinschaftliche Rüstungsvorhaben MRCA sowohl aus militärisch-technischer, aus wirtschaftlicher wie aus sicherheitspolitischer Sicht kein Bedarf besteht, bleibt nur die Vermutung, daß man über dieses Projekt vielleicht einen Beitrag zur Erhaltung und Stärkung des Bündnisses oder der Anbindung Großbritanniens an die europäische Gemeinschaft leisten möchte. Dann allerdings wäre dies eine Wiederholung liebgewordener alter Fehler. Schon die Beschaffung des als Schulflugzeug ausgelegten Alpha-Jets für den Einsatz als Luftnahunterstützungsflugzeug in der Bundesluftwaffe war eher ein Gastgeschenk auf dem Altar der deutschfranzösischen Erbfreundschaft. Wenn Europa mit gegenseitiger finanzieller Hilfe erhalten werden muß, dann sollte das durch offene Beratung in den vorgesehenen politischen Gremien über den Agrar-, Sozial- und Regionalfonds geschehen und nicht über ominöse Rüstungsprojekte. In der Tat bedarf Italien dieser Hilfe dringend - auch im Interesse der wirtschaftlichen und politischen Stabilität der übrigen demokratischen Länder Europas.

Letzten Endes ist eine derartige Rüstungspolitik kaum geeignet, zaghaften Ansätzen für eine neue Sicherheitspolitik, die als Weltinnenpolitik Sicherheit mit außermilitärischen Mitteln herzustellen sich bemüht, Auftrieb zu geben. Damit erweisen sich nicht die »Linken«, sondern die Militärs und Rüstungsindustriellen als eine Gefahr für eine weitsichtige, vernünftige und zukunftsträchtige Sicherheits- und Außenpolitik.

Die öffentliche Diskussion über »das größte technologische Projekt seit Christi Geburt« (Helmut Schmidt) hat begonnen. Zahlreiche Unterbezirke und Bezirke der SPD haben bereits Beschlüsse gefaßt, in denen die sozialdemokratische Bundestagsfraktion und die Bundesregierung aufgefordert werden, das volkswirtschaftlich wie sicherheitspolitisch überflüssige und unsinnige MRCA-Projekt sofort einzustellen. Eine entsprechende Initiative von starken Minderheiten in den Parlamenten von Großbritannien, der Bundesrepublik und Italien wird folgen. Noch ist es nicht zu spät für einen Sieg politischer Vernunft über diese Frucht eines kapitalistischen Irrationalismus.

Jeder Tag weniger, der an das unsinnige Projekt verwandt wird, spart uns allen Millionen. Wir können dann friedlicher, sicherer und reicher das nächste Fest von »Christi Geburt« feiern als die Taufe des größten technologischen Projekts danach.

Konkret 10/74, S. 11

Preß-Freiheit

Die Bonner Regierung hat den Entwurf eines Presserechts-Rahmengesetzes vorgelegt. Daß Rudolf Augstein auf drei »Spiegel«-Seiten und Enno von Loewenstern in vier »Welt«-Folgen dagegen polemisieren, spricht für das Gesetz. Daß die gewerkschaftlich organisierten Journalisten das Gesetz bekämpfen, schon weniger. Bei ihrer Argumentation leiden diese freilich unter einem Handikap: Sie können kaum einmal dokumentarisch nachweisen, wie Manipulation journalistischer Meinung in der Praxis betrieben wird. KONKRET kann ein solches Beispiel vorlegen, das beweist, daß der vorliegende Gesetzesentwurf für die Produktion einer Zeitschrift nur Hemmnisse und für die Meinungsfreiheit des Journalisten überhaupt nichts bringt:

Die Geschichte spielte im Sommer 1968, wenige Wochen nach den Schüssen auf Rudi Dutschke. Sie spielte damals in der Redaktion des »Spiegel«, Hamburg, Pressehaus. Die Geschichte spielt auch heute noch, in allen Redaktionen allerorten. Sie ist ein Lehrstück zum Thema: Manipulation und wie sie gemacht wird. Was KONKRET hier abbildet, ist ein Spielfeld: Die von den Chefredakteuren Johannes Engel und Claus Jacobi abgezeichnete, verbindliche Korrekturseite einer »Spiegel«-Geschichte auf ihrem Weg in die Druckerei. So korrigiert erschien die Story im »Spiegel« Nr. 19/1968 auf Seite 72.

Bis dahin war folgendes passiert: Am Montag der Vorwoche hatte das Bonner

»Spiegel«-Büro nach Hamburg gemeldet, in dieser Woche werde Bundeskanzler Kiesinger in Stuttgart mit dem VDS-Vorsitzenden Ehmann zusammentreffen, und man wolle darüber berichten. In der Nacht zum Donnerstag traf die Geschichte per Fernschreiber in Hamburg ein - recherchiert und geschrieben von dem Bonner Korrespondenten Hans-Gerhard Stephani, einem mittleren Sozialdemokraten. Das Manuskript wurde redigiert und in Satz gegeben - Durchschlag (wie immer) an den Autor und an die Chefredaktion. Am nächsten Morgen hob Chefredakteur Claus Jacobi die Geschichte ins Blatt- ohne jeden Kommentar. Am Nachmittag kam der Seitenabzug ins zuständige Ressort Deutschland I, das die Änderungen der Dokumentation übertrug, Satzfehler korrigierte, die Bildunterschrift anbrachte und den Übersatz kürzte. Vom Ressort abgezeichnet ging die Seite in die Chefredaktion. Von diesem Zeitpunkt bis zum fertigen »Spiegel«-Exemplar erfuhren weder der Bonner Autor noch das zuständige Hamburger Ressort irgendetwas von Änderungswünschen. Als sie ihre Geschichte wieder zu Gesicht bekamen, stand sie auf dem Kopf. Chefredakteur Jacobi hatte sie mit wenigen, aber geschickten Strichen seines dicken Filzschreibers komplett umgedreht:

Kiesinger kam plötzlich ganz groß raus: Er »monologisierte« nicht mehr (gestrichen), er »umging« nicht mehr die Antwort auf Ehmanns Frage (gestrichen), er brauchte sich von den Studenten nicht mehr sagen zu lassen, sie hätten sich das Treffen »keineswegs als Teach-in« gedacht (gestrichen). Dafür durfte Kiesinger nicht nur eine »gewisse Verranntheit« der Studenten konstatieren, sondern der Spiegel bestätigte ihm auch noch, daß dieses Urteil »untertreibend« sei. Auch warf der Kanzler seinen Gesprächspartnern nicht mehr »moralischen Rigorismus« vor, er »hielt ihnen *ihren* moralischen Rigorismus vor«.

Aus dem »Thema Vietnam« machte Jacobi das »Uralt-Thema Vietnam« (damals ging der US-Krieg dort gerade seinem Höhepunkt zu), und die Studenten-Forderung, die Bundesrepublik möge den deutschen Botschafter aus Athen abberufen, das feudalistische Schah-Regime verurteilen und die Beziehungen zu Südkorea abbrechen, wurde durch ein eingeflicktes »die Studenten forderten nur« verhohnepiepelt. Klar, daß aus dem Satz »An das brutale Vorgehen der Polizei bei den Anti-Springer-Demonstrationen erinnert . . .« die Fassung wurde: »Auf das Vorgehen der Polizei bei den Anti-Springer-Demonstrationen angesprochen...«

Wenige Wochen später schied Claus Jacobi beim »Spiegel« nach sechsjähriger Blattmacherei aus. Erst versuchte er mit seinem Freund Richard Gruner einen Anti-»Spiegel« zu machen, dann wurde er Chefredakteur der »Welt am Sonntag«, später Chefredakteur der »Wirtschaftswoche« und jetzt wartet er wieder bei Springer auf einen neuen Job.

Es wäre ungerecht, Jacobi Gesinnungslumperei vorzuwerfen - er blieb sich überall treu. Sein Weg zeigt nur, wie die bürgerliche Presse dieses Landes beschaffen ist. Nämlich so, wie das hier abgedruckte Dokument. Zeit für linke Pressepolitiker, daran etwas zu ändern.

P. S. Es soll nicht verschwiegen werden, daß Jacobis Streichkünste in diesem Fall von »Spiegel«-Verleger Augstein gerügt wurden. Folge: der Redakteur, der Augstein auf Jacobis Eingriffe hingewiesen hatte, wurde vom Chefredakteur verwarnt.

Glück für ihn, daß Augstein seinen »Jaco« sowieso loswerden wollte.

Konkret 10/74, S. 13

Martin Buchholz

Berlin kaputt

»Herrrrrrreinspaziert, Damen und Herren, immer herrrein in unsere Super-Grusel- und Monster-Schau. Wir zeigen Ihnen die absonderlichsten Persönlichkeiten und Begebenheiten unserer Zeit. Monströsitäten, die Sie nur bei uns besichtigen können: die schändlichste aller Schandmauern, Lummerheinrich, der kleinste CDU-Abgeordnete der Welt, die Riesendame vom Steglitzer Kreisel samt Unterleib, die legalsten Gangster der westlichen Hemisphäre, den Wunderdoktor Dr. Jovy, eine brave Puffmutter, einen verhinderten deutschen Kaiser, einen größenwahnsinnigen Bürgermeister, beschubste Schieber, betrogene Betrüger, den größten Umweltverschmutzer mit dazu passenden Umweltschützern, Selbstmörder en masse, abgetakelte Playboys, flüchtende Caesaren, arme und reiche Schweine. Sie werden aus dem Staunen nicht herauskommen. Bitte, treten Sie näher, Herrschaften. Immer herrrrein!!!«

Das Panoptikum, von dem die Politschausteller nun schon mehr als zwei Jahrzehnte lang immer wieder großes Geschrei machen (meist allerdings von ihrer Bonner Jahrmarktbude aus) heißt Berlin. Genauer: Berlin (West). Oder: West-Berlin. Oder: Westberlin. Allein schon dieser Bindestrich zwischen West und Berlin, von dem man nicht genau weiß, ob er nun »Bindungen« oder »Verbindungen« demonstriert (und demonstriert werden muß in jedem Fall etwas), führt schon zu erbitterten Fehden bei den Rechts-Schreib-Fanatikern. Fehlen darf er in keinem Fall, denn auf diesen Strich geht eine ganze Ideologie.

Der Eintritt in das Etablissement, in die Schauer-Schau haben Sie längst im voraus entrichtet: Mit 4 950 Millionen Mark wird der Laden allein in diesem Jahr aus Steuergeldern finanziert. Bundeshilfe heißt das offiziell. Den Bonner Statistiken zufolge müßten von 1951 ab bis jetzt auf jeden Einwohnerkopf dieser Stadt rund 36 000 Mark entfallen sein (das darf man dann mit zwei Millionen multiplizieren). Mein Kopf mit eingerechnet, denn - das zur Legitimation - ich bin hier im französischen Sektor, im Wedding nämlich, Sansibarstraße 12, parterre rechts, Balkonfenster, geboren, lebe und arbeite seither hier.

Nur haben die Westberliner bislang den Kopf bestimmt nicht dafür hinhalten müssen, daß 36 000 Mark darauf entfallen. Soviel Köpfchen hatten nur wenige und bei denen ging der »Entfall« gleich in die Millionen. Der Volksmund, dem man oft genug eins draufgehauen hat, riskiert dazu nur eine bescheidene Lippe: »Die hatten eben Schwein!« Das genügt ihm als Erklärung.

In gewissem Sinne stimmt es sogar, wie jüngst der Senat zugeben mußte. Ein vorwitziger SPD-Abgeordneter hatte ihn nämlich mit einer Anfrage zur Fleisch-Subventionierung in Verlegenheit gebracht. Eine Schweinerei kam zutage, die von der lokalen Presse erst gar nicht gemeldet wurde: Da werden nämlich Schweine nach Westberlin geliefert, sozialistisches Lebendvieh von den Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften der DDR. Die armen Schweine aus dem Osten werden hier -kaum im »freien Teil der Stadt« angelangt, auf dem Spandauer Schlachthof vom Leben zum Tode befördert, gehäutet und halbiert.

Dafür gibt es eine Berlin-Präferenz, lies: der Fleischfabrikant bekommt immense Steuervergünstigungen, weil man dem Schwein eben in Westberlin den Bolzen vor den Bregen knallte. Nun wird das halbierte Vieh weiterbefördert- nach Westdeutschland nämlich. Kaum ist das zweigeteilte, mittlerweile gesamtdeutsche Schwein dort angelangt, darf es dieselbe Fahrt noch einmal machen - retour. Es ist inzwischen ein westdeutsches Produkt geworden, ohne daß der Kühlwagen auch nur geöffnet zu werden brauchte.

Zur »Weiterverarbeitung« geht es zurück nach Westberlin. Hier werden die Filets, Koteletts usw. herausgetrennt und für diesen zweiten Arbeitsgang gibt es wieder eine fette Umsatzsteuer-Ermäßigung für den Hersteller. Der Senat erklärt das lapidar: »Gelangen in Berlin (West) hergestellte Gegenstände aus Westdeutschland nach Berlin (West) zurück, so ist eine erneute Präferenzierung dann möglich, wenn die Gegenstände - und das gilt nicht nur für Fleisch - durch weitere Be- oder Verarbeitungsmaßnahmen die Voraussetzungen einer Herstellung in Berlin (West) erfüllen.«

Aber es kommt noch schöner: Das nunmehr in seine Einzelteile zerlegte, weitgereiste Borstenvieh wird noch einmal nach Westdeutschland gekarrt. Ein Teil kommt dort auf den Markt, der Rest geht nach Westberlin zurück - weil wir doch im Rahmen unserer »Bindungen« an den Bund das »Frischfleisch« aus Westdeutschland beziehen. Hier kommt es nun endlich via Fleischgroßmarkt Beusselstraße zum Einzelhändler und Verbraucher. Wenn sich der Kunde über die horrenden Fleischpreise wundert (die weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegen) bekommt er zur Antwort, daß ja

schließlich auch irgendwie die Frachtkosten hereinkommen müßten. Und außerdem noch die Transitgebühren der Ostzonalen . . . »wejen dem Honecker«!

Aber, bitte sehr, woher soll er's auch besser wissen: Das LPG-Schnitzel zwischen den Zähnen, kann er dennoch nur antikommunistische Spruchweisheiten widerkäuen. Den politischen Verstand hat man ihm längst demontiert. Dafür bimmelt in seinem Oberstübchen unentwegt die Freiheitsglocke. Die Mauer vorm Kopf - und dahinter Blockade: Das ist er immer noch, der unerschrockene Durchhalte-»Insulaner« - und der »hofft unbeirrt, daß seine Insel wieda'n schönet Festland wird«.

Ab und zu kriegt er ein paar billigere Fleischbrocken hingeworfen: Sonderangebote »aus der Senatsreserve« - wie es dann auf den Ankündigungen der Supermärkte heißt. Diese Konserven werden in riesigen Lagern und unterirdischen Bunkern - einer liegt direkt unter dem Kreuzberg - als »eiserne Reserve für den Notfall« gehalten, für den Fall einer »neuen kommunistischen Abschnürung Berlins«. In regelmäßigen Abständen müssen die Lager »umgewälzt« werden alte Konserven raus, neue rein - da die neue Blockade zu lange auf sich warten läßt. Die Lagerbestände, auf Kosten des Steuerzahlers erstanden, werden zu Schleuderpreisen an die Supermarkt-Ketten verhökert. Und die bringen sie wieder mit einem kräftigen Preisaufschlag - dennoch als »Billig-Angebot« - an den Mann, der dieselbe Ware ja schon einmal indirekt bezahlt hat.

Der Kalte-Kriegs--Fraß wird immer wieder neu aufgekocht und der Westberliner schluckt ihn brav aus der Konserve. Sein Bewußtsein ist mit der Senatsreserve eingelagert worden. Nur: Man kann es nicht mehr »umwälzen«. Dazu ist er meist auch zu alt: Jeder vierte Westberliner ist im Rentenalter, fast jeder zweite über 50 Jahre alt. Da lernt man die Welt im allgemeinen nicht mehr neu verstehen. Man versteht eben gar nichts mehr. »Von Berlin aus gesehen« (so der Titel von Axel Springers gesammelten Werken) ist die Welt total durcheinander gekommen. Westberlin ist schließlich an seinem Standort geblieben - ein »Leuchtturm der Freiheit«, unverrückbar: also muß der Rest dieser Erde verrückt worden sein. Das steht für die wahren Insulaner fest und sie fühlen sich irritiert, verunsichert. Drei Jahre nach dem Viermächte-Abkommen über Westberlin glauben über 50 Prozent der Bürger, sie seien abgeschrieben, »verkauft« - wie eine Meinungsumfrage des Senats ergab.

Sicher; es gibt jetzt keine stundenlangen Wartezeiten an den DDR-Kontrollpunkten mehr. Man kann die Tante Clara in Pankow jetzt ohne weiteres besuchen (aber wollte man das eigentlich überhaupt?). Man kann sonntags jetzt auch im Park von Sanssouci zu Potsdam spazieren gehen oder über die Kanäle des Spreewalds schippern.

Aber was nutzt das? Wer schaut denn noch auf diese Stadt, wozu Ernst Reuter einst die »Völker der Welt« aufrief, wenn Herr Honecker kaum noch an der Mauer schießen läßt. Jahrelang hat man sie, die Westberliner, als die Helden der westlichen Welt gefeiert, die unerschrocken der kommunistischen Tyrannis, der roten Gefahr trotzten. Jeder von uns war ein Vopo - ein Vorposten - der freien Welt. Selbst Kennedy wollte ein Berliner sein. Und jetzt ist man auf einmal als Held abgeschrieben, ist nur noch ein lästiger, nörgliger Piefke. Kein Aas kümmert sich mehr um einen . . .

»Wir dürfen Berlin und den Berlinern nicht die Vision rauben, einmal wieder praktizierende Hauptstadt zu werden. Auch für Berlin gilt: Es lebt nicht von Brot allein.« So sprach der heimlich-unheimliche Herrscher von Springer-Town, der von seinem Wachturm an der Mauer den besten Überblick hat. Das war vor vier Jahren. »Und im übrigen sind wir der Meinung, daß Berlin wiedervereinigt werden muß.« So ließ es der Zeitungszar Tag für Tag als Leitmotto auf die Titelseite des »Welt«-Lokalteils »Hauptstadt Berlin« setzen. Nun: Ab. 1. Januar nächsten Jahres gibt es keinen »Hauptstadt Berlin«-Teil mehr. Schon munkelt man in der Kochstraße, daß auch die Berlin-Ausgabe der »Bild«-Zeitung bald eingestellt wird (»Bild am Sonntag« gab es noch nie in Westberlin). Springer springt ab. Auch Du, mein Vater Caesar?

Ein »Mahnmal« sollte Springers Mauer-Palast sein. Bei der Grundsteinlegung beschwor er einst alte Gespenster: »Wir rufen die Geister der Geschichte, die an dieser Stätte heimisch sind und bitten sie, dem Neubeginn gnädig zu sein.« Westberlin als Geisterstadt - auch eine Perspektive.

Gespenstisch genug geht es schon zu, wenn die Hausmeister in den Spekulations-Prachtbauten der City des Abends durch die leerstehenden Stockwerke gehen und die Lichter anknipsen, um vorzutäuschen, daß es genügend Mieter im Hause gibt - so da sich nachträgliche Kapitaleinlagen für potentielle Geldgeber lohnen würden. Licht-Signale kommender Pleiten.

»Riesen-Pleite am Ku-Damm-Eck« »Wird der Steglitzer Kreisel gesprengt?« - »Senat muß Kudamm-Kareé kaufen«: Schlagzeilen, an die sich der Bürger resignierend gewöhnt hat. Die Zeiten des Goldgräber-Booms mit dem Berlinförderungsgesetz sind vorbei: Zuviele luxuriöse Geschäftsbauten sprossen an allen Ecken und Enden Westberlins empor, wo eben noch ein Plätzchen frei war. Es zeigte sich, was man an fünf Fingern abzählen konnte: Das Überangebot an Geschäftsräumen - mit saftigen Mieten dazu - fand keine entsprechende Nachfrage. Ganze Betonriesen stehen noch leer. Andererseits konnten und können die legalen Steuerschieber nicht mit der Miete heruntergehen, denn davon müssen die Zinsen für die Hypotheken gedeckt werden. Doch im Notfall sprang immer der Staat ein: Super-Spekulant Mosch konnte ein ganzes Hochhaus an die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte vermieten - für 14 Mark Miete pro Quadratmeter.

Dem Rastelli unter den Abschreibungsjongleuren, Dr. Herbert Jovy - von bösen Zungen als »Dr. Ganovy« verlästert -, gaben Senat und Bund großzügige Bürgschaften für sein klotziges Kudamm-Eck, über dem inzwischen der Versteigerungs-Hammer schwebt. Nicht umsonst ist der Hauptarchitekt dieses Baus der frühere Senatsdirektor beim Bausenator, Werner Düttmann. Nicht umsonst war Jovy mit dem damaligen Bau- und »Blau«-Senator Rolf Schwedler (heute SPD-MdB) eng befreundet. Da wird doch wohl so eine läppische Angelegenheit wie eine Senatsbürgschaft kein Problem sein.

Allerdings war »Wunderdoktor« Jovy auch erfindungsreich, wenn es um staatliche Bürgschaften ging: Um die zu bekommen, mußte er nachweisen, daß schon 60 Prozent seines »shop-in-Shop-Centers« vermietet seien. Er behalf sich da mit Tricks, die schon wieder so leicht durchschaubar sind, daß es willige Mitspieler auf der staatlichen Seite braucht, um damit durchzukommen. Am Beispiel Kudamm-Eck: Jovy hatte, als er die Bürgschaft beantragte, von den 14 000 Quadratmeter Werbefläche in seinem Protzbau erst die Hälfte vermietet, also 7000 Quadratmeter. Davon hatte er aber wiederum die Hälfte - also 3 500 Quadratmeter - an sich selbst vermietet, nämlich an Eigenbetriebe, die er mangels anderer Mieter am laufenden Band gründete. Dennoch waren auf diese Weise nur 50 Prozent der Fläche »weggegangen« - zu wenig für die Bürgschaft. Prompt wurde Jovy noch einmal sein eigener Mieter: Er richtete in den drei repräsentativsten Etagen des Kudamm-Ecks ein primitives Wachsfiguren-Kabinett ein, wo man nun seine Geldgeber - unter anderem den Regierenden Bürgermeister, steif und wächsern blaß - bewundern kann. Der Lohn der öffentlichen Hand: 15 Millionen, die man inzwischen in den Mond schreiben kann.

Jovy selbst ist bei der Pleite fein heraus. Er hat gründlich abgesahnt und kann aufgrund juristischer Taschenspieler-Tricks nicht haftbar gemacht werden. Allerdings wird er nun keine Dummen mehr finden, die ihm ihr Geld für Steuerschiebungs-Objekte anvertrauen. Diese großverdienenden Steuer-Schummler sind die gründlich Gelackmeierten. Um so mehr, als sie es eigentlich gewohnt sind, andere Leute zu prellen und nun selbst die Geprellten sind.

Fortsetzung im nächsten KONKRET:

Berlin ist eine Pleite wert

Konkret 10/74, S. 14

Peggy Parnass

»Hat er sich noch gerührt?«

Peggy Parnaß erlebte, wie einer Kindesmörderin der Prozeß gemacht wurde

Eine junge Frau, Erika T., 29, brachte kurz vor Weihnachten 1973 ihren sechsjährigen Sohn um. Ihr einziges Kind, das sie über alles liebte.

Jetzt sitzt sie zusammengesunken auf der viel zu großen Anklagebank. Lange, schwere, braune Haare. Weiches, sanftes Gesicht, Kinderaugen. Ein voller Körper in Wolle. Das Taschentuch von beiden Händen gepreßt. Eine Kindfrau, die mit sanfter Stimme, in übersauberer Diktion, alle Endsilben überdeutlich wie nach Sprechunterricht aussprechend, erzählt Liebe und Leid in der Art, in der die Hedwig Courths-Mahler-Geschichten den Fernsehern millionenfach die Tränen in die Augen treiben. Nur: diese Geschichte schrieb das Leben.

Erika wurde in Rostock geboren. Ein Wunschkind des Vaters, zum Leid ihrer Mutter. Bei ihrer Geburt war der jüngste ihrer drei Brüder schon zehn Jahre. »Ich hatte ein sehr gutes Verhältnis zu meinem Vater. Ich war wohl sein Lieblingskind. Meine Mutter war immer etwas böse auf ihn, weil er mich etwas verzog. Ich war hin- und hergerissen zwischen meinen Eltern. Nach seinem Tod hat mein Verhältnis zu ihr sich besonders verschlechtert. Weil ich nach Hamburg kam und in anderen Umständen war und bei ihr wohnte.«

Der Vorsitzende, Richter Hadenfeldt, fordert Erika auf, ihren Lebenslauf etwas ausführlicher zu schildern. Lieb, bereitwillig, brav und höflich gibt sie exakt Auskunft über alles. Sie gibt sich sehr große Mühe, in dem großen Schwurgerichtssaal ihre sowieso immer vorhandene Angst zu verdrängen und ruhig zu bleiben.

»Erst, als wir hierher kamen, lebten wir in Baracken, Lagern und Behelfsheimen. Wirklich eine ziemlich scheußliche Erinnerung. Da gab es Ungeziefer und anderes Unerfreuliches. Nach meinem Volksschulabschluß begann ich eine Schneiderlehre. Nach drei Jahren wurde ich Gesellin. Danach wurde es besser. Ich arbeitete 1 1/2 Jahre in einem Modesalon, in dem ich mich sehr wohlfühlte. Weil ich aber mehr lernen wollte, ging ich an die Kleine Oper Berlin in die Theaterschneiderei.«

Doch nicht nur Erikas Drang zur Weiterbildung zog sie nach Berlin, sondern auch ein Fiesepampel namens Heiko von S., den sie in Hamburg lieben lernte und der dann nach Berlin ging.

»Ich hatte bis dahin etwa vier Jahre einen Jugendfreund. Ich wollte ihn nicht kränken, habe mich aber doch von ihm gelöst. Wegen Herrn von S. Ich war damals ziemlich unreif und unselbständig. Die Bedenken meines Vaters waren sehr gut gemeint. Nach einiger Zeit meinte ich, daß ich schwanger sei. Da ich mir jedoch meiner Sache nicht ganz sicher war, wollte ich Herrn von S. nichts davon sagen. In meinen Jungmädchentagen war häufiger eine Verzögerung der Mensis eingetreten. Nur meiner Freundin vertraute ich mich an.« Bei erstbester Gelegenheit petzte die Freundin. Und der Edle ward nicht mehr gesehen.

»Einmal erreichte ich ihn noch. Er wich mir aus und meinte, ich müsse mich allein darum kümmern. Ich suchte Hilfe bei meinem Jugendfreund. Der meinte, ich müsse abwarten. Ich ließ meine ganze Kraft am Theater. Dort forderte man den vollen Einsatz aller. Und konnte keine Rücksicht auf eine Schwangerschaft nehmen. Ich habe noch einmal ein Gespräch mit Herrn von S. erreicht. Ich wollte nur Sachliches regeln. Er wehrte sich gegen jede Unterhaltszahlung. Er war wütend. Und nahm keine Rücksicht darauf, daß ich schon im sechsten Monat war.

An meinem Geburtstag, dem 27. Dezember 1966, wurde mein Sohn geboren. Ich nannte ihn Erik, weil es ja *mein* Kind war, meins ganz allein. Und weil mein Vater mich auch Erik genannt hätte, wäre ich ein Junge geworden.«

Der Richter: »War da nicht noch ein Vorfall?«

Erika, wieder von Weinen geschüttelt, während das Haar ihr Gesicht verdeckt: »Doch. Am 24. Dezember erhielt ich die Verlobungsanzeige von meinem Jugendfreund. In Gegenwart meiner Mutter. Sie war furchtbar böse. Sie verglich die

Männer miteinander und machte mir mehr und mehr Vorwürfe. Vorher war meine Mutter sehr begeistert von Heiko gewesen. Jetzt hörten ihre Vorwürfe gar nicht mehr auf. Ich löste eine Röhre Schlaftabletten auf, weil ich es nicht mehr aushielt.« Erika wurde gerettet, ihr Sohn zwei Tage später geboren.

Aufs wärmste empfohlen, arbeitete Erika jetzt an der Hamburger Staatsoper und dann wieder in einem Modesalon.

Der Richter: »Der Junge war ja zuerst bei der Oma, wie man so schön sagt. Bis Sie 1969 eine eigene Wohnung hatten.«

So war es. Danach kam Erika in ein Kindertagesheim und verbrachte auch mit viel Freude viel zeit bei den Eltern des Jugendfreundes, die auch den Kindergartenplatz bezahlten. Liebevolle Leute, die zwar sehr traurig waren, daß es zwischen ihrem Sohn und Erika nicht zur Ehe kam, Erika trotzdem immer weiter wie eine Tochter behandelten.

Frau Irmgard K., 56, als Zeugin, küßt die Angeklagte und sagt weinend aus:»Erika war wie eine Ausgestoßene. Trotz Familie. Nur solange der Vater lebte, ging es einigermaßen. Ihr Bruder schlug sie grün und blau.

Wir hätten den Jungen gern ganz zu uns genommen. So war er immer abwechselnd bei Erika, ihrer Mutter und uns. Mein Mann hat oft gesagt, Erika muß unbedingt in Behandlung wegen ihrer Migräne und den Depressionen. Doch ihre Mutter hat ihre Krankheit als Getue abgetan und gesagt, sie solle sich nicht so haben. Sie setzte ihren starken Willen auch immer einfach durch.«

Der Vorsitzende: »Kam dieses Geschehen selbst - Sie wissen, was ich meine - für Sie überraschend?«

»Mein Mann hat sowas immer schon befürchtet. Obwohl ihre Beziehung zum Kind sehr liebevoll war.«

Opa K. starb plötzlich. Erika: »Es war, als hätte ich meinen Vater zum zweiten Mal verloren. Und für Erik war der Tod entsetzlich. Er sprach immer davon, er wolle zu seinem Opi in den Himmel fliegen.« Die ihr wohlgesinnt waren, erkannten also, daß Erika behandlungsbedürftig war, ja daß sie und ihr Kind ständig in Gefahr schwebten. Erika war in Behandlung - würde ihr Hausarzt sagen. Bei ihm. Der, wie so mancher Hausarzt, anstatt seine Grenzen zu erkennen und einzugestehen, um dann den gefährdeten Patienten an einen Facharzt zu überweisen, lieber gegen gutes Honorar mit Tabletten, Spritzen und Zäpfchen das Übel zudeckte.

Erika: »Ich hatte Schwierigkeiten, da ich seit meiner Lehre sehr unter Migräne litt. Ganz unregelmäßig, 2-3mal die Woche, mal erst nach acht Wochen Pause. Immer mit ständigem Erbrechen. Von 70 bis 73 immer häufiger. Es war so schlimm, daß ich mich immer beim Arzt flach auf den Boden der Toilette legte, bis ich endlich dran war und eine Spritze bekam. Meine Depressionen waren sehr unabhängig davon. Die hatte ich, glaube ich, schon als Kind. Weil ich immer alles machen mußte. Für meine Brüder die Schuhe putzen. Immer von meiner Mutter in Trab gehalten wurde. Und nicht wie andere Kinder zum Spielen kam. Und dann die furchtbare Angst. Ich fühlte mich immer wieder unfähig, völlig unfähig. Es bezog sich auf alle Dinge. Ich hatte Angst vor allem. Bei meinem Bruder ist es ganz genauso. Auch bei meinem Vater war es so. Und meine Tante litt zeit ihres Lebens unter Migräne. Ich brauchte immer wieder Hilfe. Auch meine Mutter gab mir manchmal Geld. Aber das war jedesmal mit großen Vorwürfen verbunden. Sie meinte, ich wäre faul und müsse arbeiten. Zum Schluß begriff ich, daß ich richtige Behandlung brauchte. Und meldete mich bei Therapeuten an. Migräne ist nämlich wirklich oft so schlimm, daß man meint, verrückt zu werden. Die Ärzte meinten aber, man könne nichts für mich tun. Die Gruppen seien anderthalb Jahre ausgebucht. Andere Ärzte waren einfach nie zu erreichen, wenn ich sie brauchte. Nach einer Weile fühlte ich mich auch besser. Und ließ meine Versuche.«

Wenn es Erika schlecht ging, zog sie sich, für ihre Umwelt unbegreiflich, immer völlig zurück. Schloß sich ein. Versteckte sich.

Nun könnte der Eindruck entstehen, als sei Erika permanent ein winselndes Häufchen Unglück. Eine etwas unappetitliche, sich ständig übergebende, dumpf vor sich hinbrütende Frau gewesen. Überhaupt nicht. Zu ihrem Krankheitsbild gehören auch die Hoch-Zeiten. Zeiten, in denen der Kranke sprudelnder, ideenreicher, anziehender als ein Gesunder ist. Jeder Neubeginn in Erikas Leben, beruflich oder privat, fand immer nur statt, wenn sie gerade aktiv, übersprudelnd und voll

Energie war.

Erika suchte und fand während ihrer vitalen Phasen immer wieder Lebenspartner. »Erik zeigte ich immer erst nach längerer Freundschaft. Ich wollte nicht, daß das Kind in Unruhe gebracht wird.«

Alle ihre Freundschaften sollten eigentlich zur Ehe führen. Sie wünschte sich einen Mann und dem Kind einen Vater. Zweimal reagierte sie auf das Scheitern einer Verbindung mit Selbstmordversuchen. Einmal mit Tabletten, einmal, indem sie versuchte, sich die Pulsadern aufzuschneiden.

1972 lernte sie den Redakteur Felix, 32, kennen. Ein weicher, jungenhafter Mann. Er berichtet: »Wir hatten sehr schnell ein enges Verhältnis und haben Pläne gemacht. Es sollte nicht nur eine flüchtige Begegnung sein. Sie erzählte aus ihrem Leben und von den drei Selbstmordversuchen. Ihre Mutter machte einen sehr kühlen, sehr distanzierten Eindruck auf mich. Sie sagte, ihre Tochter sei ihr jetzt nach allen Schwierigkeiten gleichgültig. Erika war für mich eine angenehme Überraschung. Aufgeschlossen und offen.«

Erikas neuer Lebensgefährte nahm seine Aufgabe innerhalb der kleinen Familie ernst. Er wollte die Erziehung des Jungen mitbestimmen und kollidierte in seinen Vorstellungen mit denen der Älteren. Es gab Ärger. »Die wollten ihn öfter als uns lieb war. Andererseits waren wir froh, wenn sie ihn uns abnahmen. Ich arbeitete oft nachts und brauchte dann Schlaf am Tag. Wenn ich unnachgiebig war, übernahm Erika die Partei des Großzügigeren.

Mit ihrer Migräne wurde ich nicht fertig. Wir haben uns ein paarmal getrennt. Dann doch wieder zueinander gefunden. Nach einer Versöhnung lief sie plötzlich drei Wochen weg und rief dann erst am 15. Dezember bei mir an. Man merkte, daß sie verstört war. ;Zum ersten Mal äußerte sie Selbstmordabsichten. Sie habe ihren Sohn eine Woche nicht gesehen und wolle allein sterben.«

Erika: »Er machte mir Mut. Aber ich hatte Angst vor der Zukunft.«

Sie drehte immer mehr durch. Weinte am Arbeitsplatz.

»Ich dachte an alle Pleiten und sah die Schuld nur bei mir. Ich liebe Erik sehr und wollte nicht, daß er in ein Heim kommt. Das hätte meine Mutter sicher durchgesetzt. Die ganze Nacht überlegte ich, wie ich es machen würde. Ich hatte früher nie an Eriks Sterben gedacht. Aber seit Opis Tod hatte er so oft geweint. Er wollte auch tot sein, bei seinem Opi sein.

Ich wollte das Springtau nehmen. Erst Erik töten und dann mich aufhängen. Ich konnte nicht schlafen. Habe gefroren, geschwitzt und gebadet.«

Sie schrieb einen Abschiedsbrief. Und machte eine Art Testament.

»Ich sterbe aus freiem Willen. Ich habe Leuten öfter wehgetan. Daß mich niemand liebt, ist meine eigene Schuld. Was kommt nach dem Tod? Hölle, Himmel oder nur Dunkelheit? Mein armes Kind. Ich will kein Mitleid und keinen körperlichen Trost. Nur einen Schimmer Liebe. Ich will alle Sachen verschenken. An Leute, die sie vielleicht gar nicht haben wollen. Ich möchte verbrannt werden. Und ich wünsche mir, daß Ihr mehr Verständnis für einander aufbringt. Und daß die Quälerei endlich aufhört.«

Dann hat sie in rührender Weise alle Freunde mit ihren wenigen Habseligkeiten bedacht. Machte überall Abschiedszettel dran. Sie vermachte getrennt ihren Armreif, das Spielzeug, die Kindersachen, die Siamkatze und ihre Möbel. Frühmorgens tauchte sie in Eriks Schulklasse auf, um ihn zum gemeinsamen Sterben abzuholen.

»Er lief so lebendig auf mich zu. ‚Mammi, das Backen bei der HEW hat gestern soviel Spaß gemacht!` Da kam mir die Nacht wie ein Spuk vor. Ich dachte nur noch an Weihnachtsgeschenke für ihn. Ich nahm ihn mit nach Haus, um Geld zu holen. Wollte auch mit ihm ins Kino, um einen Kinderfilm zu sehen. Ich rief Freunde an und regelte alles Mögliche für die nächsten Tage. Erik freute sich, die Katze wiederzusehen. Und spielte mit ihr. Er fragte nach den Zetteln. Ich sagte: ‚Mammi hat eine ganz böse Nacht und ganz blödsinnige Ideen gehabt. Die kannst du nachher abmachen und wegwerfen. `

Ich fühlte mich wieder so gut und wollte für Weihnachten alles gemütlich machen. Wir räumten zusammen die Spielsachen weg. Ich wollte ihn auch zum Einkaufen ein bißchen hübsch umziehen. In seinem Dufflecoat und dem selbstgestrickten Pullover war er nicht so schön. Da nahm ich plötzlich den grünen Schal und machte das. Ich weiß nicht wie und warum.«

Der Vorsitzende: »Irgendwas muß Ihnen doch durch den Kopf geschossen sein.«

Sie verzweifelt: »Nein. Ist es aber nicht. Gerade in der letzten Zeit konnte man wunderbar mit ihm reden. Ich habe dem Erik nie wehtun wollen. Ich stand gebeugt genau hinter ihm.«

»Hat er sich noch gerührt, sich bewegt?« »Ich glaube, ja. Ich weiß es nicht mehr.« Die von haltlosem Schluchzen geschüttelte Frau bekommt ein Glas Wasser.

Der Vorsitzende: »Ich bin kein Psychologe. Aber vielleicht ist es besser, sie geben sich einen Ruck und erzählen weiter, um aus diesem Bereich herauszukommen.« »Dann habe ich einen Haken geholt und ein paarmal versucht, mich an dem Springtau aufzuhängen. Ich rutschte immer wieder vom Sessel runter, weil der Haken riß. Dann lief ich hoch in die oberste Etage, um runterzuspringen. Unten gingen Kinder vorbei, die ich nicht erschrecken wollte. Ich rannte zur Autobahnbrücke. Aber es waren zu wenig Autos. Ich wollte wirklich tot sein. Ich lief und lief und lief. Dann rief ich Felix an. Dabei wollte ich mit Erik zusammenbleiben.«

Der Vorsitzende: »Zusammenbleiben?« »Ja, das glaubte ich so. Indem wir eben gemeinsam tot sind, wie wir gemeinsam gelebt haben. Ich wollte ihn doch nicht allein lassen. Und nun hab ich es doch wieder getan.«

Felix: »Als sie anrief, habe ich sie kaum verstanden. Sie schrie und schluchzte nur. Es sei etwas Furchtbares geschehen. Als ich sie endlich überreden konnte zu kommen - ich versprach ja auch, sie wieder wegzulassen - kam sie, taumelte und brach zusammen. Sie war nicht mehr ansprechbar und wollte auch nicht, daß ich sie überhaupt berührte.«

Seitdem ist Erika in stationäre Behandlung in der psychiatrischen Klinik Eppendorf. Felix hat ihr die ganze furchtbare Zeit danach geholfen, alles durchzustehen. Und sich mit ihr verlobt. Er wirft sich vor, daß er am Tag vor der Tat nicht das tat, was er hätte tun können: Seine Arbeit verlassen, um bei ihr zu sein.

Der Vorsitzende: »Wie stehen Sie heute dazu?«

Erika: »Ich meine immer noch, daß es besser wäre, ich bin nicht mehr.«

Die Staatsanwältin begriff nichts. Sie meinte, die Angeklagte habe doch gar keinen Anlaß zum Selbstmord gehabt: »So ausweglos war die Situation doch gar nicht.«

Das ist eben das Fatale an der Depression. Daß man nicht erkennen kann, daß eine Situation nicht ausweglos ist.

Die Staatsanwältin beantragt 3 Jahre ohne Bewährung.

Der Verteidiger, Dr. Barrelet, beantragte Freispruch und legte den einleuchtenden § 16 dafür zugrunde, der besagt: Das Gericht kann von Strafe absehen, wenn die Folgen der Tat, die den Täter getroffen haben, so schwer sind, daß die Verhängung einer Strafe offensichtlich verfehlt wäre. (Dies gilt nicht, wenn der Täter für die Tat eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verwirkt hat.)

Wie gestraft sie in der Tat ist, sagt sie selbst in ihrem Schlußwort: »Ich werde dies alles sowieso nicht vergessen können, so alt ich auch werde.« Urteil: Wegen Totschlags, unter Berücksichtigung des § 51,2, zwei Jahre mit Bewährung. Und die Auflage, sich weiterhin psychotherapeutisch behandeln zu lassen.

Auf die Art ist sie endlich zu ihrer Psychotherapie gekommen.

Erika nahm das Urteil auf der Stelle an. Ihr Verlobter ging auf sie zu und legte den Arm um sie.

Was heißt in diesem Fall Bewährung? Daß sie innerhalb von drei Jahren, sollte sie ein Kind gebären, es nicht umbringen darf? Ach Gott . . .

Konkret 10/74, S. 16

Wolfgang Abendroth

«Die Sauerei von Brandt...«

konkret fragte Prof. Wolfgang Abendroth nach Apo, Jusos, Streiks und Faschisten

KONKRET: *Herr Professor Abendroth, man hat Sie oft einen der Ziehväter der APO genannt. Halten Sie auch heute noch den außerparlamentarischen Weg für sinnvoll?*

ABEND ROTH: Was heißt Ziehvater? Natürlich, ich habe einen Teil der Kader des SDS zum marxistischen Denken hingeführt. Und der SDS war dann in der ersten Welle der APO die aktivste Kraft. Ich persönlich habe aber - insofern z. B. von Dutschke nicht zu Unrecht als Traditionalist der Arbeiterbewegung bezeichnet immer darauf verwiesen, daß rationale politische Ergebnisse nur durch die Kombination außerparlamentarischer Mobilisierung und Durchsetzung in den Institutionen der vorhandenen Gesellschaft, also auch des vorhandenen Staates, also auch im Parlament, erzielt werden können. Mir war dabei völlig klar, daß in der eingefrorenen Situation zur Zeit des Aufbruchs der Studentenbewegung der nächste Anstoß nur durch spontane Massenbewegungen erfolgen könne. Und infolgedessen war ich auch der Meinung, daß man Irrationalitäten in der politischen Studentenbewegung hinnehmen müsse, weil nun einmal eine spontane Massenbewegung immer auch eine irrational überfordernde Seite hat.

KONKRET: Welchen Sinn hat nun diese APO gehabt, welche Erfolge?

ABENDROTH: Die APO war der Anstoß, die unendlich festgefrorene Restauration zur Auflösung zu bringen. Das war ihre Funktion und ihr Sinn und insoweit hat die APO viel erreicht. Die heutige Situation an den Universitäten, die immerhin den Einbruch einiger Elemente demokratischer, und in Extremfällen sogar marxistischer, Kritik erlaubt, wäre nicht vorstellbar ohne die APO-Bewegung. Die heutige Lage auch in der Gesellschaft - zum Beispiel in der sozialdemokratischen Partei: daß nämlich wieder politische Diskussionen stattfinden - wäre nicht denkbar ohne diesen Anstoß der APO. Die Existenz der Partei, die durch ihre bloß legale Existenz eine gewisse Kontinuität dieser fortschrittlichen Seite garantiert - nämlich der DKP wäre nicht möglich ohne die APO. Gäbe es keine legale DKP, könnte sich auch in der SPD keine marxistische Opposition konstituieren.

KONKRET: Gibt es denn in der SPD eine solche Opposition?

ABENDROTH: Sagen wir einmal: In statu nascendi. Eine Opposition mit sehr vielen utopischen Zügen, die durcheinanderlaufen, mit sehr viel extrem reformistischen Zügen. Beispiel: Peter von Oertzen, der heute - im Gegensatz zu früher- alles andere denn ein Marxist ist, sondern ein bloßer rechter Revisionist, mehr nicht. Aber neben dem Peter von Oertzen und dem Jochen Steffen - der ja was besser ist als der Peter von Oertzen, aber bei alledem durch seinen antikommunistischen Tick sich selbst hemmt -, neben diesen beiden gibt es ja auch alle möglichen anderen Ansätze. Man denke an München, man denke an Frankfurt . . .

KONKRET: . . . und an die Jungsozialisten . . .

ABENDROTH: Mit den Jungsozialisten ist es ähnlich. Die Jungsozialisten sind zwar die Vorhut dieses Prozesses sozusagen im Bundesmaßstab. Aber auch bei den Jungsozialisten laufen ja x Züge durcheinander. Der meiner Meinung nach rationalste Zug ist die Hamburger Richtung um Detlev Albers. Dann der total irrationale, in die Nähe ultralinken Unsinns der APO führende Zug eines großen Teils der sogenannten Antirevisionisten - und dann ausgesprochen revisionistische Teile in der Juso-Führung.

KONKRET: Sie sprechen von ultralinkem Unsinn?

ABENDROTH: Alle ultralinken Gruppen - ob die Anarchistisch-Spontanoiden oder weite Kreise der Jungsozialisten, die Antirevisionisten nämlich, und auch die dogmatisierten Maoisten (mit der Realität der Politik Chinas haben sie gar nichts zu tun, das ist auch hier ein illusionärer Identifikationspunkt) - sie alle betreiben eine Politik, die in dieser oder jener Form die spontane und physisch gewaltsame Phase der APO in einer Situation wachhält, die die Anwendung solcher Mittel überhaupt nicht erlaubt. Das heißt aber mit anderen Worten, diese Gruppen sind sicher unwillentlich nichts anderes als

Hilfstruppen der Reaktion. Das heißt übrigens nicht, daß es keine Situation in der hochindustrialisierten Gesellschaft geben könne, in der man das Moment der den äußeren Formen nach physisch gewaltsamen, Legalität total zerbrechenden Revolution anwenden könnte und müßte.

KONKRET: Wann wäre das?

ABENDROTH: Ist ein Staat einmal faschistisch geworden, dann gibt es überhaupt keine andere Chance als die gewaltsame Revolution. Und daß auch unser Staat faschistisch werden kann, dürfen wir nicht verheimlichen. Das heißt aber wiederum mit anderen Worten: Solange er es nicht ist -und er ist es trotz aller autoritären Rückfälle nicht (ich erinnere nur an den Antikommunistenbeschluß der Ministerpräsidenten, den ja die SPD-Regierung in verfassungsverräterischer Weise mitgemacht hat, aber das hat noch nichts mit Faschismus zu tun, sondern ist nur reaktionär) -solange also diese Situation so ist, muß es die Aufgabe der Arbeiterbewegung wie der sozialistischen Studentenbewegung sein, Legalität und demokratische Legitimität gegen die Staatsgewalt zu verteidigen, aber nicht, sie zu zerbrechen.

KONKRET: Welche Chancen linker Politik sehen Sie im Moment?

ABENDROTH: Wir haben ja Ansätze des Fortschritts. Daß jetzt zum Beispiel der DGB - nicht nur der Bundesvorstand, sondern auch Bundesausschuß - die Sauerei des Mitbestimmungskompromisses scharf kritisiert und zeigt, daß der Mitbestimmungskompromiß, den die Regierung vorträgt, in Wirklichkeit nur ein verzuckerter Aufguß der Kapitalherrschaft ist und nicht mehr und man ihn also ablehnen muß. Daß die ÖTV gegen die Sauerei der maximal 8,5- bis 10-Prozent-Rede von Brandt gestreikt hat, zeigt einen Fortschritt in dieser Richtung. Nur soll man über den Fortschritten nicht vergessen, daß diese Steigerung der Klassengegensätze heute noch keinen wirklich zusammenwirkenden Kern der Wiederherstellung von Klassenbewußtsein, sondern nur Ansätze dazu erzeugt hat. Aber - immerhin sind die Ansätze auch ein Fortschritt.

KONKRET: Sie sprechen von Fortschritten. Dabei beobachten wir gerade jetzt eine sehr bedrohliche Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik.

ABENDROTH: Selbstverständlich muß man diese Entwicklung konstatieren. Aber man muß dabei bedenken, daß die große Vorwärtsbewegung seit 1968 sich vor allem auf Jungintellektuelle mit großen Illusionen über ihre Chancen beschränkt hat. Als die Veränderung, der Übergang der Macht an sozialistische Kräfte ausblieb, führte das zu innerer Zersetzung und zu Rückschlägen. Das war unvermeidlich, das ist bei jeder spontanen Bewegung unvermeidlich. Und als sich die Reaktion - das Bündnis aus Monopolkapital, hoher Bürokratie und Parteiführung der großen Parteien - zum ersten Mal in einer Bedrohungssituation sah, schlug sie möglichst heftig zurück, als der Druck auf sie nachließ.

So haben wir nun also eine Rückwärtsentwicklung, und diese Rückwärtsentwicklung findet zwar keine breite, spontane Gegenbewegung, aber sie findet Ansätze einer Gegenbewegung. Insofern unterscheidet sich also unsere jetzige Re-Restaurationsbewegung qualitativ durchaus von der langen Periode gesicherter Restauration, wie wir sie im Grunde von 1949 bis 1968 - genauer bis 1966, also bis zum Koalitionswechsel gehabt haben.

Wir haben jetzt nicht total entmutigte und noch relativ starke Gegenkräfte, Gegenkräfte in der Arbeiterklasse - siehe Gewerkschaftsstellungnahme -, unter den Intellektuellen, die wir damals nicht hatten. Denn damals waren diese Kräfte völlig entmutigt. Und nach dem Streik um das Betriebsverfassungsgesetz 1952 entglitten sie vollkommen. Eine solche Niederlage mit totalem Umschwung hat es jetzt nicht wieder gegeben, trotz Ministerpräsidentenbeschluß. Diese Gegenkräfte haben noch nicht zu strategisch gesichertem Zusammenwirken gefunden, weil wegen der antikommunistischen Vorbehalte bei marxistischen Teilen der Jungsozialisten, teils wegen sektierischer Vorstellungen in Teilen der DKP.

KONKRET: Droht denn der Gesellschaft, in der wir leben, nicht eher der Faschismus als ein Durchbruch zum Sozialismus?

ABENDROTH: Der erste Versuch zur sozialistischen Gesellschaft vorzustoßen, nämlich in Chile, ist durch den Sieg des Faschismus in Chile gescheitert. Aber das ist kein Beweis dafür, daß der Faschismus auch in der Bundesrepublik Deutschland oder in einem anderen Land Europas siegen müßte. Er kann überall siegen, es ist eine Frage der Kampfstärke der Linken, ob er siegt oder nicht. Und nebenbei bemerkt - auch der internationalen Verhältnisse. Wir dürfen nicht

vergessen, daß in Chile die sozialistischen Länder, deren Politik häufig zu kritisieren ist, das steht auf einem anderen Blatt, nicht helfen konnten. Kuba konnte durch das Eingreifen der UdSSR vor dem amerikanischen Zugriff gerettet werden.

Das war in Chile nicht möglich, weil Chile schon geographisch für solche Rettungsaktionen unzugänglich war. In Europa könnte so etwas möglicherweise helfen. Möglicherweise, und nicht mehr. Und auch nur dann, wenn die demokratischen Gegenkräfte die demokratische Legalität und das Grundgesetz schützen können. Wenn diese demokratische Bewegung nicht da ist, dann kann natürlich auch kein äußerer Druck helfen. Ist sie aber da, so hätten wir - und das gilt nicht nur für die Bundesrepublik, sondern modifiziert auch für Italien, Frankreich und England - hier größere Chancen zu siegen als Chile.

Konkret 10/74, S. 18

Hermann L. Gremliza

konkret ex-press

»Die Mitbestimmung, Kind der Koalition, aus Pflicht gezeugt, unter Schmerzen geboren, wird heute in erster Lesung beraten« - schreibt die **Welt**. Die Sprache zielt auf Abtreibung.

Bild-Kommentar: »Geflucht wird in Ost und West mit einem kräftigen ‚Scheiße` - ein Wort, das alle Teilungen und Systeme übersteht.« Und die Wiedervereinigung?

Hineinspaziert.

Seite 5 der **Süddeutschen Zeitung** vom 4. 7. 74: »Warum die ‚Nationalzeitung` einen 1935 hingerichteten Kommunisten als ‚Mörder` bezeichnen darf.« Antwort auf Seite 6: »Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger (CSU) wurde von dem spanischen Staatschef Franco in Privataudienz empfangen.« Hätte es mehr Männer gegeben wie den Hamburger Widerstandskämpfer Fiete Schulze, hätte es kein Drittes Reich, keine KZs, keine Legion Condor und keinen Staatschef Franco gegeben. Und natürlich auch keinen Bundestagsvizepräsidenten Jaeger und keine **Nazionalzeitung.**

In der **Süddeutschen** heißt der Ermordete vier Spalten lang Fiete Schulz statt Schulze, die **Frankfurter Allgemeine** verleiht ihm den Doppelnamen »Fiete-Schulze«. Den Herausgeber der **Nazionalzeitung,** Herrn Frey, schreiben beide richtig.

Emanzipation und liberale Verleger: Die Abteilung Marktforschung des Hauses **Gruner + Jahr** « (»Stern«, »Brigitte«) hat ein neues Standardwerk vorgelegt -»Neugruppierung der Frauen-Typologie unter dem Aspekt der Verwendung von Tampons und Binden«.

»Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß in der Diskussion über die Geschwindigkeitsbegrenzung unterschiedliche moralische Grundauffassungen aufeinanderprallen . . .« Wobei es aber auch Tote geben kann, wie man gleich sehen wird:

»Vereinfacht man, könnte man sagen, daß die Anhänger der Geschwindigkeitsbegrenzung dem Vitalismus nahestehen, während die Gegner sich für eine idealistische Moral entscheiden, in der Verantwortung, Individualität, Selbstbestimmung als höhere Werte gelten, als das bloße Leben als solches . . .«

Der Autor ist Professor für evangelische Religionspädagogik und systematische Theologie an der Universität Erlangen-Nürnberg. Er heißt **Wilhelm F. Kasch.** Man wird sich den Namen merken müssen.

Idealismus und Leichen haben's offenbar miteinander: »Menschen, die ihren Körper der Wissenschaft übergeben würden, seien meist Idealisten«, meinte **Professor Lindner,** Inhaber des Lehrstuhls für Morphologie und Anatomie an der Universität Regensburg, zur »Frankfurter Rundschau«. Das ist also Idealismus. Was aber ist ideal? Auch das sagte Professor Lindner: »Ideal sind 15 Anatomieleichen.« Kasch hat also doch recht.

Wissen Sie, was »echter Nazi-Geist« ist? **Text intern,** ein dem Bauer-Verlag (»Quick«, »Neue Revue«) nahestehender Pressedienst, sagt über ein »Positionspapier der Gewerkschaften«, das die Werbung für Tabakwaren, Alkohol und Medikamente verboten sehen will, es atme »echten Nazi-Geist«. Offenbar hält Herausgeber Lutz Böhme, Initiator der »Aktion Soziale Marktwirtschaft«, die NSDAP für einen rabiaten Verbraucherverband.

»**FAZ**« und Faszismus: »Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen«, sagte Max Horkheimer. **Walter Henkels,** FAZist, beschreibt die Jugendzeit des Pressesprechers Bölling im 3. Reich: »Der Fluß der Zeit lief für den Knaben in seiner ganzen schrecklichen Komplexität dahin.« Wer so schreibt, ist mitgeschwommen.

Erinnern Sie sich an **Helmut Bärwald,** den 1971 abgerittenen Ostland-Aufklärer der SPD? Im »Rheinischen Merkur« enthüllt er die »Unsichtbare Front - Kommunistische Geheimdienste in der Bundesrepublik«. Dort verrät Bärwald, wie die Bolschewiken Spione anwerben: »Erstmalig im Dezember 1973 erschienen zweimal in der SPD-Wochenzeitung ‚Vorwärts` großflächige Anzeigen von Polskie-Radio in Warschau. Darin gab der polnische Rundfunk bekannt, daß anläßlich des 30. Gründungstages der kommunistischen Volksrepublik Polen ein Preisausschreiben veranstaltet wird, bei dem zehntägige

Reisen durch Polen sowie zahlreiche Sachpreise und Souvenirs zu gewinnen seien. Wer an der Verlosung teilnehmen wollte, mußte lediglich drei Fragen beantworten, wobei überhaupt keine Fehler gemacht werden konnten.« Abwehrleute wissen, erzählt Bärwald, daß dieses »sogenannte Preisausschreiben« zu den »Mitteln nachrichtendienstlicher Kriegführung der Kommunisten« gehört. Also Achtung, wenn Ariel-Clementine wieder mal fragt: An welchem Fluß liegt Köln am Rhein? Das ist kein Debilitäts-Test, sondern »ein Mittel nachrichtendienstlicher Kriegführung der Kommunisten«. Der weiße Riese - er ist rot und läßt schön grüßen.

»Ich habe **Josef Neckermann** als große Persönlichkeit kennen- und schätzengelernt. Solche Aktivitäten sind in der Demokratie unentbehrlich, deshalb wollen wir heute unseren Dank bei ihm abstatten.« Der Redner: Albert Osswald, Sozialdemokrat. Der Anlaß: Die Verleihung des großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik. Josef Neckermann war infolgedessen »gerührt« und eröffnete der ehrfürchtig lauschenden Gästeschar: »Meinem inneren Empfinden kann ich unter diesem Eindruck nur schwer Ausdruck geben!« Diese Kaufleute! Er wollte natürlich sagen: »Im- & Ex-Druck«.

Springers Flakschiff »Die Welt« beschäftigt einen Autor, den man mit Unfug aber Recht den Däniken des Dritten Weltkrieges nennen könnte. Wann immer die »Welt« eine besonders absurde Meldung über kommunistische Subversion bringt, liest man davor oder dahinter das Kürzel »tol«. Der ganze Mann heißt **Horst Günter Tolmein** und hat einen Tick: Er glaubt, daß die östlichen Militärs Tag und Nacht den westlichen Untergrund durchwühlen. Sein Stichwort dafür heißt »verdeckter Kampf«. Tolmein will im »Aufgabenkatalog aller Subversions-Fallschirmjägerverbände des Warschauer Paktes« den Auftrag entdeckt haben: »Unterstützen und Führen von bereits in Nato-Ländern bestehenden Guerilla-Banden.« Selbst Tolmeins Militär-Kollegen von anderen Blättern können da nicht mehr mit. Auf einer PR-Tour des Verteidigungsministeriums ins kanadische Panzer-Übungsgelände Manitoba deutete ein Kollege auf eine einsame Tanne: »Tolmein, was ist das?« Tolmein: »Eine Tanne.« Antwort: »Falsch, ein verdeckter Kämpfer.«

Steuerreform im **Rheinischen Merkur:** »Mit sozialer Gerechtigkeit hat der Reformplan nichts mehr zu tun. Im Gegenteil: Dahinter steckt nichts anderes als der Wunsch nach zusätzlicher Einkommensumverteilung.« Soziale Gerechtigkeit ist, wenn die Einkommen nicht anders verteilt werden. Oder wie? Oder was?

»Sie ist von natürlicher Bescheidenheit. Als frühe Waise vom Leben lange nicht verwöhnt, vermag sie auch als First Lady mit Energie, Schicksalsschlägen zu trotzen. Ihr Instinkt läßt sie richtig reagieren: Nur nicht nachgeben. Gewiß, sie hat die fragwürdige Steuererklärung mit unterschrieben, aber welche Frau hätte hier nicht unterzeichnet? Sie ist integer, eine gute Mutter und vorbildliche Gattin.« Hedwig Courths-Mahler über Trotzköpfchens Nachgeburt? Nein: FAZ über **Patricia Nixon.**

»Skandal! Nixon kaufte seiner Frau Platin-Ohrringe von Wahlspenden.« **(Bild)**

»Noch nie aber wurde bislang der Versuch unternommen, die Philosophie eines ganzen Kulturkreises, ihre Sprache und Struktur auf Verdrängungen und Komplexe zu hinterfragen. Dieses - zunächst monströs scheinende Unternehmen . . .«Was heißt »scheinend«? Das ist eine Viechsarbeit, vor allem: Wie stellt man eine Hinterfrage? Zum Beispiel nach den Verdrängungen in der Sprache dieses **Spiegel**-Philosophen?

». . . bezeichnete es der frühere Entwicklungshilfeminister **Erhard Eppler** als die Aufgabe gerade der Progressiven, die Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu führen«. In Niedersachsen brachten es die Kommunisten auf 0,4 Prozent der Stimmen. In Bayern kommt die CSU wieder zur absoluten Mehrheit. Schade, daß die Progressiven eine andere Aufgabe haben.

»Der Befund im Reichstagsgebäude zeigt, daß der Täter eine gute Ortskenntnis gehabt haben muß, so daß die Meinung vorherrscht, er habe in führenden Kommunisten, die im Reichstage ein- und ausgehen, Helfershelfer.« Das schrieb das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der **Vorwärts,** am 28. Februar 1933 über den Reichstagsbrand. Schon damals war es die Aufgabe gerade der Progressiven, die Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu führen. Selbst dann noch, als man schon gemeinsam mit ihnen durch das Tor »Arbeit macht frei« getrieben wurde.

Am Tage des Reichstagsbrands feierte die SPD übrigens Karl Marxens 50. Todestag. Der Bericht darüber im **Vorwärts:** »Wer die Massen im Sportpalast überblickte, der hatte den Eindruck: hier sind gewiß - jeder einzelne von vielen tausenden Arbeitern, Angestellten und Beamten - politisch geschulte, denkende, reife Eigenpersönlichkeiten, aber sie sind wie ein Block. Da stehen die Träger der roten Banner, und auf der weißen Leinwand erscheinen die Mahnungen: Am 5. März nur Liste 2! (Stürmischer Beifall). ‚Bleibt dem Vorwärts treu, trotz aller Verbote` (Stürmischer Beifall). Die Kundgebung beginnt. Franz Künstler grüßt die Massen mit Freiheit. Die vielen Tausende erheben sich und es ist eine weihevolle Minute tiefsten traurigen Schweigens, als er sagt: ‚Wir wären schlechte Freiheitskämpfer, wenn wir nicht der Opfer gedächten, die in so großer Zahl gefallen sind für die Freiheit, hingemordet und hingestreckt. Wir wären schlechte Freiheitskämpfer, wenn wir nicht auch bereit wären, das Leben für die Freiheit zu opfern. Die Fahnen hoch!` Musik aus, Beethovens Egmont ertönt. Dann spricht begeisternd und begeistert Martha John Wladimir Kirrilows hymnische Dichtung ‚Karl Marx`, in der Übertragung von Max Barthel: ‚Es kommt die Zeit, da brechen alle Schranken, dann hören alle Völker deinen Schrei; ihr Unterdrückten aller Länder, macht euch frei!« Arbeitersänger des Berliner Lendvai-Chores, des Sängerchors 1900 und das Orchester des Berliner Konzertvereins intonierten Uthmanns ‚Heiliges Feuer`. Dann sprach, hämmern in Herzen und Hirne, Alexander Stein die Grabrede . . .« Es war eine lange Versammlung. Als sie aufgelöst wurde, war es fünf nach zwölf: Die Polizei kam mitten in der Rede des Genossen Stampfer. Dazu der »Vorwärts«: »Im ersten Augenblick wußte niemand recht, warum die Versammlung aufgelöst war. Wer war beleidigt, wer war angegriffen?« Berechtigte Frage. Niemand, eben drum wurde aufgelöst.

Aus dem Feuilleton der **Welt,** ein Schmockstück: »Tanz, bei dem Ja nichts anderes bedeutet als Ja und Nein nichts anderes als Nein. Tetley aber ist ein Choreograph des Vielleicht, des Möglicherweise. Er läßt seine Choreographien ins Beliebige entschwirren . . . Bei Cranko oft eher im zweiten Glied, beginnt sich jetzt eine Bewegungsphantasie in schnellen Reflexen voll zu entfalten. Sie ist gesättigt mit Schneid, Feuer, Neugier.« Karl Kraus: »Ein Feuilleton schreiben heißt, auf einer Glatze Locken drehen.« Es ist gelungen.

Aus 13 Zeilen im **Stern:** Bei der »Manöverkritik« in der »Nobelherberge« mit »Spitzengenossen« gibt es für den»frisch erholten Norwegen-Urlauber« ein »Glas fruchtigen Rheinhessen-Weins«, an dem er »zufrieden nippt«, während »der Neukanzler« und »der Chefdenker« »einträchtig schlürfen«, und zwar »mal Orangensaft, mal schwarzen Kaffee«. Rubrik: »Nachrichtenmagazin im Stern«. Geballte Information sichert Pressefreiheit. »Stern« gelesen - dabei gewesen . . . in der Spitzenherberge bei der Nobelkritik mit Manöverdenker, Neugenossen und fruchtigem Chefkanzler-Saft. Alles klar?

Aus einem Bericht der **Süddeutschen** über einen Hamburger Verfassungsschutzstreit: »Das hamburgische Verfassungsgericht hatte vor einiger Zeit erklärt, daß Akten, die den Intimbereich des Senats berühren, nicht vorgelegt zu werden brauchen.« Also auch nicht die, die davon berichtet, wie ein Hamburger Polizist nachts im Stadtpark auf Autobumser-Jagd eine Wagentür aufreißt, den Kerl an der Schulter packt, zurückfährt und stottert: »Verzeihung, Herr Senator.«

Der **Spiegel** über eine Novelle zum Kreditwesengesetz: »Ist dieses Gesetz erst einmal in Kraft, wäre es nicht mehr möglich, daß eine Bank wie Herstatt mit 77 Millionen Mark haftenden Kapital . . .« Das ist schon heute nicht möglich. Es geht nur mit »haftendem Kapital« oder (zur Not) mit »77 Millionen Mark haftenden Kapitals«. Es lohnt sich halt doch, Karl Marx zu lesen, und sei es nur um zu lernen, wie man das Kapital richtig dekliniert.

Es gibt viele Arten, Kritik kaputtzumachen. Die feinste ist das Zitat. Am besten auf der Kuriositäten-Seite wie beim »Spiegel« - »Hohlspiegel«, daneben »Rückspiegel«. Da wurde jüngst der Münsteraner Literaturhistoriker **Helmut Arntzen** aus einem Vortrag über Karl Kraus zitiert. Und das lohnt schon anders, als zwischen »Erst mal entspannen, erst mal Picon« und einer Juxanzeige (»Wiener Sängerknaben suchen dringend Frauen«) gedruckt und gelesen zu werden:

»Weit mehr noch als in der bürgerlichen und linken Presse seiner Zeit hätte Karl Kraus in Blättern wie dem **Spiegel** die endliche Erfüllung der Phrase als Weltverwandlung gesehen. So katastrophal sich der sprachlos gewordene Geschichtsgang auch vollziehen mag, er ist in der Phrase des Blattes, seinen Rubriken, Stories und Metaphern besorgt und aufgehoben, und dem Leser erscheinen alle Katastrophen nur als ein Heft, während große Literatur immer, wie sehr erst heute, das Katastrophale dort kenntlich zu machen hat, wo es als nur Alltägliches begegnet... Nirgendwo ist einprägsamer das Ensemble der Phrasen als Beispielsammlung ihrer Möglichkeiten beisammen als in dem Nachrichtenmagazin, das in diesem Untertitel auf den Zusammenhang von Information und Warenlager aufmerksam macht und das zum Titel bereits eine Phrase hat, als würde hier Wirklichkeit gespiegelt und nicht nur die Fähigkeit der Schreiber, Sprache zu beherrschen.«

Was tut ein Oppositionsführer, wenn er sich vom Oppositionsfähren erholen will? Er schreibt Leserbriefe an die »FAZ«: »Mit großem Genuß habe ich den Artikel von Dieter Vogt über den Leuchtturmwärter von Staberhuk gelesen. Er hat den Mann, sein Amt und seine Umwelt hervorragend geschildert. Vielleicht darf ich noch einen Gedanken hinzufügen: Für viele Segler, die im Laufe der Jahre bei schwerem Wetter von Dänemark oder Schweden zurückkamen, war der Leuchtturm von Staberhuk auch bei Tage der ersehnte Orientierungspunkt, nach dem sie angestrengt Ausschau hielten, um unter der Fehmarnschen Küste etwas ruhigeres Wasser zu finden. **Karl Carstens,** Bonn«. Einer sah Helena in jedem Weibe. Dieser sieht Franz Strauß in jedem Leuchtturmwärter.

Marion Gräfin Dönhoff, die Kanone von Valmy im deutschen Leitartikel, schreibt in der »Zeit« über 1944 und heute: »Dreißig Jahre: Mehr als die Hälfte der heute lebenden Deutschen war damals noch nicht geboren, Kaliningrad hieß noch Königsberg, Wroclaw noch Breslau; es gab keine Grenze quer durch Deutschland, und wer von Leipzig oder Halle nach Hamburg gelangen wollte, riskierte allenfalls, in einen feindlichen Bombenangriff zu geraten, denn man war mitten im Krieg, aber noch wurde nicht hinterrücks und mitten im Frieden von Deutschen auf Deutsche geschossen.« Nein, das besorgte man - als Oswiecim noch Auschwitz hieß - in zwanzig Konzentrationslagern und fünfzig KZ-Außenstellen zwischen Leipzig oder Halle und Hamburg mit Leuten, denen man vorher die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt hatte. Freilich riskierte Gräfin Dönhoff allenfalls, in einen feindlichen Bombenangriff zu geraten und später in die Chefredaktion der »Zeit«. Aber, wie sie dort selbst sagt: »Jeder Vorteil hat seine ihm spezifischen Nachteile. Darum gerät man ja auch in der Geschichte immer wieder vom Regen in die Traufe.« Wem sagen Sie das?

Hermann Kant, DDR-Schriftsteller, hatte auch einmal das Vergnügen. In seinem Roman »Das Impressum« steht ein Portrait (Seite 107): »Die Gräfin war nicht nur von ältestem Geblüt, sondern auch vom jüngsten journalistischen Pfiff. Sie war im Osten geboren und im Westen zu Hause. Wenn sie Osten sagt, klang das wie Sattelzeug, und wenn sie Westen sagte, klang es wie St. John-Perse. Und wenn sie von Leuten sprach, unseren Leuten oder diesen Leuten da, oder den Leuten daheim auf dem Hof, oder jenen Leuten neulich in jenem Betrieb, so hatte das die Gemütlichkeit einer Lodenjoppe und zeugte von der demokratischen Gesinnung etwa eines älteren Buddenbrook und war auch von der frischen Herzlichkeit, in die sich ein preußischer Oberst zu finden vermag, wenn er sich für voraussehbar längere Zeit von Ersatz und Entsatz abgeschnitten weiß und angewiesen bis Gedeih oder Verderb auf eben seine Leute. Sie war klug, konnte lachen und war von graubraunem Schick, und konnte jiddische Witze erzählen und Nordhäuser Korn vertragen und hatte über Adam Smith's Verhältnis zu den Physiokraten promoviert. Sie war ein Feind von der gefährlichsten Art, es schien, es ließe sich mit ihr reden.«

Unter dem Titel »Der Wehrwille wächst« heißt es in der **Welt:** »Auch die aus der Arbeitswelt kommenden Wehrpflichtigen sehen ihre Einberufung äußerst nüchtern: Sie kommen ohne Begeisterung, doch so, als ob sie in einer anderen Firma anfingen...« Kleine Korrektur: Nicht in einer anderen Firma. In einer anderen Filiale derselben.

Warum werden so wenige Frauen Mitglieder bei der CDU? Die **FAZ** mutmaßt: »Vielleicht sind die Honoratioren in den Ortsverbänden nicht galant genug.« Also vielleicht: Küß' die Hand, Frau Klarsfeld.

Die Industrie, ihre Partei (CDU/CSU) und ihre Blätter **(Welt, Spiegel, FAZ** und ca. 417 weitere) haben uns einzureden versucht, die Zahl der Unfalltoten habe mit der erlaubten Höchstgeschwindigkeit nichts zu tun. Dazu gab es Pressekonferenzen, Schlagzeilen, Titelgeschichten. Und ein Ergebnis: Keine Geschwindigkeitsbegrenzung. Jetzt wurde bekannt, daß eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung

auf 55 Meilen (ca. 95 km) in den USA dazu geführt hat, daß etwa über das verlängerte Wochenende am Unabhängigkeitstag die Zahl der Verkehrstoten erstmals zurückgegangen ist - und zwar um 179. Haben Sie das irgendwo gelesen? Als Schlagzeile? Als Titelgeschichte? In der **FAZ** stand es. Auf Seite 21. In einer Glosse. Immerhin.

Die Wahrheit ist unteilbar, sagt **Helmut Kohl**. Er sagt aber auch - laut »Süddeutscher Zeitung«: Trotz Wehners Entgleisungen »werde die CDU nicht mit gleicher Münze zurückschlagen«. Dagegen sagt Kohl - laut »Frankfurter Rundschau«: Wenn das mit Wehner so weitergehe, »werde die Union zurückschlagen«. Deine Rede sei Ja Ja, Nein Nein, was darüber ist, ist Kappes.

Und nun, lieben Leser, kommen wir zur **Hamburger Morgenpost**: »Die renommiertesten Hamburger Preisen hat Mäzen Toepfer das Laufen gelehrt.« Sozialdemokratische Stilkunst: Superlativ von renommiert, Preisen mit viel schönen Reden,

ach was, dynamischer: Laufen. Na ja, auch über diese Wunde wird der Zahn der Zeit Gras wachsen lassen.

Paul Wilhelm Wenger, gemäßigter Anhänger der Wiedereinführung der Monarchie und Bonner Korrespondent des »Rheinischen Merkur«, kann's aber auch: »Der Aushecker dieses Schusses um die Ecke ist in seiner Sparte ein Virtuose.« Wenger in seiner Sparte (Deutsch, schriftlich) nicht. Die Entwicklung schreitet fort: Jetzt degenerieren schon die Anhänger des Adels.

Daß die Kapitalisten uns das Hemd ausziehen, wußten wir. Aber nicht, wie wörtlich wir das in Zukunft nehmen müssen. In Dortmund wurde Henry Kissinger aus Sicherheitsgründen über ein FKK-Gelände zum Westfalenstadion geflogen. Ein Beamter (laut »Zeit«): »Da lassen sich auch leichte Waffen nur schwer verbergen.« Und anläßlich der Verhaftung von angeblichen B + M-Mitgliedern meinte der Hamburger Kriminalhauptkommissar Hohler (laut »Welt«): »Wie gut, daß Anarchisten **nackt** zu schlafen pflegen, so können sie wenigstens keine Waffen ziehen.«

Aus Lima kommt eine gute Nachricht, übermittelt vom »Springer Auslands-Dienst«: »Der peruanische Präsident, General Velasco Alvarado, hat die Enteignung aller großen Tageszeitungen seines Landes mit der Feststellung verteidigt, erst jetzt werde ‚eine wirkliche Meinungsfreiheit` in Peru garantiert. Am Freitag hatte die Regierung acht Zeitungen, darunter die renommierten Blätter ‚El Comercio` und ‚La Prensa`, enteignet und angekündigt, sie würden den Gewerkschaften unterstellt werden. Das in Zürich ansässige **Presseinstitut** (IPI) hat mit »tiefer Bestürzung« auf diesen Schritt reagiert. IPI-Direktor Ernest Meyer forderte in einem Telegramm an Velasco die sofortige Zurücknahme der Enteignungsmaßnahme.` Ach, passierte doch mehr auf der Welt, was die Meyers tief bestürzt! Im Ernest.

Unter »Unterwelt« stellte man sich bisher so ein Gemisch aus Schiebern, Zuhältern und Totschlägern vor. Wenn nun ‚Agence France Press« in deutscher Obersetzung meldet, in Chile seien tausend Personen der »Unterwelt des Landes« festgenommen worden, möchte man schon glauben, daß **Pinochet & Co**. endlich sitzen. In Wirklichkeit haben natürlich die Unterwelt-Männer tausend chilenische Demokraten eingesperrt, die Flugblätter verteilt hatten. Anlaß der Aktion: »Unbekannte Terroristen« sollen zwei Personenwagen mit dem Slogan »Allende, das Volk rächt dich« beschriftet haben.

Ein Wort des Soziologen **Arnold Gehlen,** Spiritus Reactor der konservativen Zunft: »Das Kriegswesen, die Wirtschaft und die Finanzen sind die Nährböden der Rationalität, hier regiert die necessitas, der Sachzwang.« Daher die Ähnlichkeit von Hindenburg und Herstatt, Dönitz und Gerling.

Über einen Auftritt von **Gerhard Löwenthal** vorm Bund Freies Deutschland berichtet Springers »Welt«: »Dennoch gelte der Satz von Ernst Reuter auch noch, wonach Kommunisten Feinde und Agenten einer fremden Macht seien. ‚Das war, ist und bleibt so` fügte Löwenthal unter großem Beifall hinzu.« In Springers »BZ« wird das Löwenthal-Zitat Kurt Schumacher zugeschrieben. Macht nichts. Hauptsache: Sozi und tot.

Bild meldet aus München: »Wir durften unsere Religion nicht ausüben und wurden nur als Arbeiter geduldet«, sagte ein 43jähriger Deutscher, der zusammen mit seiner 19jährigen Tochter aus Polen nach Bayern flüchtete. Der Glücksschwammerl, jetzt hat er's umgekehrt.

Konkret 10/74, S. 21

Franz Josef Degenhardt

Ja, dieses Deutschland meine ich

Da, wo die Arbeit und die Frau,
mit der du lebst, dein Auto und dein
Lohn, der Anzug, den du trägst,
und was du sonst noch gern hast,
liest und hörst und siehst,
nicht morgen schon der Schnee
vom vorigen Jahre ist,
und wo du sicher weißt,
daß auch in dreißig Jahrn,
die Dinge, die du tatst,
die meisten richtig warn,
wo man noch lernen kann,
wie man's dann richtig macht
und wo man alt wird,
ohne daß da einer lacht,
da ist nichts großartig,
das soll es auch nicht sein,
weil, wo was groß ist,
ist es drumherum meist klein,
und wo ihr alles tut,
daß euch da niemand stört,
weil nämlich euch das Land
und niemand sonst gehört,
. . . und ist kein Traum das Land,
geträumt aus rotem Mohn,
nämlich ein Stück davon,
das gibt es schon,
ja, dieses Deutschland meine ich,
wo wir uns finden,
unter den Linden,
und auch noch anderswo.

Konkret 10/74, S. 21

Jochen Steffen, Franz Josef Degenhardt

Ja, welches Deutschland...

konkret-Streitgespräch

KONKRET: Dieses Deutschland, von dem hier gesungen wird, feiert in diesen Tagen seinen 25. Geburtstag. Ist das ein Grund für westliche Sozialisten, mitzufeiern?

DEGENHARDT: Sicher. Wie es in dem Lied heißt: Ein Stück davon, das gibt es schon - das ist zunächst geographisch gemeint, dann aber auch metaphorisch. Das heißt, daß ein Stück Sozialismus in der DDR vorhanden ist und praktiziert wird. Wenn wir Sozialismus sagen, so können wir - wie ich glaube: gemeinsam davon ausgehen, daß damit die ökonomische Gesellschaftsformation gemeint ist, die auf gesellschaftlichem Eigentum an den Produktionsmitteln beruht und die planmäßig und bewußt weiterentwickelt wird. Das ist in der DDR der Fall.

STEFFEN: Ich bin nicht sicher, ob man in der DDR von Sozialismus sprechen kann. Ich glaube, man kann ebensowenig die Entwicklung der DDR von ihrem Machtzentrum trennen wie man die Entwicklung der Bundesrepublik von ihrem Machtzentrum trennen kann. Und wenn wir also über sozialistische Qualitäten reden wollen, so bin ich der Anhänger der freien Assoziation der freien Produzenten, die ihren Austausch miteinander und ihren Stoffwechsel mit der Natur rational regeln. Ich glaube auch, daß die Vorstellung eines gemeinsamen Eigentums, wie sie auch in diesem Lied vorkommt, eben in diesem Lager nicht verwirklicht ist.

DEGENHARDT: Da bin ich ganz anderer Meinung: Zunächst einmal halte ich die freie Assoziation der Produzenten für etwas naiv in einer hochentwickelten Industrie in der Mitte des 20. Jahrhunderts, denn diese Produktion muß organisiert werden, und zwar straff und zentralistisch. Aber bleiben wir mal ganz konkret dabei: Wenn Sozialismus eine Gesellschaftsformation ist, die auf gesamtgellschaftlichem Eigentum an Produktionsmitteln beruht, dann kann man dies sagen: In der DDR sind die Konzerne und andere Privatbesitzer enteignet, das Land ist den Junkern und Großgrundbesitzern abgenommen und den Bauern gegeben worden, multinationale Konzerne haben keinen ökonomischen, geschweige denn politischen Einfluß. Weiter: Dieses enteignete Eigentum ist auch vergesellschaftet, einmal formal-juristisch in der Form des gesamtgesellschaftlichen bzw. genossenschaftlichen Eigentums und dann auch praktisch-ökonomisch dadurch, daß die Arbeiterklasse die Verfügungsgewalt besitzt und sie durch ihre Organisationen wie Partei und Gewerkschaft praktisch ausübt.

STEFFEN: Ich hab' natürlich nichts dagegen, daß man etwas, was ich sage, für naiv hält. Ich halte Ihre formalen Erklärungen übers vergesellschaftete Eigentum für mindestens ebenso naiv, wo es doch Aufstände gibt, in denen die Produzenten durch spontan gebildete Räte über die Planer bestimmen wollen, was ja zumindest auf gewisse Mängel in der Organisation hinweist. Und da stellt sich eben die Frage nach der Freiheit der Produzenten. Dahinter steckt mehr als die technische Frage von zentraler Planaufstellung, dahinter steckt die Frage nach der tatsächlichen Macht der Menschen, Pläne zu bestimmen, ihre Inhalte zu verändern, und beides in der Durchführung zu kontrollieren. Und das meine ich mit dieser naiven Formel. Aber ich find das ja nett, wenn einer marxsche Formeln als naiv bezeichnet.

DEGENHARDT: Gut, ich wollte das auch konkretisieren: Die freie Assoziation der Produzenten muß sich ja irgendwo auch organisatorisch manifestieren. Die Frage heißt also: Wer nimmt innerhalb dieser Organisationen an der Planung und Mitbestimmung teil, d. h. wer ist an dem Meinungsbildungs- und Umsetzungsprozeß beteiligt, und zweitens - was die Sache mit der Freiheit angeht - wie werden die Meinungen innerhalb dieser Organisationen ausgetauscht und verwertet werden. Denn wir als Marxisten gehen ja davon aus, daß Freiheit sehr viel mehr ist als bürgerliche Freiheit nämlich sie ist der Prozeß kollektiver Erkenntnis in die Gesetzmäßigkeit von Natur und Gesellschaft und die Umsetzung dieser Erkenntnis in Praxis, die allerdings nur durch Organisationen möglich ist. Die Vorstellung, die Produzenten könnten sich außerhalb von geschlossenen Organisationen frei assoziieren - und so habe ich Sie verstanden - die halte ich nun wirklich für naiv.

STEFFEN: Ich bin ja kein Anarchist. Daß es ohne Organisation nicht geht, das ist völlig klar. Aber dann muß man reden über organisatorische Prinzipien wie »demokratischen Zentralismus«, »führende Rolle der Partei«, »Verhältnis Arbeiterklasse und Partei«, ob sie - was leninistische Auffassung ist und was ich im Ansatz bereits für falsch und undemokratisch halte, - das Hilfsmittel der Partei ist. Und dann muß man darüber reden, ob man mit der Formel, daß Multis dort nichts zu sagen haben, die Tatsache aus der Welt schafft, daß das Comecon mit Multis über know how

verhandelt. Und etwa mit ITT Produktion plant, im gleichen Augenblick, da ITT mit der CIA zusammen den Staatsstreich in Chile macht. Und das zweite, was ich überhaupt nicht verstehen kann, daß die selbsternannten sozialistischen Staaten innerhalb ihres Plansystems, das Vorteile und Nachteile hat, seit Jahrzehnten versuchen, den Kapitalismus zu überholen, indem sie genau denselben Unsinn machen, wie er in den kapitalistischen Ländern gemacht wurde und wird.

DEGENHARDT: Sehen wir uns das doch mal an, wie das mit den Plänen ist: In den Betrieben werden sie diskutiert und beraten, zunächst einmal zwischen der Betriebsleitung und der Betriebsgewerkschaft, dann von den Vertrauensleuten und den Kollektiven. Es wird ein Betriebskollektivvertrag geschlossen zwischen Betriebsleitung und Betriebsangehörigen, vertreten durch die Gewerkschaft. Danach können die Betriebsangehörigen z. B. auch bestimmen, was mit den erwirtschafteten Übergewinnen geschieht: Ob Kindergärten gebaut werden für Betriebsangehörige, ob gespendet wird für chilenische Genossen usw. Wie wollen Sie denn praktisch Machtausübung und Mitbestimmung auf der Ebene der materiellen Produktion anders betreiben, wenn nicht so?

STEFFEN: Das fängt beim letzten Teil meiner naiven Frage an: Das ist die Verschleierung der Tatsache, daß das Grundproblem, wie man eigentlich leben will, nicht gelöst ist. Sondern sein Lebensziel, gemessen an der materiellen Produktion, in der Überholung des Westens sieht. Und das halte ich für reinen Schwachsinn.

DEGENHARDT: Wer sieht denn das so? Sehn Sie mal die Betriebsangehörigen an, die mit darüber bestimmen, was sie an Werten geschaffen haben . . . da denken die doch nicht an die Überholung des Westens.

STEFFEN: Die zentralen Ziele der Pläne sind sowohl unter Stalin wie unter Chruschtschow wie unter Breschnew angegeben worden in quantitativen Größen mit der Maßgabe: Überholung des Westens auf bestimmten Gebieten. Das Grundproblem aber ist: Was ist das Ziel des Lebens? Da hat Marcuse recht in seiner Kritik des moskauer Kommunismus und so groß ist der Unterschied zur DDR ja nicht -, daß eine nicht hinterfragte Entfaltung der Produktivkräfte durch Wissenschaft und Technik sozusagen die nächste Dimension der Erzielung des Fetischcharakters ist.

DEGENHARDT: Das sind für mich Sprüche. Schauen Sie: Das Ziel des Lebens - so würd' ich das gar nicht ausdrücken. Es geht darum, was gemacht werden soll, was man als Sozialist oder Marxist unter Demokratie und Volkssouveränität versteht und wie man das praktisch betreibt.

STEFFEN: Genau darüber reden

DEGENHARDT: Also darüber, daß die Mehrheit tatsächlich Macht ausübt. Und wie sie das kann. Und Machtausübung heißt zunächst Teilnahme an Plangestaltung und Produktion. Und dafür gibt es in der DDR Organisationen, und etwa jeder vierte Wahlberechtigte ist innerhalb dieser Organisationen als Funktionär der Partei, Delegierter von Gewerkschaften und örtlichen Volksvertretungen tätig . . .

STEFFEN: Tja, das hab' ich in meiner Jugend auch schon mal erlebt . . .

DEGENHARDT: . . . und daß eine halbe Million DDR-Bürger innerhalb dieser Organisation an der Machtausübung teilnimmt.

KONKRET: Wenn man, Herr Steffen, das, was dort in der DDR existiert, nicht für ein wichtiges Stück Sozialismus hält, dann muß man sich doch als Sozialist, der hier in der Bundesrepublik politisch tätig ist, die Frage stellen: Und wo ist die Alternative? Wo bleibt Ihr strategischer Weg zum Sozialismus?

DEGENHARDT: Die Frage interessiert mich auch viel mehr als die nach Fehlern in der Entwicklung der sozialistischen Staaten. Wem hat die Entwicklung in der DDR eigentlich geschadet? Sie hat erstens den machttragenden Schichten hier in der Bundesrepublik geschadet, weil sie ihnen die Macht über die Märkte jenseits der Elbe genommen hat. Aber sie hat natürlich auch geschadet jenen sozialistischen Kräften in der BRD, die immer noch glauben, daß sie die machttragenden Schichten bekehren könnten, statt sie besiegen zu müssen. Und natürlich hat sie auch jener Fraktion der Sozialisten geschadet, die immer noch meint, Regierungsmacht bedeute politische Macht und mache die Enteignung der Produktionsmittel überflüssig. Wie war es mit dem Teil der Sozialisten, die von Anfang an die DDR als sozialistischen

Staat anerkannt hat? Diese Genossen standen auf ziemlich verlorenem Posten. Denn die machttragenden Schichten in der BRD hatten und haben in ihrer Anti-DDR-Haltung das Einverständnis der Mehrheit. Das ist nicht erstaunlich, denn erstens besitzen sie die Meinungsmedien oder haben doch entscheidenden Einfluß auf sie; und zweitens ist es in der Anfangsphase, als die Weichen noch anders gestellt werden konnten, hier nicht zu einer echten Auseinandersetzung über den Faschismus gekommen. Im Gegenteil, die faschistische Machtelite wurde teilweise übernommen. Dadurch konnte die verhängnisvolle Ideologie des Antikommunismus und des Antisowjetismus -die größte Torheit des 20. Jahrhunderts ungestört weiterwuchern. Die Erfolglosigkeit blieb auf diese Fraktion der Sozialisten, zu der auch ich mich zähle, nicht ohne Wirkung. Um nicht isoliert zu werden, begann man die tatsächlichen oder auch nur vorgestellten Fehler in der Praxis der DDR in die eigene Argumentation aufzunehmen. Es wurde gequasselt vom »Dritten Weg«, vom»Prager Frühling«, vom »Jugoslawischen Modell« und anderen metaphorischen Sozialismen und damit isolierte man sich nur noch mehr. Der politische Gegner hatte nämlich inzwischen nicht geschlafen, er hat den Antikommunismus inzwischen zur Hysterie geraten lassen, soweit, daß sogar ein Profi-Politiker heute um seine Existenz fürchten muß, wenn er vielleicht mal die DDR besucht hat. Also was tun? Ich meine, wenn wir nicht anerkennen, daß die antagonistischen Klassen sich hier auf deutschem Boden als zwei Staaten verkörpert haben, dann kommen wir nicht weiter, jedenfalls nicht die beiden Fraktionen von Sozialisten, denen wir uns zugehörig fühlen. Dann kommt es nicht zu einer gemeinsamen schlagkräftigen Politik, wie sie die Sozialisten und Kommunisten und andere fortschrittliche Kräfte in Westeuropa, z. B. in Frankreich und Italien machen.

STEFFEN: Ich bin in die DDR gereist, als es noch nicht Mode war, und habe die jetzt durchgeführte Entspannungspolitik vertreten. Aber ich habe noch nie Marxisten getroffen, die so wenig ehrlich argumentieren wie die Polit-Profis auf der deutschen anderen Seite . . . Aber gut. Um bei dem anzufangen, was Sie sagen: Da muß man sich doch zuerst einmal darum bemühen, die Gegenmacht zu entwickeln. Aber dann reden wir nicht mehr über unser ursprüngliches Thema. Denn mein Hauptvorwurf gegen das Moskauer Zentrum ist, daß es in die Machtstrukturen und daraus folgenden Verhaltensweisen einsteigt, die die Multis vorexerzieren. Das hat man nicht nötig, das hat nicht einmal die Bundesrepublik nötig. Wenn in Amerika die Manager der großen multinationalen Unternehmungen zusammenkommen, und der Kaiser von Aluminium das dort eröffnet und sagt: Meine Herren, ich begrüße hier die Architekten der verschiedenartigsten Establishments ihrer Heimatländer, dann gibt er dem Schwiegersohn Kossygins das Wort, und der sagt, daß die fortschrittlichen Kräfte in der Entfaltung von Wissenschaft und industrieller Produktion einen gemeinsamen Gegner haben: Das sind die Umwelthysteriker. Hier, glaube ich, stecken die Ansatzpunkte für andere sozialistische Strategien: Ein vergesellschafteter Sektor für Rohstoffe, Technologie und Substituten. Eine politisch kontrollierte Entfaltung der Produktivkräfte und eine egalitärere Einkommenspolitik.

DEGENHARDT: Das mag ja alles richtig sein, aber unser Thema ist: Wie stehen wir als BRD-Sozialisten zur DDR? Wie können wir das, was in der DDR positiv oder negativ passiert, in unsere Argumentation aufnehmen? Was Sie hier malen, sind Stimmungsbilder.

STEFFEN: Ich bemühe mich, hier klarzumachen, daß das, was in der DDR geschieht, marxistisch ausgedrückt, nichts anderes ist, als in einem anderen politischen System mit anderen Mitteln genau das gleiche zu machen, wie wir hier.

DEGENHARDT: Eben nicht. Sie reden häufig vom Umweltschutz. Dies ist z. B. eine Frage von Erkenntnis der Gesetzmäßigkeit von Natur und Gesellschaft. Sie sind doch auch der Meinung, daß die Erkenntnis dieser Gesetzmäßigkeit in die Praxis umgesetzt werden muß, und zwar möglichst von der Mehrheit. Und wir müssen jetzt über Organisationsstrukturen sprechen, die das ermöglichen. Diese Strukturen sind in den sozialistischen Ländern vorhanden.

STEFFEN: Mit diesen Klischeevorstellungen können wir sehr wenig anfangen, weil wir jetzt zum ersten Mal praktisch erfahren, daß diese Welt eine Einheit ist. Es geht eine Revolution im gesamten Weltwirtschaftsystem vor sich, von der jeder einzelne Arbeitsplatz abhängt, mit Auswirkungen auf Branchen und Beschäftigung und Wachstum, gegen die beide Systeme überhaupt noch nicht die Techniken entwickelt haben . . .

DEGENHARDT: Wo ist denn dadurch in der DDR ein Arbeitsplatz gefährdet?

STEFFEN: Bei uns braucht doch keiner gefährdet zu sein . . .

DEGENHARDT: Ist aber - schauen Sie sich doch mal bei VW um.

STEFFEN: Selbstverständlich. Aber wir könnten subventionieren. Gut, gut, nehmen wir an, wir hätten - dann kommen wir auf den praktischen Punkt - hier das System wie in der DDR. Was würden die mit VW jetzt machen?

DEGENHARDT: Die Bedingungen sind aber anders . . .

STEFFEN: Ich sage ja: Nehmen wir mal an.

DEGENHARDT: Ich kann das nicht annehmen, daß in der DDR so chaotisch produziert wird wie unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

STEFFEN: Also, Sie halten die Automobilproduktion hier für chaotisch? Jetzt, Herr Degenhardt, kommen wir an das Weiche vom Ei. Nehmen wir an, wir hätten den derzeitigen Automobilbesatz, es schlägt zwölf Uhr mittags, wir führen jetzt alle Machtverhältnisse ein, wie sie in der DDR herrschen . . . Was machen Sie mit der Automobilproduktion?

DEGENHARDT: Das ist doch ahistorisch gedacht . . .

STEFFEN: Hören Sie mal, ich frage Sie nach einer ganz praktischen Sache . . .

DEGENHARDT: Das ist logisch unzulässig, was Sie da machen: Sie fragen, was macht ein sozialistischer Staat mit der chaotischen Produktion, die eine kapitalistische Wirtschaft hergestellt hat. Da kann man höchstens sagen: Enteignet, dann wird man weitersehen. Aber ich will nochmal auf unser eigentliches Thema zurückkommen, das ich als politisch interessierter Laie mit einem Profi-Politiker hier diskutieren wollte: Wie sind denn eigentlich die konkreten Möglichkeiten einer sozialistischen, marxistischen Fraktion, der es darum geht, die machtausübenden Schichten zu entmachten? Und kann uns die seit nunmehr 25 Jahren existierende DDR - vielleicht allein durch ihre Existenz - dabei helfen?

STEFFEN: Die DDR kann uns dabei überhaupt nicht helfen. Im Gegenteil: Die Aufteilung Europas in Machtregionen der Supermächte verhindert spontane demokratische Prozesse und macht sie zu Objekten der dominierenden Militärmacht. Das gilt auf beiden Seiten. Nun sagen Sie: Aufgrund unserer Organisationssysteme und, und, und, können wir Politik entsprechend den Interessen der Mehrheit des Volkes machen . . .

DEGENHARDT: Ich sage: Tendenziell. Der Sozialismus ist ja in der DDR noch nicht vollendet. Aber die Weichen sind gestellt und ich sehe keine bessere Möglichkeit, sie anders zu stellen. Und deshalb müßten marxistische Sozialisten in der BRD die DDR nicht nur formal, sondern auch inhaltlich anerkennen, als ein Modell sozialistischer Demokratie.

STEFFEN: Aber wenn ich mir ein System aussuche, um den Garten neuzumachen, dann werd' ich doch nicht den Bock zum Gärtner nehmen . . .

DEGENHARDT: Aber wir können uns das doch nicht aussuchen. Wir haben doch nicht die Macht, Geschichte verschwinden zu lassen.

STEFFEN: Aber selbstverständlich, bis zu einem gewissen Grade. Das ist die typische Fiktion, es nicht zu können. Das macht Geschichte zu einer Einbahnstraße.

KONKRET: Schlußfrage: Wäre die DDR 1953 untergegangen, hätte der Ungarn-Aufstand 1956 Erfolg gehabt, hätte der Prager Frühling sich durchgesetzt wären dann die Sozialisten auf der Welt ein Stück weiter oder nicht? Herr Steffen?

STEFFEN: Sie wären ein ganz erhebliches Stück weiter.

KONKRET: Herr Degenhardt?

DEGENHARDT: Nein, sie wären nicht weiter. Sie stünden vor derselben Frage wie heute. Was aber die Existenz der DDR angeht, so sind sie ein Stück weiter.

Konkret 10/74, S. 23

Uwe Wesel

Das Kranzgeld

oder: Bei Nichtgefallen 1500 Mark

Eine bemerkenswerte Entscheidung in einer belanglosen Sache hat der Bundesgerichtshof in Karlsruhe vor kurzem getroffen. Sie zeigt, daß wir nicht befürchten müssen, die Richter dieses höchsten Zivilgerichts würden zum Motor des Fortschritts in der Bundesrepublik. Auch von dort droht vorerst keine Gefahr.

Es ging um das Kranzgeld. Eine heute vierundzwanzigjährige Hamburgerin hatte sich verliebt. Und 1967 schlief sie zum ersten Mal mit einem Mann. Er ist heute sechsundzwanzig. 1969 haben sie sich verlobt (was er übrigens bestreitet). 1970 hat er sich von ihr getrennt und später eine andere geheiratet.

Das Bürgerliche Gesetzbuch enthält nun dazu im § 1300 seit vierundsiebzig Jahren folgende Bestimmung: »Hat eine unbescholtene Verlobte ihrem Verlobten die Beiwohnung gestattet, so kann sie . . . eine billige Entschädigung in Geld verlangen«. Den Spaß berechnen deutsche Gerichte - auch insofern konservativ und seit vielen Jahren ungerührt vom Steigen der Preise - im Schnitt mit 1.500 Mark, wenn, was selten vorkommt, wirklich einmal geklagt wird. Um diese Summe ging es auch hier.

Kein anderes Land der Welt hat eine solche Vorschrift, nicht einmal Italien oder Spanien. Nur deutsche Jurastudenten lernen nun seit vierundsiebzig Jahren den Merk-Vers: »Der Heilige Geist ist baß verwundert, Maria klagt aus dreizehnhundert.« 1952 hat das Oberste Gericht der DDR den § 1300 für verfassungswidrig erklärt. Er widerspräche dem Grundsatz der Gleichberechtigung, indem er eine »Wertminderung der Frau zum Ausdruck« bringe. Auch bei uns hat 1954 die SPD bei den Beratungen zum Gleichberechtigungsgesetz den Antrag auf Streichung gestellt. Die CDU lehnte ab. Dann war erst einmal wieder Ruhe eingekehrt, der Merkvers gerettet. Die herrschende Meinung der deutschen Gerichte und der deutschen Professoren war der Auffassung, die Bestimmung verstoße nicht gegen den Verfassungsgrundsatz der Gleichberechtigung, weil sie der Frau ja nicht schade, sondern ihr nur einen Vorteil bringe.

1968 widersprach dem ein junger Hochschullehrer, Manfred Nitschke aus Münster, heute an der FU Berlin. Der § 1300, das war seine Argumentation, bürdet die Verantwortung für den Eintritt - heute allgemein unwahrscheinlicher, aber immerhin ja hier und da möglicher - nachträglicher Folgen einseitig dem Mann auf und macht damit die Frau zu einem Wesen mit verminderter Verantwortung. Dieses betuliche Wohlwollen gegenüber der »schutzwürdigen« Frau sei Ausdruck eines der Gleichberechtigung widersprechenden patriarchalischen Denkens. Der Geldanspruch mache die Frau rückwirkend zur Prostituierten. Und damit war ja nun eigentlich auch alles Notwendige gesagt.

Tatsächlich hat das Hanseatische Oberlandesgericht in Hamburg unter Berufung auf diese Argumente die Klage in unserem Fall abgelehnt, nachdem das Landgericht wie üblich die 1.500 DM zugesprochen hatte. Die Hamburgerin ging vor den Bundesgerichtshof und erhielt in letzter Instanz ihr Recht. Wirklich ihr Recht? Nun, sie erhielt ihr Geld und hat den Prozeß gewonnen. Die Frauen in der Bundesrepublik haben, am Rande, eine kleine Bataille verloren.

Der Bundesgerichtshof sagt: »Was schließlich die gesellschaftliche Würdigung des Geschlechtsverkehrs unter Verlobten angeht, so ist bei aller heute vorherrschenden Toleranz nicht daran vorbeizukommen, daß in einigen Kreisen gegenüber der Frau ein strengerer Maßstab angelegt wird als gegenüber dem Mann« (nämlich um 1.500 DM strenger). Und: »Für die allgemeine Beurteilung des Problems darf nicht nur von Großstadtverhältnissen ausgegangen werden.« Und schließlich, und das verstehe wer will, ich jedenfalls verstehe es nicht, schließlich sei § 1300 wegen seiner »Verwurzelung im heterosexuellen Leben« dem Grundsatz der Gleichberechtigung entzogen. Ergebnis: Es bleibt alles beim alten und auch der Merkvers bleibt erhalten. Ich erlaube mir nun einen Vorschlag an die Frauen in der Bundesrepublik. Die Sache ist auch juristisch völlig in Ordnung. Jetzt kann es nur noch heißen: Ernst machen mit der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes, massenhaft diese Beträge eintreiben, bevor die schleichende Inflation alles zunichte macht, und sie solidarisch verwenden, um aus Karlsruhe endlich eine Großstadt zu machen.

Konkret 10/74, S. 25

Liza Merque

I like Frankieboy

Ein Sinatra-Fan entschuldigt sich

Frank Sinatra, auch »The Voice« genannt, ist Golf-Partner von Spiro Agnew, Handlanger der Mafia, Rowdy in Hotel-Foyées, Wahlhelfer einst von Nixon und demnächst wohl von Gerald Ford. Von Beruf ist er »Bariton«, hauptsächlich, und nebenbei Entertainer, Schauspieler, Regisseur, Produzent, Gang Leader.

Man nennt ihn die Stimme Amerikas. Nicht des besseren Amerika, sondern des Amerika der Nixon-Wählerinnen und stiernackigen Handlungsreisenden, die er mit seinen Liedern in Träume vom blonden, braunen, honigdicken Leben mitnimmt. Er stinkt nach Reichtum, Brutalität, Sentimentalität und Gewalt. Er darf von anständigen, fortschrittlichen, deutschen Menschen -wie jüngst im »Stern« ein »Ekel« genannt werden.

Dabei hat er sich die Hochachtung und das Mitleid solcher Umwelt eigentlich nur ganz knapp verscherzt. Wäre z. B. sein Vater schön daheim in Sizilien geblieben, hätte sein Sohn vielleicht als Gastarbeiter beim Metaller-Streik in Baden-Württemberg dabei sein können. Wohnhaft: Stuttgart-Feuerbach, mit zehn Kameraden in einem Raum, für 100 Mark Miete und Licht aus um neun. Eine Sozialreportage, aller Tränen eines 5000-MarkJournalisten wert.

Sein Pech begann, als er noch gar nicht geboren war, als Papa Sinatra die Schlagkraft seiner Rechten entdeckte und kleine Boxgagen in den USA dem Hunger in Sizilien vorzog.

Die Sinatras siedelten sich dort an, wo für das Subproletariat aus Südeuropa ein Plätzchen war: In einem Slum vor der großen Stadt. Hoboken hießt der Ort. Dort enden Familiennamen auf -ini, -na, -no. Hoboken, New Jersey, nur eine Washington-Bridge-Länge vor New York. Fließend kaltes Wasser aus der Kanne und für je vier Familien ein Klo.

Aber es ist natürlich gut, kaltes Wasser zu haben: Oma Sinatra kippte es am 12. Dezember 1917 über den frischgeborenen Francis, den der Arzt als offenkundige Totgeburt schon beiseite gelegt hatte, bis die noch stumme »Voice« doch ihren ersten Laut gab. Eine Geschichte, die das Leben oder - etwas später - ein pfiffiger PR-Agent schrieb.

Francis Albert wächst unter seinen -inis, -nas und -nos auf, zwischen Arbeitslosen, Süchtigen und Bootleggern, den Alkoholschmuggel-Banden zur Zeit der Prohibition. Räuber und Gendarm heißt: Gang und Cops. Francis hat die Rechte seines Vaters geerbt, er prügelt sich eine eigene Gang zusammen. Das Spiel umfaßt auch Bonbon-Klauen im Candy-Store, bargeldlose Aneigung fremder Fahrräder und das Verhauen von Lehrern. Man muß es so machen wie die Alten, die es so machen wie die Großen.

An der Wand von Sinatras Klassenzimmer stand: »Walk the straight and narrow«, - weiche keinen Finger breit von Gottes Wegen ab. Gottes gerader Weg führte die kleinen Spaghettis von Hoboken direkt in die Arbeitslosigkeit, mit etwas Glück wurden sie Schuhputzer oder Klomann. Das sind so die Löcher, mit denen die offene Gesellschaft offene Gesellschaft spielt. Jeder nach seinem Können - und nach seinem Akzent.

Da gab es überhaupt nur zwei Möglichkeiten, als Italo-Amerikaner etwas anderes zu werden als arbeitslos oder Rinnenputzer: Entweder im Dienstleistungsgewerbe oder im Show-Business. In beiden nicht-industriellen Bereichen hatten die Einwanderer sich nach den Methoden des Big Business organisiert, sie hatten auch beim Singen, Tanzen, Boxen und Fahren die Trennung von Kapital und Arbeit eingeführt, Kartelle gegründet und Marktabsprachen durchgesetzt. Die Organisation dazu nannte sich Familie, Cosa Nostra, Mob oder Mafia. Eine Art Corps Saxo-Borussia für die Unteren Zehntausend.

Bald regierte das italo-amerikanische Subproletariat die gesellschaftliche Unterwelt. Kein Boxkampf ohne Mob, keine Sängerkarriere ohne die Hilfe der Familie. Frank Sinatra kam zum Mob wie ein Wolfsburger Arbeitersohn an's VWB and.

Den ersten Schritt, bis zum Sieg in Major Bowes Talentschuppen, ging er noch allein. Für fünfzehn Dollar die Woche ließ man ihn in der Raststätte »Rustic Cabin« Lieder singen und Hot Dogs auftragen. Dann war er »reif« für's Geschäft: 1939

durfte er in der Harry James Band singen, ein halbes Jahr später rückte er zu Tommy Dorsey auf, dem swingenden Schnulzenpapst der Vorkriegsjahre. Bei Dorsey wurde das 120-Pfund-Würstchen aus Hoboken zurechtgeschnitten, die klirrende Stimme wurde auf weichen Bariton getrimmt, sie fühlte sich jetzt an wie leicht abgeschabter Samt. Vom Posaunisten Dorsey lernte Sinatra auch den Trick, während des Singens Atem zu holen, ohne den Ton zu unterbrechen.

Sinatras bester Trick, der das große Geld brachte, war freilich gar keiner. Er sang die synthetisch banalen Liedtexte so ohne jede ironische Distanz, so hingegeben und gläubig, als nehme er sie wirklich ernst. Und genau das tat er. Die bare Münze gab's dafür, daß er »Night and day you are the one« für bare Münze nahm und verteilte.

Der tricklose Trick wurde zur Droge, als die USA in den zweiten Weltkrieg eintraten. Wie andere vom Kaffee-Ersatz lebten Amerikas Teens und Twens, deren Männer und Freunde in Europa und Ostasien lagen, vom Gefühls-Ersatz, den der schmächtige Junge mit den blauen Augen und der Streichelstimme bot.

Vierzig Millionen vorwiegend weiblicher Amerikaner traten den Sinatra-Fan-Clubs bei, Autogrammjägerinnen warfen sich vor seinen Wagen, Bobbysoxers bemalten sein Haus mit Lippenstift. Bei seinen Shows, schreibt der Sinatra-Fan Hermann Schreiber, ließen die Zuhörerinnen mehr Urin auf ihren Sitzen als auf den Toiletten. Sinatra wurde ein reicher Mann. Er versteuerte pro Jahr zwischen einer und anderthalb Millionen Dollar. Er kaufte da und dort ein Haus, feierte jede Nacht mit Champagner und vielen Mädchen, kleiner Mann (1,74) ganz groß.

Nach Affären mit Lana Turner, Judy Garland, Marilyn Maxwell, Gloria Vanderbilt, Anita Ekberg und einer mehrfachen Zahl Unbekannter hatte Nancy Sinatra, geborene Barbato, Sekretärin und Stadtschönheit aus Hoboken, die Faxen dick. Die gläubige Katholikin willigte in die Scheidung ein. Der kleine Italiener hatte endlich den New Jersey-Slum abgeschüttelt, er war auf dem Weg in die große Welt.

Da brach seine kleine Welt zusammen. Die Männer waren aus dem Krieg zurück, Sinatras Platten gingen nicht mehr, von einer Single wurden nur noch achttausend Stück verkauft. Seine Ehe mit Ava Gardner, der barfüßigen Venus von Springfield, North Carolina, brachte ihn zweimal zum Selbstmordversuch und um die letzte Fan-Post. Kirchenvereine bekämpften ihn wegen unsittlichen Lebenswandels, die Steuerbehörden verfolgten ihn und »Daily News« fragte: »Kennt jemand einen noch größeren Langweiler als Frank Sinatra?« »That's life«. Aber eben auch: »Each time I find myself flat an my face, 1 pick myself up and get back in the race.«

»I« ist ein bißchen übertrieben. Frank entsann sich der Familie, die seinen ersten Anlauf ermöglicht hatte. Und die Familie, die er über seinen vierzig Millionen Fans ziemlich vernachlässigt hatte, war bereit, sich seiner zu erinnern. Sie verschaffte dem abgebrannten Star, den keiner mehr wollte, die Rolle des italienischen Gefreiten Maggio in dem Film »From Here To Eternity« (»Verdammt in alle Ewigkeit«) für tausend Dollar Gage die Woche. Die Zustimmung des Produzenten zu diesem Engagement besorgten Familienmitglieder durch sanften Druck: Bevor Sinatra die Rolle bekam, traten überdurchschnittlich viele Pannen am technischen Gerät auf.

Der Einsatz zahlte sich aus: Sinatra bekam für seine Darstellungen einen Oscar, er war mit einem mal wieder oben. Seine Stimme, durch Stimmbandblutungen fast versiegt, kam zurück, seine neue Plattenfirma Capitol stattete ihn mit den besten Arrangeuren und Bandleadern aus, der Plattenverkauf stieg an. Jetzt begann die Karriere, die man kennt: »Chicago«, »My blue heaven«, »Softly as I leave you«, »My way«, »September Song«, »Strangers in the Night«. Und »Der Mann mit dem goldenen Arm«, »High Society«, »Pal Joey«, »Die siegreichen Drei«, »Vier für Texas«. Und eine Sinatra-Filmgesellschaft, eine Sinatra-Plattenfirma (Reprise), eine Sinatra-Holding für Hotel-, Taxi-, Spielbanken- und Rennbeteiligung.

Wie einst in Hoboken gründete Sinatra auch in Hollywood eine Gang - das »Rattenpack«: Dean Martin, Sammy Davis jun., Tony Curtis, Peter Lorre, John Huston und der Kennedy-Schwager Peter Lawford waren dabei. Das »Ratpack« hatte gute Beziehungen nach unten. Anführer Sinatra hielt stets engen Kontakt mit den Mobsters Joe Fischetti, Frank Costello, Raymond Patriarca und Salvatore Giancana. Für diese Freunde, denen die Beteiligung an Spielhöllen und Pferderennen verboten war, machte er den Strohmann. Dabei war es nicht einmalschizophren, daß Sinatra für Kennedy und gegen Nixon sang, einen Film (»The house i live in«) gegen die Rassendiskriminierung drehte und immer mal wieder aus einem Hotel flog, wenn er Leuten, die was gegen Schwarze, Juden oder Italiener hatten, das Nasenbein brechen wollte.

Politik war das nie, es war nur ein Rest Hoboken, der aus dem Bauch in den Bizeps drängte. Und Politik war es auch nicht, als Sinatra von den Kennedys zu den Republikanern überlief, als er sogar den faschistischen Gouverneur von Kalifornien, Ronald Reagan, mit seinem Rattenpack unterstützte. Es war bloß die Rache dafür, daß der Schmugglersohn Kennedy und seine zickige Jackie meinten, der Umgang mit einem Mafioso sei nicht mehr fein genug für sie.

Damals schien Sinatra wieder einmal am Ende, einem fetten, geplanten Ende freilich. Er machte noch eine Lebenslaufplatte (»A man and his music«), heiratete eine 20jährige, Mia Farrow, gab ein letztes Abschiedskonzert und versprach, sich von nun an nur noch der Liebe zum Geschäft und dem Geschäft der Liebe zu widmen.

Bis er für alle völlig unüberraschend wiederkam, plötzlich im letzten Sommer. Zunächst mit der LP »Ol' blue eyes is back«, dann mit »A man alone« und schließlich, in diesen Wochen auf dem Markt, mit »Some nice things I have missed«.

Ich weiß nicht, was Kunst ist, musikalisch bin ich in Grenzen, aber: Hier singt einer, der singen kann, der alles gelernt und manches erst erfunden hat, was eine Singstimme vermitteln kann. An Erfahrung, gereiftem Zweifel, Willen, Weisheit. Ein Ekel? Sicher auch. Aber eins, das ich nicht missen möchte. Sorry.

Konkret 10/74, S. 26

Iring Fetscher

Die Bremer Stadtmusikanten

oder Die erste gelungene Hausbesetzung durch ein Rentnerkollektiv

Das Märchen von den »Bremer Stadtmusikanten« ist eine Fabel. Was es von alten oder dem Tod geweihten Tieren berichtet, soll in eingekleideter, verschleierter Form das Schicksal von Menschen - und zwar von ganz spezifischen Menschen einer ganz bestimmten Zeit und sozialen Lage - beschreiben. Im zaristischen Rußland hatten sich oppositionelle Schriftsteller daran gewöhnt, in ihren namentlich gezeichneten Publikationen »in äsopischer Sprache zu reden«. Äsop war nämlich ein griechischer Dichter, der im 6. vorchristlichen Jahrhundert gelebt haben soll und dem die ersten Erzählungen in Fabelform zugeschrieben werden. Auch im »Dritten Reich« und in der Stalinära bedienten sich Schriftsteller zuweilen der äsopischen Sprache, und manchmal las auch das nach Kritik lechzende Publikum in ganz harmlose Fabeln (wie Manfred Kybers Erzählung vom »Oberaffen« und seiner grenzenlosen Feigheit) eine polemische politische Absicht hinein. Kurz gesagt, die Tradition der Einkleidung kritischer Äußerungen in die Fabelform ist nie abgerissen, und so ist es auch kein Wunder, daß wir ihr gelegentlich unter den Grimmschen Märchen begegnen. Manchmal dauert es freilich lange, ehe durch aktuelle Ereignisse plötzlich wieder Licht auf den von der Fabel gemeinten Sinn geworfen und dieser damit erneut verstehbar wird.

Die zahlreichen gelungenen und mißlungenen Hausbesetzungen der letzten Monate und Jahre sensibilisieren den aufmerksamen Märchenleser und verwirrer für den Hintersinn der Fabel und lassen mit einem Male als sonnenklar erscheinen, was jahrhundertelang verborgen geblieben war. Versuchen wir also die Entschlüsselung, die uns heute und hier - angesichts fehlender Zensurbestimmungen (vgl. Artikel 5 Absatz 1 Grundgesetz der Bundesrepublik » . . . eine Zensur findet nicht statt«) ohne Gefahr möglich ist. Streifen wir die Fabelform, die äsopische Sprache, ab, um ihren »menschlichen Kern« herauszuschälen.

Vor vielen vielen Jahren lebte einmal ein Hafenarbeiter, der war durch lange anstrengende Tätigkeit beim Be- und Entladen der Schiffe vorzeitig invalid geworden und konnte daher keine Beschäftigung mehr finden. Da sein Lohn immer gerade nur ausreichte, ihm am Leben zu erhalten, und er also für seine »alten Tage« nichts hatte zurücklegen können, und da es noch keinerlei Sozialrenten gab, stand er praktisch vor dem Nichts. Irgendwoher hatte er aber gehört, man suche in Bremen Stadtmusikanten, und weil er meinte, seine gute Baßstimme könne dort vielleicht gebraucht werden, machte er sich auf den Weg. Unterwegs traf er bald einen ergrauten Söldner, der war von seinem Landesherrn entlassen worden, weil er das Gewehr nicht mehr ruhig in seinen zitternden Händen halten konnte, und saß nun gleichfalls auf der Straße. Da schlug ihm der Hafenarbeiter vor, er solle mit nach Bremen kommen, beim Militär habe er doch sicher wenigstens die Trommel rühren gelernt, und so werde sich vielleicht bei der Stadtmusik etwas machen lassen. Es dauerte nicht lange, da begegnete den beiden Männern ein alt gewordenes Freudenmädchen, das sah kummervoll und betrübt aus und klagte sein Leid. Ihre Bordellwirtin habe sie an die Luft gesetzt, weil sie am liebsten daheim säße und sich am Ofen wärme, statt an den frequentierten und zugigen Ecken der Stadt Kundschaft zu werben, und weil ohnehin die Nachfrage nach ihren Gunsterweisen immer mehr zurückgegangen sei, seit so viele arbeitslose junge Dinger von den ländlichen Bezirken in die Stadt strömten. Gern waren die beiden Männer bereit, das unglückliche Mädchen in ihren Bund aufzunehmen und bei der Bremer Stadtmusik zu empfehlen. Auf ihrem Weg trafen sie schließlich auch einen stolzen Tenor, der war soeben zum Tode verurteilt worden, weil er statt des hohen C ein Cis gesungen hatte, und das in Gegenwart eines erlauchten Gastes seines Landesherrn. Zum Glück hatte er aber entfliehen können und stand nun - wie alle anderen - völlig mittellos auf der Straße.

Als sich so ein ausreichend großes Kollektiv von Frühinvaliden und »Rentnern« (ohne Rente) gebildet hatte, schlug der Tenor gegen Abend vor, man solle sich ein geeignetes Nachtquartier suchen.

Sie kamen auch bald an ein einsames Haus, in dem noch Licht brannte und wie sie bald feststellten- die Hausbesitzer ein üppiges Mahl verzehrten. In der Grimmschen Fabel wird berichtet, es habe sich bei diesen Hausbesitzern um »Räuber« gehandelt. Durch diesen Ausdruck soll die moralische Ablehnung des Eigentumsrechtes der genannten Personen an diesem Haus angedeutet werden, das sie vielleicht durch fristlose Kündigung einer Hypothek billig an sich gebracht hatten oder das sie aus Spekulationsgründen leer stehen ließen, um lediglich von Zeit zu Zeit ein wüstes Gelage in ihm zu veranstalten. Streng genommen kann man ja ein Grundstück und ein Haus nicht »rauben«, sondern nur bewegliches Gut. Es ist aber gleichgültig, ob die Hausbesitzer, von denen das Märchen als » Räuber« spricht, selbst noch anderweitig von Raub lebten, oder ob ihr »Raub« allein in einem ungerechten (wenn auch formal legalen) Erwerb des Hauses bestanden hat, klar bleibt, daß der Märchenerzähler ihren Besitztitel nicht akzeptiert und den Überfall des Rentnerkollektivs und dessen dauernde

Festsetzung in dem besetzten Hause eindeutig billigt.

Der Fortgang der Geschichte ist bekannt. Durch ihre Vereinigung (eine defiziente Frühform der Gewerkschaft oder der politischen Partei) waren die vier so stark geworden, daß es ihnen mühelos gelang, die tafelnden Hausbesitzer in die Flucht zu schlagen und bei einem Versuch der Rückkehr erfolgreich abzuwehren. Fragt man aber, warum die Besitzer nicht die Polizei gerufen haben, so sollte die Antwort vielleicht lauten: -

weil es ja doch ein Märchen ist,

oder -

weil sie insgeheim wußten, daß sie

»Räuber« waren und daß die frierenden, hungernden, invaliden Mitglieder des Kollektivs weit eher ein Anrecht auf das Haus hatten als sie selbst. Eine solche Reflexion könnte - wenn man die Entstehungszeit des Märchens ins 18. oder gar ins 17. Jahrhundert verlegt - nicht ausgeschlossen werden, weil der frühbürgerliche Eigentumsbegriff noch eng an Nutzung und/oder eigne Bearbeitung gebunden war und der Anspruch auf eine aus Vermietungen oder Verpachtungen zu erzielende Maximal-Rendite noch nicht generell dem persönlichen, unmittelbaren Nutzungsrecht übergeordnet wurde.

Weiter berichtet das Fabel-Märchen nichts. Am Schluß heißt es lediglich, daß die vier in ihrem neu gewonnenen Häuschen blieben und auf die Reise nach Bremen, von wo offenbar auch damals nicht nur ermutigende Nachrichten kamen, verzichteten. Daraus muß man schließen, daß es sich bei dem Haus nicht nur um eine Wohngelegenheit, sondern um ein kleines Gehöft handelte, das den vier gemeinsam wirtschaftenden Invaliden erlaubte, sich einigermaßen am Leben zu erhalten. Die »Räuber« waren dann vermutlich Beauftragte des »Ober-Räubers«, nämlich des Grundherrn, der eine Pächterfamilie vertrieben hatte, um das Hofland in profitable Weide (oder in Villengrundstücke- wenn wir ein wenig anachronistisch spekulieren dürfen) zu verwandeln. Die Besetzungsaktion des Invaliden-Kollektivs wäre dann eine Episode aus dem Widerstandskampf des armen Volkes gegen die » ursprüngliche Akkumulation«, wie sie Karl Marx im 24. Kapitel des ersten Bandes des » Kapital« 1867 beschrieben hat. Daß das Märchen aus der Bremer Gegend stammen muß, erscheint daher ziemlich plausibel: die von Marx beschriebene » sogenannte ursprüngliche Akkumulation« fand ja in klassischer Form in England statt, Bremen aber gehörte von 1715 bis 1810 zum Königreich Hannover, das in Personalunion mit der englischen Krone verbunden war.

Was die Fabel des Märchens meint, war also gewiß eine andere Art von »Hausbesetzung«, als wir sie jetzt angesichts großstädtischer Wohnungsnot und leerstehender Häuser erleben, die abgebrochen werden sollen, um rentableren Bürohochhäusern zu weichen. Es ist aber kein Zufall, daß wir das Märchen heute plötzlich entschlüsseln können und daß seine utopische Hoffnungsbotschaft mit einem Male wieder ankommt.

Aus dem Märchen-Verwirrbuch von Iring Fetscher, Claassen Verlag GmbH, Düsseldorf

Konkret 10/74, S. 27

Manfred Schachtschneider

. . . wenn der Senator erzählt

Im Stadtstaat Hamburg haben CDU, Springerpresse und SPD gemeinsam ein Lehrstück geliefert, wie der Rechtsstaat straflos unterlaufen werden kann.

Ziel der Aktion war Gerhard Weber, 42, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP in der Hamburger Bürgerschaft, außerdem Generalsekretär des Christlichen Vereins Junger Männer, Vorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in Hamburg und Mitglied einer »Bürgerinitiative gegen Berufsverbote«. Er hat seit mehr als zehn Jahren auf zahlreichen Ostblockreisen persönliche Entspannungspolitik getrieben und sich innerhalb wie außerhalb des Hamburger Parlaments engagiert gegen den Extremistenerlaß eingesetzt. Er steht, wie überhaupt die linksliberale Mehrheit der Hamburger FDP, schon lange auf der Feind-Liste der Hamburger FDP, schon lange auf der Feind-Liste der Hamburger SPD-Spitze, die den Extremistenerlaß erfunden hat und mit am radikalsten anwendet.

Nach der Bürgerschaftswahl im vergangenen Frühjahr strebte die erstarkte FDP - sie hatte mehr Parlamentssitze errungen als zuvor, die SPD hatte ihre absolute Mehrheit verloren - für Gerhard Weber das neu zu schaffende Amt eines Jugendsenators an. Zum erstenmal schoß die Hamburger SPD-Spitze gegen Weber: Sie informierte den stellvertretenden FDP-Bundesvorsitzenden und damaligen Innenminister Hans-Dietrich Genscher, Rechtssymbol der Liberalen, daß ein Senator Weber nicht genehm sei. Aus Webers Regierungsamt wurde nichts.

Im April wollte ihn dann die neue FDP-Fraktion zum Vorsitzenden wählen, aber zur allgemeinen Überraschung wurde am Ende mit acht zu fünf Stimmen nicht Weber, sondern der Parlaments-Neuling Gerhard Meyer gewählt. Insider wußten schon damals, daß hier der SPD-Innensenator und stellvertretende Parteivorsitzende Hans-Ulrich Klose, 37, zugeschlagen hatte.

Klose ist eine SPD-typische Figur. Als juristischer Assessor war er 1966 stellvertretender Vorsitzender der Hamburger Jungsozialisten und galt als eher links. Beruflich brachte er es 1969 zum Staatsanwalt, politisch avancierte er 1968 zum stellvertretenden SPD-Landesvorsitzenden, dem dritten Mann also neben den unbestritten rechten Parteiführern Paul Nevermann und Heinz Ruhnau. 1970 kam Klose erstmals in die Bürgerschaft und wurde sofort stellvertretender, schon zwei Jahre später richtiger Fraktionsvorsitzender. Auch beruflich ging es nun richtig vorwärts: Klose wurde Vorstandsmitglied der Wohnungsbaugesellschaft Saga, und als Innensenator Ruhnau im vergangenen Jahr sein Amt niederlegte, stieg Klose als Ruhnaus Nachfolger in den Senat auf.

Eine Blitzkarriere also für den Goldjungen des Establishments, das seine totale Verwendbarkeit schätzte, seine bürgerlich-akademische Ausstrahlung, seine Redegewandtheit, seine Sicherheit im Umgang mit Hanseaten, aber auch seinen Ehrgeiz, mit dem er zu ködern, zu integrieren war. Aus dem eher linken Juso wurde ein zuverlässiger Steuermann jenes Rechtskurses, den die Hamburger SPD-Spitze seit je für richtig hält.

Dieser Mann nun hatte, als Gerhard Webers Wahl zum FDP-Fraktionsvorsitzenden im April dieses Jahres bevorstand, die Hamburger FDP-Spitzenleute Hermann Arning und Dieter Biallas zu sich gerufen; mit am Tisch saß auch Hans Josef Horchern, Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes. Klose eröffnete den FDP-Leuten, Weber müsse nach Hinweisen aus dem Verfassungsschutz als Sicherheitsrisiko angesehen werden.

Natürlich gehe ihn, Klose, die Wahl des FDP-Fraktionsvorsitzenden nichts an, er mache nur darauf aufmerksam, daß ein Fraktionsvorsitzender Weber aus seiner, Kloses, Behörde kein vertrauliches Material erhalten werde. Auch sei er untragbar als Mitglied des parlamentarischen Ausschusses, der die Tätigkeit des Verfassungsschutzes überwacht (Hamburger Kürzel: G-10-Kommission) und dem in der Regel die Fraktionschefs angehören.

Die FDP-Vertreter erhielten weder Akteneinsicht noch wurde ihnen mitgeteilt, auf welche konkreten Fälle sich die Anschuldigung gegen Weber stütze - das unterliege der Geheimhaltung. Klose fand sich nur bereit, folgender Formulierung zuzustimmen: »In Gesprächen mit dem Innensenator und Mitarbeitern von ihm ist Hinweisen nachgegangen worden, daß Gerhard Weber bei politischen und beruflichen Tätigkeiten gelegentlich in Kontakt zu Personen gerät, von denen die Vermutung besteht, daß sie nachrichtendienstlich tätig seien. Bei diesen Gesprächen hat sich ergeben, daß Herrn Weber der Vorwurf einer eigenen nachrichtendienstlichen Tätigkeit oder eines Gesetzesverstoßes nicht gemacht werden kann.« Der

Text wurde damals nicht veröffentlicht.

Die Hamburger FDP-Fraktion - wie der Landesvorstand gerade überwiegend mit zwar fortschrittlichen, aber unerfahrenen Leuten neu besetzt - wählte Weber nicht zum Vorsitzenden, und niemand forschte zunächst der Sache weiter nach. Bis zum 30. August.

Kurz vor diesem Datum hatten die SPD-Mehrheit des Senats und einer von drei FDP-Senatoren die Fernhaltung zweier DKP-Lehrer aus dem öffentlichen Dienst beschlossen und damit eine der zentralen FDP-Forderungen im Koalitionspapier - die weniger pauschale Anwendung des Extremistenerlasses - mißachtet. Jungdemokraten und FDP-Landesvorstand protestierten öffentlich, sprachen von Koalitionskrise.

Jetzt kamen Springer und die CDU der SPD zu Hilfe. Am 30. August knallte Springers »Hamburger Abendblatt« als Aufmacher auf die Frontseite »FDP-Abgeordneter Weber ist ein Sicherheitsrisiko«; Jürgen Echternach - Vorsitzender der Hamburger CDU, ihrer Bürgerschaftsfraktion und der G-10-Kommission - habe das der Leitung »bestätigt«. Die Ermittlungsergebnisse, so Echternach, ließen Weber »als einen Mann erscheinen, der sich nicht mehr in einer Bandbreite bewegt, die von Demokraten akzeptiert werden kann«.

Nun spielte wieder Klose seinen Part. Er verteidigte nicht etwa den Koalitionskollegen Weber, sondern bestätigte seinerseits kühl, »daß der Verfassungsschutz Hinweise erhalten hat, wonach der Bürgerschaftsabgeordnete Gerhard Weber Kontakte zu Personen habe, die nachrichtendienstlich tätig sind oder in nachrichtendienstlich relevanter Weise politischen Einfluß auszuüben versuchen. Nach den Geheimhaltungsvorschriften begründen schon derartige Hinweise objektiv ein Sicherheitsrisiko und schließen den Zugang zu Geheimvorgängen aus«.

Das war eine deutliche Verschärfung gegenüber dem Text vom April: Aus der bloßen Vermutung, Webers Kontaktleute seien Agenten, war jetzt eine Tatsache geworden. Und es fehlte nun die ausdrückliche Feststellung, Weber selbst sei kein Agent.

Nun bekamen endlich auch die Hamburger FDP-Oberen Biallas (inzwischen Zweiter Bürgermeister und Kultursenator geworden) und Gerhard Meyer Einsicht in die Unterlagen des Verfassungsschutzes. Auch sie ließen sich von Klose auf Geheimhaltung vergattern und wollten nicht einmal den diffamierten Gerhard Weber darüber informieren, was eigentlich konkret gegen ihn vorliegt (Meyer: »Ich bin insoweit gesetzlich zum Schweigen verpflichtet«). Immerhin versicherten die beiden Parteifreunde dem Abgeordneten, das Material rechtfertige nicht die Beurteilung Sicherheitsrisiko.

Wahrscheinlich enthält das Material nicht viel mehr als über Jahre hinweg registrierte Begegnungen Webers mit Sowjetbürgern. Kloses persönlicher Referent Hackmann deutete das an: »Wenn er zum Beispiel im sowjetischen Konsulat in Hamburg Gespräche führt, hat er Kontakt zu Personen, die nachrichtendienstlich tätig sind.«

Doch selbst wenn Weber mit Dutzenden von Sowjetagenten berufliche Kontakte hätte, so dürfte ihn das nicht zum Sicherheitsrisiko machen. Sonst müßte Klose selbst sofort disqualifiziert werden, weil er zum Beispiel mit Angehörigen des Hamburger US-Konsulats beruflich verkehrt. Sollte er es nicht wissen: Die Verdachtsmomente sind sehr hart, daß dort CIA-Agenten »nachrichtendienstlich tätig sind oder in nachrichtendienstlich relevanter Weise politischen Einfluß auszuüben versuchen«.

Der Innensenator mußte also fürchten, daß sein Material öffentlich überprüft wird. Deshalb breitete er den Nebel staatlicher Geheimnistuerei darüber aus, vor dem allzu viele, sonst durchaus mutige Bundesbürger immer noch zurückschrecken. Klose mußte auch die Frage fürchten, mit welcher Legitimation und in welchem Ausmaß sein Verfassungsschutz gewählte, honorige Politiker bespitzelt. Deshalb erzählte der Herr Senator: »Es werden überhaupt keine Abgeordneten vom Verfassungsschutz überwacht. Auch Herr Weber wurde nie überwacht. Der Verfassungsschutz hat gemäß seiner Aufgabe Erkenntnisse gesammelt.«

Der arglose Gerhard Meyer versicherte: »Es gibt keine Verfassungsschutzakten über Herrn Weber, nach der für mich glaubwürdigen Aussage des Innensenators, seines Staatsrates und der leitenden Beamten. Es gibt lediglich Hinweise im Zusammenhang mit Beobachtungen anderer Organisationen oder Personen.«

Diesen üblen Geschmack muß man auf der Zunge zergehen lassen: Niemand, auch Weber nicht, wird überwacht, es werden ganz einfach »Erkenntnisse gesammelt« - wie Schmetterlinge; eine Akte Weber gibt es nicht, lediglich »Hinweise im Zusammenhang mit Beobachtungen«. Soll doch mal einer versuchen, die Jungs auf irgendetwas festzunageln. Da ist nichts, nur Watte, Nebel, Ungreifbares - und eben der handfeste Vorwurf »Sicherheitsrisiko«.

Ganz besonders mußte Klose die Frage fürchten, welcher Qualität die »Hinweise« des Verfassungsschutzes sind. Sie kommen aus einem Amt, das seit fast sechs Jahren von Dr. Hans Josef Horchem geleitet wird, und der ist eine weitere SPD-typische Figur. Bis 1957 war er Richter, dann, mitten im Kalten Krieg, wechselte er in das Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz über und ist seitdem auf die Bekämpfung der Linken - Sondergebiet: kommunistische Unterwanderung der SPD - spezialisiert. Seit 17 Jahren spürt dieser SPD-Genosse von seinem Schreibtisch aus im Geheimen den linken Teufeln nach.

1969 holte sich Innensenator Heinz Ruhnau den Geheimdienst-Savonarola nach Hamburg, und die Öffentlichkeit hätte bis heute keine Vorstellung von ihm, wäre nicht vor einem Jahr ein Horchem-Vortrag publik geworden, den er auf einer geheimen - wie auch anders Nato-Militärtagung in Oslo gehalten hatte.

Auf einmal stand Horchem als monomanischer Kommunistenhasser und Linkenjäger, als eiskalter Krieger vor aller Augen. Er hatte unter anderem gesagt:

»Die Kommunisten haben gesucht und gefunden, was nach ihrer Hoffnung sich als Mittel erweisen könnte, den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu schwächen. Dieses Mittel ist die wirtschaftliche, diplomatische und politische Subversion, die insgesamt einen einzigen, vielfältigen, aber dennoch einheitlichen Angriff darstellt. Es ist ‚friedlich`, aber die Absicht ist so todbringend wie der Krieg selber.«

»Junge Marxisten sind in die Sozialdemokratische Partei, den Seniorpartner unserer auf die Mitte hin orientierten Koalition, eingedrungen. Es gelang den Radikalen, im 35 Sitze zählenden Präsidium der Partei ihre Zahl von zwei auf zehn zu erhöhen.«

Diese Rede ist nur wenig älter als ein Jahr, ebenso die Reaktion der Hamburger SPD-Spitze darauf. Klose, damals noch Fraktionschef, bezeichnete den Horchem-Ausbruch als »unerträgliche Diskreditierung der SPD« und sagte: »Die Vorwürfe Horchems sind pauschale Behauptungen, die nicht zutreffen.« Hamburger SPD-Gliederungen und der »Vorwärts« verlangten, Horchem müsse gefeuert werden.

Er wurde nicht. Neben Klose saß dieser Horchem im April den FDP-Leuten gegenüber und durfte Gerhard Weber als Sicherheitsrisiko verdächtigen, jenen Gerhard Weber, der lange vor dem SPD-Nobelpreisträger Brandt als Einzelner Ostpolitik gemacht hatte. Horchem hatte sein persönliches Motiv für die Verdächtigung: Weber sollte nicht Horchems besessene Linkenhatz als Fraktionsvorsitzender in der G-10-Kommission kontrollieren.

Am Ende der gemeinsamen Durchsage von CDU/Springer/SPD stand Gerhard Weber als vom Staat beglaubigtes »Sicherheitsrisiko« da, als Kumpan von Agenten, vielleicht selbst Agent. Und derselbe Staat verweigerte ihm die Möglichkeit, sich gegen konkrete Vorwürfe zu verteidigen. Geheimdienst-Justiz machte sich im Rechtsstaat breit.

Gerhard Weber ist kein Sicherheitsrisiko. Das Risiko für die Sicherheit dieser Demokratie ist die prinzipienlose Anwendung politischer Gewalt zur Erledigung politischer Gegner, wie sie in Hamburg praktiziert wurde. Davor muß die Verfassung geschützt werden.

Konkret 10/74, S. 28

Henryk M. Broder, Frank Grützbach

Die Papierkrise

Gab es bisher im Kulturbetrieb nur die Krise des Romans oder das Ende der Lyrik oder den Tod des Feuilletons, so werden sich einige auserwählte Kulturkritiker jawohl, Herr Raddatz und Herr Reich-Ranicki, auch Sie! - nach diesen Kulturkrisen zurücksehnen. Denn jetzt kommen auch sie in die Krise. In die Rohstoffkrise.

Die »Frankfurter Rundschau« meldete: »Der eingetretene Papiermangel betrifft vor allem die Klein- und Mittelbetriebe. Die Krise kommt aus Skandinavien und Japan. In Schweden werden weniger Bäume geschlagen, Japan rüstet seine Papierindustrie um. Dazu kommen Arbeitskämpfe in Finnland und ein Streik der Hafenarbeiter in Schweden. Und es wächst der Verdacht, daß es die wenigen internationalen Papierkonzerne den Öl-Multis nachmachen: durch künstliche Verknappungspolitik den Preis hochjubeln.«

Über die Ölkrise konnte man noch munter schreiben, man konnte sie kommentieren und entlarven, weil ja genug Papier zum Schreiben und Drucken da war. Die bevorstehende Papierkrise stellt uns Autoren vor ein existentielles Problem. Der - nebst den Einfällen - wichtigste Grundstoff unserer Arbeit wird knapp. Wir haben uns deshalb zu taktischem Einlenken entschlossen: Damit wir uns bald wieder ohne Angst vor leere Blätter setzen können, wollen wir hier stark gerafft das Krisenprogramm entwerfen, um es der Papierindustrie zu ermöglichen, diese Krise schneller über die Bühne zu bringen.

Als günstigsten Zeitpunkt für den Ausbruch der Papierkrise eignet sich nach unserem Dafürhalten die Frankfurter Buchmesse.

Die Tagesschau:

Köpcke: Guten Abend, meine Damen und Herren, mit einem dramatischen Akzent wurde heute die Frankfurter Buchmesse vorzeitig abgebrochen. Nachdem eine Delegation der kanadischen und skandinavischen Holzindustrie die Verhängung eines Zellulose-Embargos bestätigt hatte, stiegen in Frankfurt die Preise für Taschenbücher bis zu 120 Mark pro Band. Dieter Lueg berichtet.

Lueg: Ich befinde mich hier auf der Frankfurter Buchmesse, auf dem Ausstellungsgelände. Die Situation ist geprägt von einer gewissen Unruhe. Noch gibt es keine neuen Nachrichten, so daß wir hier zunächst nur abwarten können, für ein endgültiges Urteil ist es noch zu früh. Und damit zurück nach Hamburg.

Köpcke: Die Nachrichten über das Embargo, die kurz vor Verleihung des Friedenspreises überbracht wurden, lösten weltweite diplomatische Aktivität aus. Staatspräsident Giscard erklärte in Paris, es sei höchste Zeit, die legitimen Rechte der Franco-Kanadier auf nationale Selbstbestimmung herzustellen. US-Außenminister Kissinger reist heute zu Vermittlungsgesprächen mit den Holzfällern in die Provinz Quebec. Friedrich Nowottny sprach in Bonn mit Wirtschaftsminister Friderichs.

»Herr Friderichs, ist die Regierung von der Papierkrise überrascht worden?«

»Nun, Herr Nowottny, zunächst einmal weigere ich mich, hier von einer Papierkrise zu reden. Bisher haben wir ja nur die Äußerungen der papierherstellenden Länder. Wie die Praxis nun aussehen wird, das müssen wir abwarten.«

»Sollten sich die Krisennachrichten jedoch bestätigen, was wird dann die Bundesregierung tun?«

»Zunächsteinmal, Herr Nowottny, besteht kein Grund zur Panik. Unsere Bürokratie verfügt über ausreichende Papiervorräte, um ungehindert weiter arbeiten zu können. Was allerdings den privaten Verbrauch betrifft, so werden gewisse Preiskorrekturen nicht zu vermeiden sein.«

»Bedeutet das eine künstliche Preismanipulation?«

»Herr Nowottny, was sie hier eine künstliche Preismanipulation nennen, das wird es in einer freien funktionierenden Marktwirtschaft immer geben. Es handelt sich um Anpassungsvorgänge an eine veränderte Marktlage, und darauf werden wir uns einzustellen haben.«

»Vielen Dank, Herr Minister.«

Trotz der beruhigenden Worte des Wirtschaftsminister spitzt sich die Papierkrise weiter zu. Nach einer Woche beträgt der Preis für ein Blatt Papier schon 55 Pfennig. Morgens um acht sind regelmäßig alle Tageszeitungen ausverkauft. Die Illustrierten erscheinen ausnahmslos im Reader's Digest Format. In Frankfurt werden vom »Aktionskomitee Papierkrise« mehrere Buchhandlungen besetzt und die vorhandenen Bücher an Passanten verteilt. Die Agentur Ferenczy ordnet Kurzarbeit an. 300 Serienschreiber werden außerdem entlassen. In einer Pressemitteilung beruhigt die Agentur Millionen aufgebrachte Leser der Regenbogenpresse, daß laufende Soraya-Serien noch zu Ende geschrieben werden. Die Schriftsteller Gerhard Zwerenz kettet sich .im Kurpark von Bad Kissingen an eine Rotbuche an und liest aus seinem neuesten Roman vor, der wegen der Papierkrise nicht erscheinen kann. Das Morgenmagazin des WDR sendet den folgenden Stimmungsbericht:

Carmen Thomas: Die Papierkrise, verehrte Hörer, spitzt sich weiter zu. So auch heute morgen. Die Bundesrepublik gehört ja zu den Ländern, in denen so stark geholzt wurde, daß der Rest für eine eigene Papierversorgung nicht ausreicht.

Wie ist die Situation für den Verbraucher heute morgen? Unser Kollege Reiner Münchenhagen hat sich für uns auf dem Kölner Hauptbahnhof umgesehen. Wie sieht es aus, Herr Münchenhagen?

Münchenhagen: Nun, die Lage ist hier ziemlich unübersichtlich, aber den Verhältnissen entsprechend doch sehr entspannt. Am Zeitungsstand hat sich eine lange Schlange gebildet, die weit bis auf die Domplatte hinausreicht. Es erscheinen heute nur noch wenige Tageszeitungen, die meisten im Postkartenformat, Lupen gibt es aber überall und in großer Auswahl. »Der Spiegel« ist nach Angaben des Verlages auf das Wesentliche reduziert worden und besteht jetzt nur noch aus Werbung. Der »Playboy« druckt seine nächste Ausgabe auf Wellpappe. Die »Bildzeitung« kostet inzwischen Dreimarkzehn. Als einzige Zeitung erscheint die UZ im gewohnten Umfang und zum alten Preis, sie ist überall zu haben, wird jedoch kaum beachtet, das wars Carmen Thomas.

Die Papierkrise entwickelt sich sehr zügig. Nach zwei Wochen kostet ein Blatt Papier schon achtzig Pfennig. Verzweifelte Autoren haben im Westerwald und in der Hocheifel zwölf Hektar Wald gerodet. Das Wagenbach-Verlags-Kollektiv wurde von einer Sondereinheit der Baumsicherungsgruppe Bonn beim Fällen von Kiefern im Grunewald gestellt. Der Verleger Axel Springer hat mit dem Vertreter des Außenhandelsministeriums der DDR einen Liefervertrag über drei Mio. Tonnen Zeitungspapier abgeschlossen. Die »Frankfurter Rundschau« und die »Süddeutsche Zeitung« stellen nach der »FAZ« und dem »Kölner Stadtanzeiger« ihr Erscheinen ein. Vorübergehend, wie die Verlage erklären. Die Medienkommission der SPD löst sich auf und gibt einen Abschlußbericht an den Parteivorstand. Doch da greift unerwartet die Regierung ein. Nach einer stürmisch verlaufenen Nachtsitzung erklärt Regierungssprecher Bölling:

»Die Bundesregierung hat sich nach langen und gründlichen Überlegungen zur Einführung eines Sonntagsleseverbotes entschlossen. Sie bedauert diese Maßnahme, sieht aber in der gegenwärtigen Situation keine andere Möglichkeit. Die Bundesregierung verweist auf unsere westlichen Nachbarn, wo schon seit einiger Zeit Leseverbote an der Tagesordnung sind. Ausnahmegenehmigungen vom Sonntagsleseverbot werden von den Standesorganisationen auf Antrag ausgestellt. Zuwiderhandlungen werden mit Geldbußen bis zu 500 Mark bestraft, in schweren Fällen wird das Lesematerial eingezogen.«

Der Autor Peter Boenisch schreibt in der »Bild am Montag« einen Kommentar unter dem Titel: »Krise mit zwei Durchschlägen«:

»Der Kanzler Schmidt schreibt mit rotem Farbband, und er führt die Tasten mit der linken Hand. Ich möchte nicht Schmidt heißen. Denn dann müßte ich unter den vielen Schmidts stehen, die jetzt im Telefonbuch mehr als acht Seiten beanspruchen. Dieser Name Schmidt wird wohl der Papierknappheit zum Opfer fallen. Die erste Rationalisierungsmaßnahme der Bundespost, die einen Sinn hat. Aber der Pfeifen-Schmidt ist raffiniert. Er verständigt sich

durch Rauchzeichen mit dem Pfeifen-Häuptling Herbert Wehner über unsere Köpfe hinweg.

P. S. Hoffentlich bekommen wir bald die Tabak-Krise. Damit sich der Bonner Pfeifen-Nebel lichtet.«

Prominentestes Opfer des Sonntagsleseverbots wird der Tagesschausprecher Köpcke, als er Berichte zur Papierkrise vom Blatt abliest. Er wird noch im Studio verhaftet. In der Sendung »Monitor« stellt sich Herbert Wehner den Kreuzfeuerfragen von Claus-Hinrich Casdorff und Rudolf Rohlinger:

»Herr Wehner, man munkelt, die SPD würde diese Papierkrise benutzen, um die Bildungsmisere zu vertuschen.«

»Man munkelt immer, Herr Rohlinger. Und was diese sogenannte Bildungsmisere betrifft, da sitze ich hier ja zwei späten Blüten dieser Misere gegenüber. Denn sonst wüßten Sie, daß nicht die Regierung diese Misere verursacht hat, sondern die Opposition.«

»Aber die Krise hat die Misere jetzt verschärft.«

»Schauen Sie sich doch mal um, Herr Casdorff, im Bayrischen Wald, wo es die CSU mit der Bildung treibt. Statistisch gesehen, gibt es da das meiste Holz, aber die wenigsten Abiturienten. Und die kleinsten Zwergschulen.«

»Herr Wehner, bedauern Sie nicht auch manchmal die Einschränkung des Buchangebots?«

»Ach, wissen Sie, Herr Casdorff, es gibt doch nun wirklich jetzt schon genug Bücher. Wenn wir erstmal die alle lesen, dann wäre das schon genug. Sie übrigens auch, Herr Casdorff, da hätten Sie hier manche Antwort schon vor der Frage.«

Nach gut drei Wochen kostet das Blatt Papier schon 93 Pfennig. Dramatische Zuspitzung: Die Wirtschaftswoche meditiert über die Möglichkeit einer militärischen Intervention in den Holzländern. Der inzwischen gegründete Rat der holzproduzierenden Länder läßt eine Erklärung verbreiten, daß alle Wälder im Falle einer Intervention angezündet werden. Die KPD/ML und der KBW verbreiten auf aus China importierten Leintüchern einen Flugblattext folgenden Inhalts:

»Kolleginnen und Kollegen! Die Revisionisten-Clique hat wieder einmal gezeigt, auf wessen Seite sie steht. Während die kanadischen Genossen den Volkskrieg ausrufen, läßt sie weiterhin das Lügenorgan »Prawda« erscheinen und fällt auf diese Weise dem heroischen Freiheitskampf der kanadischen und skandinavischen Genossen in den Rücken. Aber die Volksmassen werden erkennen, wo der Feind steht und ihn vernichtend schlagen!«

Einzelne Autoren, die durch den Papiermangel an den Rand ihrer Existenz gedrängt worden sind, entwerfen eine Theorie von der »beweglichen Literatur«. Sie sammeln sich in losen Rezitationsgruppen und laufen erzählend durch die Straßen. Gerhard Zwerenz hat Bad Kissingen verlassen und an der Holzmole in Timmendorfer Strand angelegt. Es finden öffentliche Sammlungen statt.

Das nahende Ende der Krise kündigt sich bei einem Blattpreis von 98 Pfennig an. Vor dem Bundestag findet eine Große Fragestunde statt.

Oppositionsführer Strauß: »Für wie dumm halten uns die Herren von der sozialistischen Koalition eigentlich? Haben sie nicht die Papierkrise heraufbeschworen durch das fortwährende Verfassen von immer neuen Reformpapieren? Hier im Bundeshaus wird es jedenfalls keine Krisen-Auswirkungen geben. Dafür hat die SPD zuviel Makulatur produziert (Lachen). Ich empfehle dem Bundeskanzler dringend den Wechsel in den Altpapierhandel, aber da sitzt j a schon der Herr Wehner und stapelt die Geheimpapiere . . .«

Nach vier Wochen ist die Krise vorbei. Das Blatt Papier kostet genau eine Mark. Jetzt braucht nur noch das Bundeskartellamt aufzutreten und in einem öffentlichen Verfahren den Preis auf 99 Pfennig herunterzuhandeln. Dann können wir wieder anfangen zu schreiben. Aufgewertet, denn Schreiben ist in Monatsfrist zum Privileg geworden. Wie Autofahren.

Konkret 10/74, S. 30

Norbert Blüm

Vermißten Anzeige

Mitbestimmung, damit in der »Maloche« was passiert, nämlich Veränderung. Mitbestimmung also für den Arbeitnehmer. Nicht für eine abstrakte Arbeitnehmerschaft, für den Arbeitnehmer in seiner ganzen »Anundfürsichlichkeit«, sondern für ihn, den konkreten, lebendigen Arbeitnehmer, Franz Schneider oder wie immer er heißt.

Freilich, das »Unternehmen Mitbestimmung« ist kein Privatissimum für schöne Seelen. Wer Mitbestimmung will, muß soziale Veränderungen wollen, und ohne Konflikt werden die nicht zu haben sein. Denn die, die etwas aufgeben sollen, und seien es nur liebgewonnene Vorrechte, wehren sich normalerweise.

Soweit so gut.

Angenommen, die Mitbestimmung kommt, wie verhindern wir, daß sie wieder geht? Vertrieben von der Routine eines neuen Establishments, das die Mitbestimmung selbstgenügsam verwaltet. Keine soziale Institution, auch nicht die Erfolge der Arbeitnehmerschaft, ist vor der Gefahr gefeit, sich zu verselbständigen und sich von den Zielen zu emanzipieren, für die sie eingerichtet wurde.

Mitbestimmung, welche nur die Aufsichtsratsplätze neu verteilt, ist im besten Fall Elitenaustausch. Das ist auch etwas, warum nicht, nur nicht genug. Wenn die Mitbestimmung die Arbeitnehmer erreichen soll, muß sie an deren vitale Lebenssituation rückgekoppelt bleiben. Steuerungssubjekt der Mitbestimmung muß der Arbeitnehmer sein. Eine vormundschaftliche Mitbestimmung ist keine emanzipatorische. Zwar wird Mitbestimmung in Großorganisationen nicht ohne die Übersetzung eines Repräsentationsmechanismus auskommen, aber die Repräsentanten müssen in der Hand der Repräsentierten bleiben. Ich weiß kein wirksameres Mittel für diesen notwendigen Zusammenhang als die Wahl, und zwar die freie, geheime und vor allem unmittelbare. Die Wahl ist ein heilsames Mittel, die Gewählten in Abhängigkeit von den Wählern zu halten.

Was jedoch bietet die Regierungskoalition in ihrem Mitbestimmungsentwurf? In einem komplizierten Wahlslalom sollen die Arbeitnehmervertreter ermittel werden. Wahlmänner werden, wenn diese Pläne Wirklichkeit werden, zwischen Arbeitnehmer und »Mitbestimmer« geschaltet.

Mein Gott, denselben Arbeitnehmern, die seit über 20 Jahren nach dem Betriebsverfassungsgesetz ihre Vertreter im Aufsichtsrat in direkter Wahl bestimmen konnten, denen werden jetzt Wahlmänner vorgesetzt. Warum dieser Umweg? Sind die Arbeitnehmer blöder geworden?

Die Wahlmänner, selbst zwar nach dem Verhältniswahlsystem gewählt, sollen sodann mit Hilfe eines totalen Mehrheitswahlrechts die Arbeitnehmerseite des Aufsichtsrates wählen. Das Wahlverfahren ist so »perfekt«, daß mit größter Wahrscheinlichkeit gar keine Minderheit mehr entsteht. Das ist nicht mehr ein totales, sondern ein schon fast totalitäres Mehrheitswahlrecht: Denn gewählt soll nur der sein, der mindestens 51 % der Stimmen der Wahlmänner erhält. Mit anderen Worten: 51 % der Wahlmänner bestimmen 100 % Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat. Minderheitenschutz heißt hier Schutz vor Minderheit. Ihr ist der Garaus gemacht, bevor sie überhaupt das Licht der Welt erblickt.

Der Teufel steckt bekanntlich im Detail . . . und hinter großen Paritätsfassaden liegt womöglich das Gängelband einer neuen Hörigkeit. Deshalb muß jede Mitbestimmungsregelung auf ihren emanzipatorischen Gehalt abgeklopft werden. Die Auswahl der Arbeitnehmervertreter ist keine Randfrage. Für den »großen Bruder« oder seine Geschwister ist in der Mitbestimmung kein Platz.

Mehr Demokratie - wo ist sie geblieben? Für den Mitbestimmungsentwurf der Regierung jedenfalls empfehle ich: Vermißtenanzeige.

Konkret 10/74, S. 30

Carl L. Guggomos

Relative Freiheit

Am Dienstag, 3. September, zwischen 11.45 und 12.05 Uhr, starb auf dem Weg von einem städtischen Kindergarten in Westberlin zum Krankenhaus, Suzana Obrovac, 8 Wochen alt. Beim Senat und bei der Polizei gilt die Angelegenheit zur Zeit, da dies geschrieben wird, als »ungeklärter Todesfall«. Aber es deutet einiges darauf hin, daß das Kind erstickte, nachdem es gefüttert worden war. Vielleicht wird ein Schuldiger gefunden. Vielleicht nicht. Egal, lebendig wird Suzana sowieso nicht mehr.

Ein tragischer, aber kein Einzelfall. Nur, mir ging er nah, denn der Vater des Kindes, ein jugoslawischer »Gast«-Arbeiter, ist ein unmittelbarer Kollege von mir, er arbeitet in unserer Druckerei. Da werden dann plötzlich Probleme ganz konkret. Da kann man auf Fragen nicht, wie so oft, Antworten vertagen oder verdrängen.

Beispielsweise: In den Kindergärten und Krippen soll eine Kindergärtnerin nach Plan und Planstellen immer eine 8er-Gruppe betreuen. Nur: wenn eine Kollegin mal krank ist oder Urlaub hat, dann muß eine Kindergärtnerin 12 oder gar 16 Kinder betreuen, denn dem armen Staat in der reichen Bundesrepublik fehlt das Geld, um genügend Kindergärtnerinnen einzustellen, und natürlich auch um genügend Kindergärten zu bauen.

Oder: Als ich mit meinem jugoslawischen Kollegen im Krankenhaus auf den Arzt wartete, um die schlimme Gewißheit noch einmal bestätigt zu bekommen, da fehlte vor dem Schreibtisch des Arztes der Stuhl. Den hatte gerade ein anderer Arzt weggeholt, denn es gibt nicht einmal genügend Stühle in diesem Krankenhaus. Auf dem Gang, wo die Besucher warten, ticken teure medizinische Geräte. Denn in den Zimmern ist kein Platz, sie sind überfüllt mit kranken Kindern. Wenn es Winter wird, sagte mir der Arzt, liegen Kinder oft auch auf den Gängen. Aber: Westberlin schließt gerade ein Kinderkrankenhaus. Angeblich um die Versorgung kranker Kinder zu konzentrieren. In Wirklichkeit weil Geld fehlt.

Und auch dies: Mein Kollege Mile Obrovac ist Bürger des angeblich sozialistischen Jugoslawien. Er kam vor vier Jahren hierher, weil ihm seine Heimat keine Arbeit geben konnte. Seine Frau, ebenfalls eine Jugoslawin, lernte er vor knapp zwei Jahren in Westberlin kennen, wo sie bei Bosch am Fließband steht. Auch die Mutter arbeitet in Westberlin als Putzfrau, und auch der Vater ist hier. Der aber kann nicht arbeiten, ihm fehlt der rechte Arm. Sein sozialistisches Vaterland zahlt ihm eine Rente, von der er nicht leben und nicht sterben kann. Von allen sich sozialistisch nennenden Staaten der Welt freilich hat Jugoslawien im Westen die beste Presse. Die Bildzeitung darf dort öffentlich verkauft werden.

Schließlich: Die Frau meines jugoslawischen Kollegen, die 22jährige Jevenka, mußte nach acht Wochen ihr Kind in eine Krippe geben, weil sie wieder arbeiten gehen mußte. Sechs Wochen bezahlte Erholung gewährt die Bundesrepublik Deutschland ihren jungen Müttern. Dann müssen sie wieder ans Band oder sie fliegen. Jevenka wäre geflogen. Arbeit hätte sie in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht mehr gefunden, auch keine, die noch schlechter bezahlt wird, als die am Band bei Bosch, wo sie grade sechs Mark brutto die Stunde bekommt.

Ein paar Kilometer weiter östlich wäre dieser »ungeklärte Todesfall« so sicherlich nicht passiert. In jenem sozialistischen Staatswesen nämlich, das von allen sozialistischen Staaten der Welt im Westen die schlechteste Presse hat: in der DDR.

Abgesehen davon, daß dieser Staat in den nun 25 Jahren seines Bestehens die Müttersterblichkeit von 20,6 auf 4,2 pro 10 000 Geburten und die Säuglingssterblichkeit von 7,2 auf 1,8 je 100 Lebendgeborene senken konnte und damit die Weltspitze erreichte: Jede Frau hat in der ostdeutschen Republik 18 Wochen bezahlten Schwangerschaftsurlaub. Sie kann aber auch ein volles Jahr pausieren nach einer Geburt mit dem Anspruch, nach 365 Tagen wieder ihren alten Arbeitsplatz zu erhalten.

Allerdings: Die Bildzeitung darf dort nicht öffentlich verkauft werden. So relativ ist sie, die Freiheit.

Konkret 10/74, S. 30

G□ nther Nenning

Dr□ ckt den Janus platt

Stimmt: Durch ihre Rolle in der Herrschaftsdemokratie und im zugehörigen politökonomischen System überhaupt wird die Sozialdemokratie zum Juniorpartner des Kapitalismus. Striche man die Sozialdemokratie aus dem politökonomischen Rollenspiel des gegenwärtigen demokratischen Kapitalismus, wäre dieser Kapitalismus zunächst einmal und bis auf weiteres schlechter dran ohne Sozialdemokratie als mit. Seine Chancen zur Ruhighaltung der lohn- und gehaltsabhängigen Massen wären ohne Sozialdemokratie geringer. Ohne Sozialdemokratie wären seine Chancen geringer auf einen modernen leistungsfähigen Produktionsapparat, der hohe Profite sichert und relativ hohe Masseneinkommen und damit hohen Konsum und damit nochmals hohe Profite.

Die Sozialdemokratie ist Juniorpartner des Kapitalismus, aber nicht nur das: sie bleibt Vertreterin ihrer Wähler, Vertreterin der unmittelbaren Interessen der lohn- und gehaltsabhängigen Massen und zwar eben weil sie Juniorpartner des Kapitalismus ist, weil sie mitarbeitet an einem modernen Produktionsapparat, der (hohe Profite und) relativ hohe Masseneinkommen liefert.

Striche man die Sozialdemokratie aus dem politökonomischen Rollenspiel des gegenwärtigen Kapitalismus, so währen die lohn- und gehaltsabhängigen Massen zunächst und bis auf weiteres schlechter dran ohne Sozialdemokratie als mit.

Das heißt nicht automatisch: Die Sozialdemokratie holt jederzeit und überall ohnehin für die kleinen Leute das Beste und Meiste heraus aus dieser Demokratie. Das heißt schon gar nicht: diese Demokratie ist so gut, daß man daran gefälligst nichts ändern soll. In beiden Punkten ist die Linke ein nützlicher sozialistischer Stachel im allzubreiten sozialdemokratischen Sitzfleisch.

Aber man soll nicht so tun, wie neulinks beliebt, als ob Entwicklung und Strategie des Sozialismus ohne Sozialdemokratie ebensogut, vielmehr: besser vorangekommen wäre und vorankäme. Abgesehen von der Sinnlosigkeit einer Fragestellung: Was wäre gewesen, wenn die Weltgeschichte anders verlaufen wäre als sie in Wirklichkeit verlief. Eine große historische Kraft, ob sie einem gefällt oder nicht, kann man nicht wegoperieren mittels moralisierender Diskussion.

Desgleichen soll man nicht so tun, wie neulinks beliebt, als ob die Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie: Wahlrecht, Grundrechte der Person, Rechtsstaat - nur für den Kapitalismus nutzbar waren und sind. Verteufelung der Sozialdemokratie als Verräterin im Solde des Kapitals, Preisgabe der bürgerlichen Demokratie als Teufelswerk des Kapitals - beides ist unmarxistisch, undialektisch, unhistorisch.

Nach alledem was unter dem Namen Sozialdemokratie und Demokratie schon passiert ist und weiterhin passiert, sind gefühlslinke Aufwallungen gegen die beiden sehr begreiflich, und jeder passionierte Sozialist kann da spontan miteinstimmen. Gleich als nächstes geht es aber um nüchterne Auswertung der historischen und gegenwärtigen Dialektik:

Die beiden Gesichter der Sozialdemokratie, hie Interessenvertretung der Massen, hie Juniorpartner des Kapitals, sind kein moralisch verdammenswertes Doppelspiel sondern historisch gewachsener Zusammenhang.

Das Doppelgesicht Sozialdemokratie ist im Laufe einer historischen Entwicklung gewachsen, die man kennen und analysieren muß, will man zukünftige Entwicklung in Richtung Sozialismus treiben, folglich die richtige Seite des Januskopfes möglichst profilieren, die falsche möglichst plattdrücken.

Konkret 10/74, S. 31

Toms Mots

Radikalauer

Gerald Ford will der Präsident aller Amerikaner sein. Also nicht nur der von Ford, sondern auch von General Motors, IBM, ITT und wie sie alle heißen.

Die Bundesregierung hat versprochen, die Einführung der Mitbestimmung zügig zu verschleppen.

In der gezinkten Tombola des Kapitalismus zieht der Aktionär stets den Hauptgewinn und nie eine der vielen Nieten. Sollte dies einmal nicht der Fall sein, dann handelt es sich um einen Bedienungsfehler des Personals, das zur Erinnerung noch ein Arbeitslos mitnehmen darf.

Die SPD kann nunmehr ihr Godesberger Programm getrost zu den Akten weiterentwickeln, zumal Helmut Schmidt derartige Parteitagsbeschlüsse ohnehin nicht beachten will.

Wird in Bonn ein neuer Finanzminister zu Wasser gelassen, so spricht man von einem Apellauf; es ist also keineswegs so, daß er lediglich vom Apel gelaufen ist, um Wasser zu lassen.

Die CDU läßt Hans Katzer am Arbeitnehmerflügel klimpern.

Kann, muß, darf, will oder Solschenizyn?

»Was heißt hier Berufsverbot?« fragte der christliche Ministerpräsident, »die DKP beschäftigt ja auch keine CDU-Mitglieder.«

Die Kieler Landesregierung hat den Stoltenberg zur größten Erhebung in Schleswig-Holstein ernannt. Er löst den Bungsberg ab, der mit einer Höhe von 164 Metern bisher der Größte war, aber nur so in der Landschaft stand und sich nicht aktiv für die freiheitliche Grundordnung einsetzte.

Laut Gerichtsurteil kostet eine dem Herrn Löwenthal verabreichte Ohrfeige 150 Mark. Davon lebt der.

Und siehe, der Herr schuf mit Steuergeldern eine neue Aluminiumhütte mit vielen schönen Arbeitsplätzen, wo in der Mittagspause die Arbeiter im Schweiße ihres Angesichts ihre Brote aßen, dick mit Fluor bestrichen.

Wenn die Bundesrepublik Westberlin an die DDR abschriebe, so hätte das für Bonn vier Vorteile: Die Bundesregierung würde ihre Subventionen sparen, die DDR hätte den Steglitzer Kreisel am Hals und müßte sich mit zwei Millionen Antikommunisten plagen, und schließlich hätte die Opposition einmal Recht.

Im Gegensatz zu den wilden Streiks werden die wilden Preis- und Dividendenerhöhungen von der Öffentlichkeit nur selten als solche bemerkt.

»Fehlt was?« rief der Passant den Arbeitern zu, die die neue Straße ausmaßen.

»Angeklagter Bahr, haben Sie zu dieser Dame Beziehungen aufgenommen?«

»Ja.«

»Normale?«

»Nein.«

»Also etwa wunderbahre?«

»Nein, wunderliche eher, oder besondere . . .«

»Aha. Protokollführer, schreiben Sie: die Beziehungen sind sonderbahr.«

Der CDU-Abgeordnete Werner Marx hat kritisiert, daß im Grundlagenvertrag nicht die Umbenennung von Chemnitz in Werner-Marx-Stadt vereinbart wurde.

Das Echo

Wie heißt der Bürgermeister von Wesel?

Eeeeeesel . . .

Wie heißt der Bürgermeister von Wedel?

Schwaaaaaanz . . .

Erinnerung

Wer viel Rotwein trinkt, bekommt eine Fahne.

Aber sie muß nicht unbedingt rot sein.

Denksport

»Wenn der Streit zwischen Griechenland und der Türkei um Zypern zur Ablösung der Militärregierung in Athen führen konnte,« so sinnierte der ziemlich einflußreiche deutsche Politiker, »dann könnte doch eigentlich eine, sagen wir 'mal, Auseinandersetzung zwischen der Bundesrepublik und Belgien um Luxemburg die Ablösung der SPD/FDP-Junta durch ein Kabinett der Bundeswehr bewirken. Möglich wär's.« »Ja«, gab sein Freund im Aufsichtsrat zu, »noch interessantere Möglichkeiten eröffnete allerdings ein Krieg zwischen der CSSR und Polen um das Hultschiner Ländchen. Aber daran ist wohl nicht zu denken.«

Links und bündig

Ein neues Aufklärungsbuch: »Der Furz als eheliche Neckerei.«

Johannes Mario Simmel sei ein moderner Romancier, heißt es, der das ewig Gültige mit dem aufregend Heutigen paare. Offenbar: Ein Ganghofer im Ferrari.

Er starb an einem ärztlichen Kunstfehler. Medizinischer Fachausdruck: Äskullaps.

Man sagte, er sei ein fiskalischer Atheist. Er war aus der Kirchensteuer ausgetreten.

Sie war ganz scharf, auf Philosophen. Als sie den Namen hörte, fuhr sie sofort hin, zu diesem Orgasmus von Rotterdam.

Jeder ordentliche bayrische CSU-Politiker kann so oft er will in den Puff gehen. Ein anständiger Juso sollte aber wenigstens schwul sein.

Rollmöpse kosten jetzt mehr - das Holz ist teurer geworden.

Schnokus von Bem

Parapsychologie ist, was der Fallschirmjäger denkt, wenn der Schirm nicht aufgeht.

Gut ist etwa auch, daß der Maihofer sein Augenmerk auf die Linken zu werfen verspricht. Weil, weil, also bitte: Weil doch sein Vorgenscher schon sein Augenmerk auf die Rechten geworfen habe. Ehrlich.

Richtig ist, daß dem Wehner mal das Maul gestopft wird. Unrichtig, daß etwa Helmut Schmidt zu ihm gesagt hat: »Gott grüß Euch, Alter! Schmeckt das Pfeifchen?«

In etwa hat F. Schiller für den »Büchmann« die Seifensieder getestet. Nicht etwa K. F. Schiller, und schon gar nicht für Gabriele Henkel.

Den Autofritzen gehts schlecht. Klar. Schiefe Absätze, keine Einlagen. Wenn der Bund nicht unterkrückt, geht bald jeder siebte Arbeitsbürger am Stock. Na und? Jeder dritte hat Karies. Na und? Jeder erste stirbt.

Gegendarstellung: Weder Beate Uhse noch etwa Günter Gaus haben in letzter Zeit bei passender Gelegenheit »Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes . . .« resp. »Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an« gesagt. Es war nämlich so: Den ersten Schiller hat der Schmidt dem Gaus verpaßt, und den zweiten durfte der Gaus dem Honecker nicht sagen.

Dementi

Es ist klar, daß Franz Strauß den CSU/CDU-Fraktionsvorreiter Carstens nie als ‚Papen-Verschnitt` bezeichnet hat, denn niemand kann heute voraussagen., ob Carstens - gemessen an den Verdiensten Papens um die Weimarer - auch nur einen bescheidenen Beitrag zur Beseitigung der Bundesrepublik leisten wird oder ob er jemals Botschafter in Österreich und der Türkei und dies vor allem so gut wird, wie es Papen nach dem 1. Kabinett Hitler war, und schließlich ist auch die CSU kein Verschnitt einer anderen Partei noch ihr Vorsitzender der Verschnitt eines anderen Führers (Namen zu nennen ist hier nicht möglich, da die Justiz gegen die Veröffentlichung der gemeinten Bezeichnungen und überhaupt gegen radikale Umtriebe scharf durchgreift), aber all dieses soll der Bevölkerung mit dem vermeintlichen Zitat suggeriert werden, das daher in Wahrheit eine Machenschaft der SPD mit dem Ziel ist, Unruhe zwischen den Unionsparteien zu stiften und der Bevölkerung vor einer angeblichen rechten Gefahr Angst zu machen.

Streik

Der Streik ist ein viel zu klarer Begriff, als daß er nicht verwässert werden sollte. Das begann mit der Einführung des Sitz-, des Bett- und des Bummelstreiks, wobei niemand mehr wußte, ob nun die Sitze, Betten und das Bummeln stillgelegt wurden oder ob itn Sitzen und im Bett oder im Bummeln gestreikt wurde. Dann streikten die Vorlesungen, stellte der Hunger seine Mitarbeit ein, versagten die Tankstellen ihre Dienste, und bald wird niemand mehr wissen, ob ein Generalstreik nun die Gehorsamsverweigerung hoher Offiziere ist oder die Weigerung der Hausfrauen, ein bestimmtes Putzmittel zu benutzen und sich auch nur die einschlägige Fernsehreklame anzusehen, bis schließlich die Unternehmer zu streiken beginnen, für höhere Preise, bessere Luft an ihren Landsitzen oder eine längere Arbeitszeit für die bei ihnen Beschäftigten.